

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugpreis** mit Austr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1.90 M. - Durch die Post bezogen 2.- M. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postkonto:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegraph-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 72206. - **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 - **Telefon** 72206

**Inseratenpreise:** Die 10gelp. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg., Stellenangebote 10gelp. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten die 10gelp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Kellameise 2 M. Inzerate v. ausw.: die 10gelp. Kolonelle 40 Pfg., bei Platzvorschr. 50 Pfg., Kellameise 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Die bürgerlichen Parteien schützen die

# Regierung des Verfassungsbruchs

## Schärfste Kritik der Sozialdemokratie im Ueberwachungsausschuß

### Staatspartei für die Notverordnungen

SPD Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages nahm am Mittwoch mit 16 gegen 12 Stimmen folgenden Antrag der Regierungsparteien an:

„Der Ausschuh erklärt sich zur Behandlung der eingebrachten Anträge, die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten aufzuheben oder für verfassungswidrig zu erklären, für unzuständig.“

Die Sozialdemokratie hatte folgenden Antrag eingebracht: „Die Verordnungen vom 26. Juli 1930 widersprechen der Reichsverfassung.“ Die Kommunisten hatten die sofortige Aufhebung der Notverordnung beantragt.

Im Verlauf der Debatte trat der Abg. Rosenfeld (Soz.) der Auffassung entgegen, daß der Ausschuh zur Erörterung der Notverordnung des Reichspräsidenten nicht zuständig sei. Die Verordnung sei nicht nur vom Reichspräsidenten unterzeichnet, sondern auch von sämtlichen Reichsministern, die damit die staatsrechtliche und politische Verantwortung für die Verordnungen übernommen hätten. Der zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung eingesezte Ausschuh des Reichstages sei infolgedessen berechtigt, gegenüber der Reichsregierung zu dem Ersuchen der Verordnungen Stellung zu nehmen. Allerdings habe der Ausschuh nicht dasselbe Recht, wie das Plenum des Reichstages, die Aufhebung der Verordnungen zu erzwingen, er habe aber das Recht, zu den Verordnungen Stellung zu nehmen. Man solle doch auch eine so wichtige Erörterung nicht an Formalitäten scheitern lassen. Es gehe deshalb nicht an, daß der Ausschuh einer sachlichen Debatte ausweiche. Der Ausschuh müsse Gelegenheit haben, zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Verordnungen Stellung zu nehmen. Die sozialdemokratische Fraktion habe schon in dem früheren Reichstag die alten Verordnungen für verfassungswidrig erklärt. Die jetzt erlassenen Verordnungen seien teilweise noch reaktionärer und erst recht verfassungswidrig.

### Abgeordneter Reil (Soz.)

gibt für die Sozialdemokratie folgende Erklärung ab: „Die sozialdemokratische Fraktion des inzwischen aufgelösten Reichstages hat mit aller Deutlichkeit die Verfassungswidrigkeit der Verordnungen vom 16. Juli 1930 nachgewiesen und die Aufhebung dieser Verordnungen gefordert. Nachdem die Mehrheit des Reichstages dem sozialdemokratischen Antrag beigetreten und der Reichstag infolgedessen aufgelöst war, sind neue, mit den aufgehobenen in wesentlichen übereinstimmende Verordnungen erlassen worden. Die sozialdemokratischen Mitglieder dieses Ausschuhes halten im Einklang mit ihren politischen Freunden die neuen Verordnungen für ebenso verfassungswidrig wie die alten.“

Die neuen Verordnungen weisen in vielen Punkten einen noch sozial- und wirtschaftsfeindlicheren Charakter auf als die alten. Da dem Ausschuh nach der Reichsverfassung die Nachbesugnis nicht gegeben ist, die Aufhebung der Verordnungen zu erzwingen, ist es nunmehr Sache der deutschen Wählerschaft, einen neuen Reichstag zu wählen, der dafür sorgt, daß in Zukunft unter Wahrung der Reichsverfassung eine Politik getrieben wird, die nicht den vertriebenen Interessentenhäufen, sondern den Massen der Bevölkerung dient.“

Abg. Emminger (S. B.) führt aus, daß der Ausschuh mangels Zuständigkeit auch zur Verfassungsmäßigkeit der Verordnungen nicht Stellung nehmen könne. - Abg. Meyer (Staatspartei) beantragt eine Unterbrechung der Verhandlungen, um den Regierungsparteien Gelegenheit zur Stellungnahme gegenüber den sozialdemokratischen und kommunistischen Anträgen zu geben. - Es folgt eine Pause von 10 Minuten.

In der neuen Sitzung bringen die Regierungsparteien den oben wiedergegebenen und später angenommenen Antrag ein.

Abg. Rosenfeld (Soz.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Regierungsparteien mit ihrem Antrag einer sachlichen Beratung ausweichen. Gerade der Ausschuh, dem die Wahrnehmung der Rechte der Volksvertretung anvertraut sei, sollte mit den Rechten des Reichstages nicht so umspringen. Allerdings passe zu dem Verhalten der Regierungsparteien, daß nicht ein einziger Minister erschienen sei. Sie seien sämtlich für die Verordnungen verantwortlich, auch wenn sie sich jetzt

hinter den Reichspräsidenten zu verziehen suchten. Dabei sei die Idee zum Erlaß der Verordnungen sicherlich nicht im Kopfe des Reichspräsidenten entstanden. Es mache einen merkwürdigen Eindruck, daß die Regierung nicht selbst zu den Verordnungen stehe und die Regierungsparteien der Beratung formale Einwendungen entgegenlegten. Nachdem der Reichstag einmal die Aufhebung der Verordnungen beschlossen habe, sei

der neue Erlaß der Verordnungen offensichtlich verfassungswidrig.

Sonst könnte eine Regierung jedesmal, wenn ein Reichstag die Aufhebung der Verordnung beschlossen habe, sie wieder von neuem erlassen. Das ganze Verhalten der bürgerlichen Parteien passe ganz zu der Verfassungswidrigkeit der Verordnungen.

### Eine Verfassungswidrigkeit folge auf die andere

Jetzt schide sich die Regierung an, eine große Verfassungsfeier zu veranstalten. Die beste Verfassungsfeier würde es sein, wenn die Regierungsparteien hier, wo es darauf ankomme, die Verfassung schützten. Wenn sie das nicht täten, werde ihnen das Volk am 14. September die gebührende Antwort geben. - Abg. Meyer (Staatspartei) findet es natürlich, daß die Reichsminister der Sitzung ferngeblieben sind.

Zu Beginn der Sitzung beschäftigte sich der Ausschuh mit Anträgen auf Aufhebung der Immunität einiger

kommunistischer Abgeordneter und einer Verordnung zur Kennzeichnung von Mischbrot. Vor Eintritt in die Beratung über die Immunitätsanträge beantragten die Kommunisten die Zurückstellung dieses Punktes der Tagesordnung hinter die Beratung über die Notverordnungen, offenbar weil sie befürchteten, daß einige kommunistische Abgeordnete den gegen sie schwebenden Strafverfahren preisgegeben würden. Nach Ablehnung dieses kommunistischen Antrages beantragte Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) als Berichterstatter die Ablehnung sämtlicher Anträge auf Aufhebung der Immunität, weil diese Anträge in keiner Weise als dringlich anzusehen seien und deshalb die Entscheidung dem kommenden Reichstag überlassen werden müsse. Nachdem Abg. Reil (3.) der Auffassung Rosenfeld beigetreten war, beschloß der Ausschuh einstimmig, dem Antrage des Berichterstatters zu folgen. - Die Verordnung über die Kennzeichnung des Mischbrot wurde gegen den Widerspruch eines deutschen Nationalen Abgeordneten einstimmig angenommen.

# Arbeiterabbau - Lohnabbau

## Arbeitszeitverkürzung bei der Berliner Verkehrs-gesellschaft

Wie die Boff. Ztg. erfährt, ist die Berliner Verkehrs-gesellschaft gezwungen, mit dem Betriebsrat in Verhandlungen darüber einzutreten, die Arbeitszeit um zwei Tage im Monat zu verkürzen, wodurch eine entsprechende Herabsetzung der Löhne erfolgen würde. Auch bei der Angestellten-schaft sollen gewisse Abbaumaßnahmen durchgeführt werden. Diese Einschränkungen sind eine Folge des Verkehrsrückganges, der sich in den letzten Monaten, besonders nach der Erhöhung der städtischen Verkehrstarife bemerkbar gemacht hat.

## Entlassungen in der Waggonindustrie

SPD Kassel, 6. August. Die Firma Henschel & Sohn AG. in Kassel hat die Genehmigung zur Entlassung von 800 Arbeitern und Angestellten nachgesucht und erhalten. Der Antrag wird mit Auftragsmangel in der Lokomotivfabrikation begründet.

## Schaltabbau oder Entlassung

### Erpressungsmanöver des Berliner Metallkapitals

SPD Die Berliner Metallindustriellen gehen immer rigorosier gegen die Angestellten vor. So ist die Firma R. Stod & Co., Marienfelde, dazu übergegangen, kurzzer-

### bei gleichbleibender Arbeitszeit Gehaltsabbau

zu fordern. Die Firma hat 95 Angestellten gekündigt und davon 34 sofort bei Weiterzahlung des Gehaltes entlassen. Der Rest der Angestellten wurde vor die Alternative gestellt, entweder mit geringerem Gehalt weiterzuarbeiten, oder sich als gekündigt zu betrachten. Von einer Arbeitszeitverkürzung ist überhaupt nicht mehr die Rede.

Es handelt sich nur noch um eine gewaltsame Erpressung von Gehaltsenkung. Widerstand gegen diese Erpressung wird rücksichtslos mit Entlassung geahndet. Das allerbeste ist, daß die Firma versucht, die Dinge so zu drehen, als ob die Angestellten, die sich mit dem Erpressungsmanöver nicht einverstanden erklären, selbst kündigen. Mit derartig faulen Manövern möchten die Metallindustriellen ihren Tarifbruch beschönigen.

## Massenentlassungen in Bochum

SPD Bei der Eisen- und Hüttenwerke AG. in Bochum, wo etwa 600 Mann infolge der Ablehnung des Akkordtarifs der Werkleitung, der einen Abzug von 14 bis 20 Prozent vorsah, die Arbeit geschlossen niedergelegt haben, ist eine Ver-schärfung der Lage eingetreten. Die Werkleitung hat jetzt Massenentlassungen vorgenommen. Etwa 1300 Arbeiter der Belegschaft sind zur Zeit außerhalb der Betriebe.

Die Arbeiterpresse des Bezirks warnt vor Arbeits-annahme bei der Eisen- und Hüttenwerke AG. Die Arbeiterschaft der Blechwalzwerke ist gut organisiert. Der Werkleitung dürfte es daher kaum gelingen, Arbeitswillige für die Durchführung ihres Lohndiktats zu erhalten.

## Spanien vor Wahlen

SPD Paris, 7. August. Der Vorstand der spanischen sozialistischen Partei hat am Mittwoch in außerordentlicher Sitzung das von den Republikanern gemachte Angebot eines Wahlbündnisses abgelehnt. Die spanischen Sozialisten haben sich allerdings die Tür zu weiteren Verhandlungen offengehalten, indem sie erklärten, daß das Angebot erst dann ernstlich in Betracht gezogen werden könne, wenn die republikanische Partei sich über ihr Programm endgültig klar und einzig geworden sei.

Die spanischen liberalen Führer Graf Romanones, Marquis Alcocinos und Santiago Alba haben für den nächsten Montag eine Zusammenkunft in Biarritz vereinbart. Sie wollen dort u. a. ein umfassendes Regierungsprogramm ausarbeiten, da sie hoffen, vielleicht schon vor den Neuwahlen im Oktober die Regierung übernehmen zu können.

Zum Wahlkampf in Spanien sind bisher nicht weniger als

36 Parteien aufmarschiert. 15 dieser Splitterparteien erklären sich als konföderativ; zwei von ihnen bezeichnen sich als Gegner der Monarchie. Im Lager der Linken zählt man neben den Sozialisten und Kommunisten noch 19 bürgerliche Splitterparteien.

## Der Kurdenaufstand

SPD Angora, 6. August. In der Nähe von Aleppo brachen am Mittwoch wiederum Kurdenbanden in türkisches Gebiet ein, zerstörten die Telephon- und Telegraphenleitungen und erließen gleichzeitig einen Aufruf zur Bildung eines unabhängigen Kurdistan. Die aus dem Irak in die türkische Provinz Hakkari eingedrungenen Kurdenbanden vermochten sich bisher gegen die türkischen Truppen zu behaupten. Die bereits für Mitte Juli angelegte türkische Gegenoffensive ist bisher angeblich nicht erfolgt, weil die türkische Regierung zunächst die Antwort der persischen Regierung auf die letzte Note der Türkei abwarten will.

237

# Die Verschwörung der Diplomaten

Von Argus.

Das wichtige Buch, das diesen Titel trägt, hat eigentlich nicht ganz die zutreffende Fabrikmarke. Der Untertitel „Aus Sir Arctur Nicolsons Leben“ 1840-1928, deutet besser den Inhalt dieser englischen Biographie, eines hervorragenden Diplomaten. Diese Biographie, geschrieben vom eigenen Sohn, ist echt englisch und unterscheidet sich in vielem vorteilhaft von jener Lebensbeschreibungsliteratur, die wir heute in Deutschland massenhaft produzieren. Der junge Nicolson beherzt jenen Satz, den Edward Rehr in der letzten Nummer der „Gesellschaft“ prägt: „Geschichte ist nicht die vita intima der handelnden Personen, sie ist ein kollektives Geschehen“. Das Privatleben Arctur Nicolsons wird nur skizziert. Seine diplomatischen Handlungen und Ansichten werden an der Hand seiner eigenen Briefe und Aufzeichnungen dargestellt. Diese Kennzeichnung der Entwicklung des Diplomaten Nicolson, der zuletzt Leiter des englischen Auswärtigen Amtes war, wird aber von seinem Sohn mit einer breiten und sachkundigen Darstellung der Außenpolitik der europäischen Großmächte begleitet, wobei besonders die deutsch-englischen und englisch-russischen Beziehungen seit der Jahrhundertwende bis zum Weltkrieg eine sehr interessante kritische Beleuchtung erfahren. Es ist echt englischer Freimut, der sich in den Urteilen des Sohnes über die Ansichten seines Vaters und die Einstellung der Vorkriegsdiplomatie Englands und aller Länder äußert. Nicolson junior kennt aber auch die Literatur der Nachkriegszeit, in der die Außenpolitik vor dem Kriege dokumentarisch belegt und kritisch gewürdigt wird. Brandenburg und Theodor Wolff scheinen ihn von deutschen Autoren am stärksten beeinflusst zu haben. Es ist beachtenswert, daß er Kautskys „Wie der Weltkrieg entstand“, nicht einmal erwähnt, obgleich seine Darstellung der letzten Tage des Friedens 1914 sich häufig mit Kautskys Hypothesen berührt.

Die ökonomischen Faktoren spielen in dieser Diplomatenbiographie eine geringe Rolle. Der Ueberbau der Außenpolitik, das Hin und Her der Noten und Privatbriefe, die Verhandlungen mit ihren Wechselfällen, Minen und Konterminen, das Durcheinander von Repräsentation nach außen und Verhandlungen im kleinen Kreis, kurz die Welt der Vorkriegsdiplomatie wird lebendig sowohl bei der Behandlung der außenpolitischen Wandlungen und ihrer Begleitmusik, als auch in den leider nicht zahlreichen Genrebildern, die Nicolson junior einstreut. Gerade diese ungeschliffenen Momentaufnahmen dürfen viel zur Entzäuberung der Diplomatie beitragen. Zum Beispiel, wenn sich König Eduard in Reval 1908 vor der Zusammenkunft mit dem Zaren bei Nicolson Auskünfte holt über Rußland, die Zarenfamilie usw. und nachher wegen seiner Sachkenntnis von dem russischen Minister für einen „wahren Staatsmann“ gehalten wird. Oder, wenn Nicolson bei dieser Unterredung einen erblichen Orden als den höchsten englischen erklärt, trotz des Widerspruches Eduards VII. Er trägt diesen Orden auch fernherhin, obgleich der König ihm sagte, daß er das Spielzeug nicht mehr umbinden solle. Ueberhaupt ist die Stellung dieses Gefandten gegenüber dem König und dem Minister des Reiches viel selbständiger wie im Reiches Wilhelms II. Hier wurden frühere Berichte gewünscht, mitleidige Scharfzenger. Nicolson tritt über wichtige Fragen in eine scharfe Diskussion mit den leitenden Staatsmännern ein, sei es in Denkschriften oder in einem privaten Briefwechsel.

Bei aller Gegnerschaft gegen die Diplomatie bestätigt doch Nicolsons Buch, daß es auch hier sehr anständige, kluge und ehrliche Menschen gab neben dummen Salondiplomaten, denen Flirt und gesellschaftliches Getue die Hauptsache war. Dann tritt auch der eitle Intrigant und gerissene Kulisenschieber auf. Gerade Nicolsons Erinnerungen zeigen, wie das System der Geheimdiplomatie die Menschen beherrscht und wie die Klassenkräfte des imperialistischen Kapitalismus so manche kluge Schreibfingervandale der Diplomaten zerstören. Es erhärtet hier wieder die Tatsache, auf die Marx hinwies, daß die Staatsmänner wohl die Personen und ihre Beziehungen kennen, aber immer von den wirtschaftlichen Entwicklungen und ihren politischen Folgen übertrübt werden.

Für uns Sozialisten ist dieses Diplomateneben interessant, weil sein Studium uns vor einer Schablonisierung der Betrachtung der Außenpolitik bewahrt. Unser Standpunkt ist dem des jungen Nicolson überlegen, weil wir schärfer die treibenden Kräfte sehen, die er mehr ahnt und unklar beschreibt. Von den ökonomischen Tatsachen und den sich aus ihnen ergebenden Gruppen- und Klasseninteressen, bis zu den außenpolitischen Entscheidungen ist ein weiter Weg. Eines der wichtigsten Zwischenglieder ist nun die Diplomatie mit ihrer besonderen Ideologie und ihrem Gruppenbewußtsein.

Nichts ist lehrreicher in dieser Beziehung, wie die Schilderung der Entstehung und Festigung der Entente, die uns Nicolson schildert. Sein Vater hatte als Gesandter in Marokko, als Vertreter Englands auf der Konferenz von Algeiras, als langjähriger Gesandter in Petersburg und dann als Leiter des Auswärtigen Amtes in London den größten Anteil an der Knüpfung und Festigung der Beziehungen des Dreierbundes. Wir sehen nun aus der eingehenden Darstellung, wie schwierig es war, sowohl die französisch-englischen Beziehungen wieder freundlich zu gestalten, als auch den alten russisch-englischen Gegensatz notdürftig zu überbrücken. Wir erkennen wiederum mit erschreckender Klarheit, wie sehr die plumpe, sprunghafte deutsche Diplomatie diese sogenannte Einkreisung fördert. Richtiger ist, daß Nicolson besonders als Gesandter in Petersburg und im Auswärtigen Amt bewußt an der Festigung der Entente arbeitete. Der liberale Engländer verleugnet in Petersburg die Sympathien mit der russischen Revolution, die im Heimatland noch stark sind. Dem Gesandten in Petersburg ist es wichtiger, mit einer starken Regierung zu tun zu haben, um ein Gegengewicht gegen die „deutsche Gefahr“ zu schaffen. Er will keinen Krieg, aber ihn plagt, wie einst Bismarck, der Widerspruch der Koalition, nämlich einer Koalition Rußland — Deutschland — Frankreich. Er fürchtet die Isolierung Englands. Auch hier hat die deutsche Flottenpolitik und die Forderung des Kaisers, die Zurückdrängung Ostpreußens und die mangelnde Entschlußkraft Bülowes verheerend gewirkt. Selbst ein so kluger Kopf wie Nicolson vermutete hinter der Großmannsjucht und Planlosigkeit der deutschen Politik überlegte Pläne.

Die Angst vor dem Kontinentalblock macht es begreiflich, daß der Diplomat Nicolson alles tut, um für den Ernstfall gesichert zu sein. Er hat Anteil an jenen halboffiziellen Besprechungen der Militärs und den offiziellen Noten und Briefen zwischen Gren, dem britischen Außenminister und dem französischen Gesandten Cambon. Er, der den Krieg nicht will, schafft seine Vorbedingungen. Das ist die Tragik des Diplomaten, auch des ernsthaften und weitblickenden, daß er für die Lösung außenpolitischer Fragen im wesentlichen nur diplomatische Mittel kennt. Anstatt sich auf die Massen zu stützen, die den Frieden wollen, sucht er durch diplomatische Manöver, durch Schaffung eines Gleichgewichts der Bündnisse, durch kluge Beeinflussung leitender Minister, das labile Gleichgewicht des europäischen Friedens zu erhalten. Unüberlegtheiten von Ehrgeizlingen und Dummen können aber dieses fein ausgeklügelte Gleichgewicht stören und alle Diplomatengeheimnisse leicht nicht hin, die Lawine aufzuhalten, als sie ins Rollen kommt.

Die leider zu kurze Schilderung der Woche vor Kriegsausbruch

\* Von Harold Nicolson, Frankfurt Societätsdruckerei GmbH, Frankfurt 1930, 463 Seiten.

# Ueberfall auf China?

## Die imperialistischen Mächte verstärken ihre Kriegsflotte in den chinesischen Gewässern

### Nur „Schutz der Bürger“?

LU Tokio, 6. August.

Die Vereinigung der japanischen Handelskammern in China hat an die japanische Regierung ein Telegramm geschickt, in dem sie sofortige Maßnahmen zum Schutze der japanischen Bürger in China erbittet. Die Handelskammern weisen darauf hin, daß die kommunistische Bewegung in China ihr Leben und Eigentum bedrohe. Die Lage werde von Tag zu Tag schlimmer. In der Sitzung des japanischen Kabinetts teilte der Marineminister mit, daß sich in den chinesischen Gewässern gegenwärtig 11 japanische Kriegsschiffe befinden, die zunächst ausreichen, um den japanischen Interessen wirksamen Schutz zu bieten. Sollte es jedoch notwendig erscheinen, so könnten weitere 8 Minenboote nach den chinesischen Gewässern auslaufen.

LU London, 6. August.

Die britische Regierung hat — wie die „Times“ berichtet — die Entsendung weiterer Kriegsschiffe nach Hankau angeordnet, auf das kommunistische Angriffe beschränkt werden. In einer Shanghaier Meldung der „Times“ wird bestätigt, daß von den britischen Behörden in China alle Vorkehrungen für weitere Schutzmaßnahmen für britisches Leben und Eigentum getroffen werden. Die Vorschläge der britischen Flottenstation für weitere Schutzmaßnahmen sind von den Londoner Regierungsstellen gebilligt worden.

LU Neuyork, 6. August.

Nach einer Washingtoner Meldung ist beabsichtigt, die an Bord der auf dem Yangtse liegenden amerikanischen Kriegsschiffe be-

findlichen Marinesoldaten zu landen, falls die Kommunisten Hankau stürmen sollten.

### Tschangtscha zurückerobert

LU London, 6. August.

Nach einer Meldung aus Schanghai, die durch einen Bericht des amerikanischen Konsuls in Hankau an das Staatsdepartement in Washington bestätigt wird, haben die Kwantung-Truppen die Stadt Tschangtscha von den Kommunisten zurückerobert. In den äußeren Bezirken der Stadt wird noch gekämpft. Große Teile der Stadt sind niedergebrannt.

### Kommunisten wegen Totschlags verurteilt

Vor dem Schwurgericht beim Berliner Landgericht III wurde gegen mehrere Kommunisten wegen Totschlags und Kaufhandels verhandelt. Die Angeklagten werden beschuldigt, im August 1928 den Stahlhelfer Malcheri getötet zu haben. Die Tat soll ein Vergeltungsakt für einen am Tag zuvor durch einen Messerstich verletzten Kommunisten gewesen sein. Das Gericht verurteilte die Angeklagten Voigt und Howanski wegen gemeinschaftlichen Totschlags in Tateinheit mit Kaufhandel zu je fünf Jahren Gefängnis und fünfjährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, die Angeklagten Scharf und Hanack wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Kaufhandel zu je neun Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte gegen die beiden Haupttäter je zehn Jahre Zuchthaus beantragt.

### Streikunruhen in Nordfrankreich

SPD Paris, 7. August.

Im nordfranzösischen Streikgebiet ist es am Mittwoch zu neuen schweren Zwischenfällen gekommen, die sich diesmal auf belgischem Gebiet abgespielt haben. Gegen 8 Uhr abends bildete sich in der Nähe von Wentin, 300 Meter hinter der Grenze, eine Ansammlung von etwa 2000 Streikenden. Die Polizei, die die Demonstration auseinanderreiben wollte, wurde mit einem Hagel von Steinen und leeren Bierflaschen empfangen. Mehrere hundert Gendarmen zu Fuß und zu Pferd unternahmen daraufhin mit blankem Säbel und aufgepflanztem Bajonett einen regelrechten Sturmangriff. 20 Streikende wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Ein Demonstrant erhielt einen Bajonettschlag ins Gesicht, der ihm ein Auge zerstörte. Es wurden 12 Verhaftungen vorgenommen.

### Weiteres Anwachsen der Streikbewegung

WB Paris, 6. August.

Ueber den Stand des Streiks in Nordfrankreich berichtet Haas, daß heute in Roubaix-Tourcoing neuerdings 9000 Arbeiter die Arbeit eingestellt haben, so daß sich eine Gesamtzahl von 78 000 Streikenden für diesen Bezirk ergebe. Etwa 13 000 Arbeiter arbeiten, da ihre Forderungen bewilligt worden sind. In Tourcoing ist die Zahl der Streikenden nun geteilt auf heute von 22 150 auf 29 500 gestiegen. Die Zahl der Streikenden in Lille wird mit rund 17 000 angegeben. Nach Haas soll das Zunehmen der Arbeitseinstellungen im Bezirk Roubaix-Tourcoing vor allem auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß die auf französischem Gebiet beschäftigten belgischen Arbeiter von streikenden belgischen Arbeitern verhindert werden, sich zu ihren Arbeitsstätten nach Frankreich zu begeben.

### Schüding Weltrichter

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat vor einiger Zeit die Vorbereitungen für die Neuwahlen zum Haager Internationalen Gerichtshof eingeleitet. Auch Deutschland ist unter den Staaten, die Kandidaturen für die Neubesetzung der 15 Richterstellen namhaft zu machen haben, es hat, da es üblich ist, 4 Vorschläge einzureichen, davon zwei auf ausländische Juristen lautende, als deutsche Anwärtin den Landtagsabgeordneten Krieger und den Kieler Universitätsprofessor Walter Schüding namhaft gemacht. Von diesen beiden kommt Krieger, der frühere Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, wegen seines hohen Alters nicht ernstlich in Frage, und man darf Schüding also als den eigentlichen Deutschen Anwärtin auf einen Richterposten in den obersten Gerichtshof der Welt ansehen.

### Die alltäglichen Kaufereien

SPD Bochum, 6. August.

In Gladbeck kam es in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch zwischen ungefähr 30 Kommunisten und 15 Nationalsozialisten zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf zahlreiche Schüsse gewechselt wurden. Ein Nationalsozialist wurde schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Auch zahlreiche Kommunisten erlitten Verletzungen. Die Haupttäuführer wurden am Mittwoch festgenommen.

SPD Magdeburg, (Mecklenburg), 6. August.

Anlässlich eines Treffens früherer Baltikumkämpfer kam es hier zu einer großen Schlägerei mit Kommunisten. Die Streitenden schlugen mit Faustnägeln, Steinen, Gummiknüppeln usw. aufeinander ein. Mehrere Personen erlitten zum Teil schwere Kopfverletzungen.

WB Berlin, 6. August.

Der 23jährige Bäder-Hellwig aus dem Bezirk Lanfisch wurde heute vormittag, als er das dortige Lokal Finkenfehl, in dem er beschäftigt ist, verlassen wollte, von dem Arbeiter Blank aus Steglitz durch einen Armbruch verletzt. Der Täter ist flüchtig. Es liegt offenbar ein Racheakt vor, da Hellwig, der Nationalsozialist ist, einer Gerichtsverhandlung beigewohnt hatte, in der ein Kommunist wegen Bedrohung verurteilt worden war.

Preußenregierung gegen „Kote Fahne“. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Dr. Braun gegen die „Kote Fahne“ Strafverfahren wegen Beleidigung der preussischen Staatsregierung gestellt.

Premierminister MacDonald ist Dienstag abends von seiner Reise nach Oberammergau wieder nach London zurückgekehrt.

Das Jentoleselektivkomitee der Sozialunion hat Frau Rosi Lontai zur bevollmächtigten Vertreterin der Sozialunion in Schweden ernannt.

### Vertagte Ministerpräsidentenwahl

WB Oldenburg, 6. August.

Der Oldenburgische Landtag verlegte heute abend noch einmal die Wahl eines Ministerpräsidenten. Regierungspräsident Cassebohm-Eutin erhielt 16 Stimmen, Innenminister Dr. Driver 9 Stimmen. 29 Zettel waren unbeschrieben. Es wurde daraufhin ein Antrag angenommen, die Wahl bis 5. Oktober dieses Jahres auszuschieben und die beiden Minister Willers und Dr. Driver mit der Führung der Geschäfte des Gesamtministeriums zu beauftragen. Der Landtag vertagte sich darauf.

# Um die Macht im Staate

## Erkelenz ruft alle Werktätigen zur Sozialdemokratie

### Für die soziale Republik

Der frühere Vorsitzende der Demokratischen Partei, Anton Erkelenz, wirt in diesem im Vorwärts erschienenen Aufsatz für die Sozialdemokratie um die Stimmen der Arbeiter und Angestellten, die sich aus ihren antimarkistischen Vorurteilen noch nicht haben lösen können. Er zeigt ihnen, warum es in dem gegenwärtigen Wahlkampf geht: um die endgültige Eroberung der Macht, um die Republik sozial ausbauen zu können. Wir entnehmen dem Artikel die wesentlichen Stellen:

Mein Austritt aus der Deutschen Demokratischen Partei und mein Uebertritt zur Sozialdemokratie hat dem „Demokratischen Zeitungsdiens“ Anlaß gegeben zu nachstehender Bemerkung: „An der ersten Stelle bleibt sein Weg zur Sozialdemokratie. Ein solcher Weg bedeutet für einen Demokraten wie Erkelenz es war, einen so grundsätzlichen Wandel der Auffassungen, daß dieser Uebertritt zur Sozialdemokratie einseitigen Überhaupt nicht verstanden werden kann.“ Diese Bemerkung verdient eine Antwort, denn sie ist in Kreisen derjenigen, die man im Sinne der englischen Begriffsanwendung als „radikale Liberale“ (Radicals) bezeichnen kann, noch recht verbreitet. Eine Erörterung darüber hilft wohl auch diesen Tausenden bei ihren eigenen Entschlüssen.

Gemeint ist bei der Kritik des „D. Z.“ wohl in erster Linie der Gegensatz gegen den Sozialismus. Die Demokraten betrachten sich vielmehr als Hüter des Privatkapitalismus, des Privatigentums, der Privatwirtschaft. Nach verbreiteter Auffassung ist das alles das Gegenteil des Sozialismus, den die Sozialdemokratie erstrebt. Aber die Dynamik des Lebens läßt sich schon seit einem halben Jahrhundert nicht mehr so ohne weiteres in diese Begriffe einpassen. Vielleicht ist der rechte Flügel der bisherigen Demokratischen Partei, etwa der Hanf- und Tabakpflanzer, wenigstens theoretisch noch Anhänger dieser Ueberreste der menschlichen Auflassungen. Aber selbst diese Kreise haben sich seit 1918 schon manche „sozialistische“ Maßnahmen gem gefallen lassen, wenn Verluste, Bankrotte, „sozialisiert“, d. h. auf Staatskosten, auf Kosten der Allgemeinheit, Krümmen der Privatwirtschaft korrigiert wurden.

Und ihre Bundesgenossen vom Landbund bemühen sich so stark um den Sozialismus der „D. H. H.“, der Schutzpolitik, der Subventionen aller Art, daß ihnen die reine Privatwirtschaft ganz nebensächlich erscheint. Für eine konsequente Privatwirtschaft, die stolz und selbstbewußt auf sich selbst steht, ließe sich manches sagen. Die Privatwirtschaft von heute, die stets mit einem Auge nach der ihr nützlichen und dienlichen Staatshilfe schielt und sie auch gern nimmt, wenn sie unter dem dünnen Mäntelchen sozialer Fürsorge geleistet wird, hat kein Recht, sich als die allein gläubige Vertreterin der privaten Initiative und Selbstverantwortung der Unternehmer und der Unternehmungen zu bezeichnen. Dem Wissenben nötigt diese Konsequenzkritik nur ein Nicken ab.

Aber der Liberalismus hat in allen Ländern und auch in Deutschland seit je nicht nur einen rechten, sondern auch einen linken Flügel gehabt. Der linke Flügel, der übrigens geistig der bedeutendere war, beurteilt diese Dinge schon seit Jahrzehnten wesentlich anders. „Ob und inwiefern die nähere Zukunft der Wirtschaftsentwicklung kapitalistisch oder sozialistisch ist, entscheidet sich nicht nach den Wünschen der einzelnen oder der Parteien, sondern nach den Notwendigkeiten des dynamischen Lebens im Zeitalter des Spätkapitalismus. Diese drängen in aller Welt mehr zu sozialistischen als zu kapitalistischen Lösungen, falls man den Gegenstand einmal in diese Worte fassen will. So wirkt die gewaltige Wirtschaftskrise und die große Arbeitslosigkeit tausendmal mehr im sozialistischen Sinne als alle Agitation der sozialistischen Parteien es tun könnte. Die Produktivkräfte der Welt, die Leistungen der Technik und der Technikler sind unvergleichlich viel größer als die Organisationskunst der Wirtschaftsführer und der Staatsmänner.“

Wir haben Ueberfluß an Brot in der Welt und doch müssen Millionen Menschen hungern, Jehntausende verhungern.

In den großen Getreidefabriken des amerikanischen Westens, Kanadas, Argentiniens kann man den Feinern Weizen für drei Mark produzieren und liefern. Der deutsche Bauer verlangt dreizehn Mark und kommt trotz schwerster Arbeit damit nicht aus. Das ist die Katastrophe der privaten Organisationskunst.

Vielleicht wird man antworten: die Unverschämtheit des Gegenstandes zwischen Demokratie und Sozialdemokratie besteht nicht in den Fragen des Sozialismus, sondern des Marxismus. Das Wahlschlagnwort der Reaktion richtet sich ja auch nicht gegen den Sozialismus, sondern gegen den „Marxismus“.

Wieviele von den Menschen, die gegen den Marxismus reden, haben jenes Mindestmaß von Kenntnis darüber, das man haben müßte, um mitreden zu dürfen?

Obwohl ich vielleicht mehr darüber gelesen und gehört habe, als 95 Prozent derjenigen, die dagegen reden, traue ich mir nicht zu, ein endgültiges Urteil abzugeben. Ich halte mich zunächst mal an das, was die Männer, die im Marxismus groß geworden sind, denken, reden und tun. Und da finde ich im praktischen Leben keinen unüberbrückbaren Gegensatz. Da habe ich mich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß mir z. B. die Politik des Herrn Brüning weitestgehend fern lag oder liegt als das Wollen und Tun Eberts, Hermann Müllers, Löbes, Breitscheidts, Landbergers, Versteins, Wels, Leigens, Leiparts und hundert anderer. Ob da irgendwo ganz im tiefsten Herzen schwere grundsätzliche Gegensätze schlummern, weiß ich nicht, aber sicher weiß ich, daß diese Gegensätze nicht größer sind wie manche andere, die ich mit bisherigen Parteifreunden hatte, mit denen ich jahrelang gearbeitet habe. Ganz sicher weiß ich, daß diese Gegensätze nicht so groß sind wie diejenigen, die ich gegen

die Wiederherstellung des deutschen Großgrundbesitzes, jenes Todfeindes aller deutschen Demokraten, durch Schiele-Brüning, habe. Wenn ich einen Aufsatz lese, wie den des Belgiers Vanderwilde in der neuesten Nummer der „Gesellschaft“, wenn ich Aufsätze Kenners, Hilferdings lese, dann finde ich ebenfalls keine unerträglichen Gegensätze. Und endlich: mir ist nicht bekannt, daß die deutsche Sozialdemokratie von ihren alten oder neuen Mitgliedern ein Befenntnis, einen Schwur, ein Glaubensbekenntnis zu dem „Kapital“ von Marx fordert. Von mir ist bis heute keine besondere marxistische Taufe verlangt worden.

Aber wenn das alles auch ganz anders wäre, im ungünstigen Sinne anders: in der deutschen Politik steht heute und für die zwanzig Jahre, die ich vielleicht noch zu leben habe, weder die allgemeine Einführung des Sozialismus noch gar die Einführung des Marxismus auf der Tagesordnung. In Wirklichkeit handelt es sich um ganz andere Dinge. Es handelt sich, um mal kurz mit dem eben in dieser Stunde beerdigten Ludwig Haas zu reden, um die Frage, ob die deutsche Republik eine plutokratische oder eine soziale sein wird.

Es handelt sich darum, ob der deutsche Großgrundbesitz mit seinen Anhängeln und Trabanten in Stadt und Land wieder die maßgebende Kraft der deutschen Republik wird. Es handelt sich darum, ob die Feinde des neuen Staates, die diesen stets verachtet haben und erschlagen wollten, ihn jetzt — das ist der historische Sinn der Brüningpolitik — beherrschen sollen. Es

handelt sich darum, ob den Arbeitnehmern, den Arbeitenden überhaupt, der endlich allzu spät errungene spärliche Einfluß auf Staat und Gesellschaft wieder genommen werden soll. Es handelt sich darum, den guten und gelunden Kern der deutschen Sozialpolitik zu retten, soviel ich selber an System und an Einzelheiten auszuüben habe.

Es handelt sich darum, zu verhindern, daß Militaristen und Gewaltpolitiker in Deutschland wieder ausschlaggebend werden.

Im Kampf um den inneren Wert, um die Seele des Volksstaates, fällt aber der Sozialdemokratie die entscheidende Führung zu. Sie hat die Monopolisierung der wirklich lebendigen Kräfte des Fortschritts und der Freiheit zu besorgen. Diese Aufgabe, dieser Kampf um die Macht liegt ihr als geschichtliche Notwendigkeit, als gewiß schwere historische Last ob. Und deshalb bin ich dorthin gegangen, wo ich glaube, daß am meisten Arbeit für diese Aufgabe geleistet werden muß und geleistet werden kann.

Das ist so etwa meine Antwort an jene, die da sagen, daß dieser Uebertritt „einseitigen Überhaupt nicht verstanden kann“. Ich wende mich gegen diejenigen, die in 1930 noch glauben, daß die sozialdemokratischen Arbeiter ihnen fremd und unverständlich seien, weil 1884 auf dem Nürnberger Arbeitertag die Richtung Bebel sich von der Richtung Sonnemann trennte. Wenn Karl Marx 1847 im Kommunistischen Manifest schrieb: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Wie kann man ihnen nehmen, was sie nicht haben.“ Dann scheint mir das kein Grund zu sein, um sich 1930 den sozialdemokratischen Arbeitern fernzuhalten, die mit Blut und Leben ihr Vaterland, die Deutsche Republik, geschaffen und verteidigt haben. Wenn Bismard von 1878 bis 1890 mit allen Mitteln der Demagogie die Sozialdemokratie zum „Bürgerfurcher“ gemacht hat, dann scheint mir das kein ausreichender Anlaß, daß hunderttausend, die schließlich kaum anders denken als sie, heute immer noch in dieser Partei den Bürgerfurcher sehen. 1930 sind andere Zeiten als 1880. Es ist nicht nötig, daß in der deutschen Politik alles so bleibt oder alles wieder so wird, wie es in dem Jahrzehnt zwischen 1880 und 1870 geworden ist. Im Zeitalter der parlamentarischen Demokratie sind die Notwendigkeiten des Parteiwesens andere wie 1871.

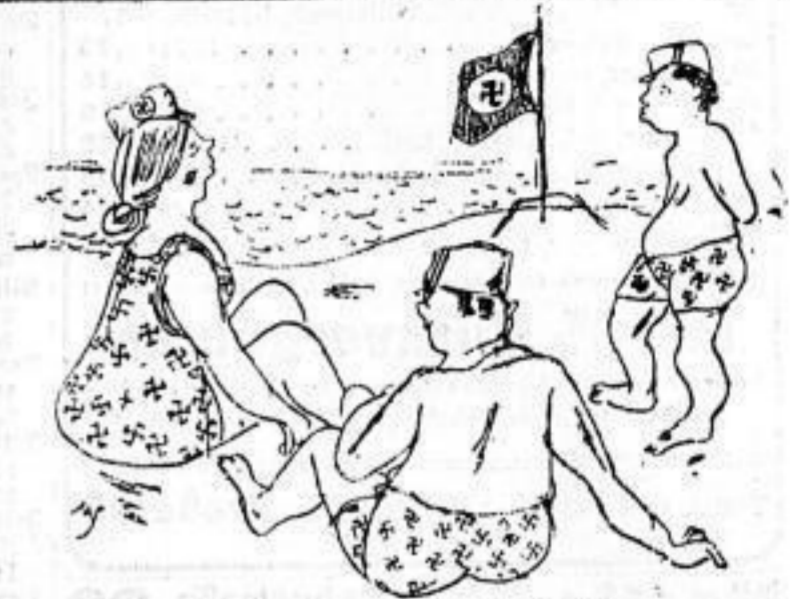
Es handelt sich darum, wer die Macht im Staate hat. Und jeder gehört, unbeschadet von Abweichungen im einzelnen dahin, wo er für die Durchführung seiner Ideen um meisten Macht schaffen kann.

## Das „Volk“ strömt herbei

SPD. Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß die Eugenbergsche Presse nicht irgend einen „Zustrom zur Deutschen Nationalen Volkspartei“ meldet. Was „abströmt“, wird natürlich nicht verzeichnet. Aber sehen wir uns den „Zustrom“ der letzten Tage einmal an. Da finden wir:

- General der Artillerie Kraft v. Dellmensingen,
- General der Infanterie Otto v. Besow,
- General Hoffbach,
- Admiral a. D. Rebeur-Paschwitz,
- Graf Münster.

Diesen „Zustrom“ können wir Herrn Eugenberg von ganzem Herzen. Hält er an, dann werden die Strategen des verlorenen Weltkrieges bald restlos um den Totengräber der Deutschen Nationalen Partei versammelt sein: die endgültige Zerkümmern des deutschen Parteibildes kann beginnen. Die Gemeinschaft zwischen dem Totengräber Eugenberg mit den abgetakelten Offizieren der alten Armee ist aber zugleich auch ein Zeichen dafür, daß die Großpensionäre der Republik die schlimmsten Feinde des republikanischen Staates sind.



Mutschmanns im Seebad. „Amanda, ob denn die Arbeiter glauben, daß wir ihnen helfen wollen...?“

## Zuchthaus für Sprengstoffdiebstahl

Vor dem vierten Straßent des Reichsgerichtes hatten sich der 31 Jahre alte Fabrikarbeiter und kommunistische Stadterordnete Hubert Köhnen und der 25jährige Schlosser Br'er Ripphausen aus Eschweiler bei Aachen wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten. Die Angelegenheit hat folgende Vorgeschichte:

Im März 1930 fand die Polizei, in einem Walde bei Eschweiler vergabene, eine größere Menge leicht-erzplottenden Sprengstoff, Dynamit, Sprengkapseln und Zündschnur. Die angeklagten Ermittlungen lenkten den Verdacht auf Köhnen und Ripphausen, die beide am 29. März 1930 verhaftet wurden. Die kurz darauf vorgenommene Hausdurchsuchung förderte bei dem Angeklagten Köhnen viel „belastendes“ Material, wie Zeitschriften, Korrespondenzmaterial, darunter 38 Exemplare der verbotenen „Jerschungszeitung“. Die rote Front“ zutage. Besonders Interesse erweckte aber ein Brief, in dem konspirative Maßnahmen und ein verführerischer Kampf als zum Zweck des Schutzes der Partei erforderlich bezeichnet wurde. Im Laufe der Voruntersuchung sollen die Angeklagten ein Geständnis abgelegt haben, nach dem der Angeklagte Ripphausen in der Zeit vom April bis September 1929 auf seiner damaligen Arbeitsstelle der Grube „Eschweiler Reserve“ den Sprengstoff verwendet und diesen dann gemeinsam mit Köhnen in dem betreffenden Wald bei Eschweiler vergraben hat. Wie Köhnen zugibt, hätten die Angeklagten die Uebsthaft gehabt, die 89 Sprengpatronen, 30 Sprengkapseln und Zündschnur zu politischen Zwecken zu verwenden. Sie wollten damit der nach ihrer Meinung nahe bevorstehenden Revolution der SPD. zum Siege verhelfen.

Vor dem Reichsgericht erklärten sie die Wegnahme des Sprengstoffes wesentlich anders. So behauptete der Angeklagte Ripphausen, daß er von einer politischen Verwendung der gestohlenen Sachen nichts gewußt und nur aus Leichtsin und Unkenntnis der Tragweite seiner Handlung die Diebstahle ausgeführt habe. Er habe nie der SPD angehört, sei zwar Mitglied des „Roten Frontkämpferbundes“ gewesen, aber im Dezember 1928 aus diesem ausgeschlossen worden. Seitdem habe er keinerlei Beziehungen mehr zu dem RFB. und sei zur Zeit der Tat auch nicht Mitglied gewesen. Den Sprengstoff will der Angeklagte lediglich gestohlen haben, um sich damit dem Fischfang zu widmen. Diesen Ausführungen schloß sich auch Köhnen an.

Der Vertreter der Reichsanwaltschaft hielt die Angeklagten für eine Vorbereitungsverhandlung zum Hochverrat überführt, ging sogar noch weiter und verlangte Bestrafung wegen Verabredung zu einem Sprengstoffkomplott. Er beantragte deswegen für beide Angeklagte je fünf Jahre Zuchthaus, eventuell, wenn das Gericht glaube, nicht zu einer Beurteilung wegen Verabredung zum Sprengstoffkomplott kommen zu können, für beide drei Jahre sechs Monate Zuchthaus.

Der Senat ging sogar noch über diesen Strafantrag hinaus und verurteilte den Angeklagten Köhnen wegen Verbrechens gegen §§ 6 und 7 des Sprengstoffgesetzes in Latenteit mit einer Vorbereitung zum Hochverrat zu sechs Jahren Zuchthaus; Ripphausen wegen der gleichen Delikte zu fünf Jahren Zuchthaus. Außerdem wurde beiden Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren abgeprochen. Die Untersuchungshaft wurde mit vier bzw. drei Monaten angerechnet. Der Senat, so heißt es in der Begründung, hat bei Ripphausen schweren Diebstahl angenommen, zu dem ihn Köhnen überredet habe. Die Aussagen der Angeklagten in der Verhandlung seien unglaubwürdig. Die besondere Höhe der Strafen erkläre sich daraus, daß das Vorliegen eines Sprengstoffkomplottes angenommen worden ist. Hierbei wurde lediglich verlangt, daß von mindestens zwei Personen eine Urbebe getroffen würde, durch die vorzüglich eine Gefährdung von Leib und Leben anderer Personen durch Anwendung von Sprengstoff herbeigeführt wird.

Die Wahnsinnstatist der SPD. hat also wieder einmal mehr zwei furchtbar getroffene Opfer gefordert.

## Sie wollen nichts wissen von der Staatspartei

SPD Berlin, 7. August. Der außerordentliche Jugendtag des jungdemokratischen Verbandes Berlin-Brandenburg hat mit Zweidrittelmehrheit beschloßen, aus dem jungdemokratischen Reichsbund auszutreten und sich der „Vereinigung unabhängiger Demokraten“ anzuschließen.

## Ein neuer Parteiladen

Nach einer Meldung der Tel.-Union wurde in Hamburg eine „Erneuerungspartei für Siebung, Arbeit und Volkshilfe“ gegründet, die sich schon bei den bevorstehenden Wahlen betätigen will und Dr. med. Hüttig, Hamburg, als Spitzenkandidat aufgestellt hat. In ihrem Programm verlangt die Partei u. a.: Arbeit den Arbeitslosen, Schutz dem Kleinhandel und Handwerk, Verstaatlichung der Banken, Reform des Geldwesens, geeignete Volkshilfen, Abbau der Wucherzinsen, Abbau der hohen Gehälter und Pensionen sowie der Diäten, Vereinfachung der Verwaltung in Reich und Ländern, Erhaltung der deutschen Landwirtschaft, Ergänzung der Sozialversicherung, Einführung des Wehrrechts durch Aufnahme von Freiwilligen, die beim Ausscheiden je nach Verdienst ein größeres oder kleineres Landgut geschenkt erhalten, die Beseitigung des Vertrags von Versailles und der Kriegsschuldlüge, Reform des Youngplanes und Wiederherstellung der alten Grenzen.

Das „Programm“ dieser „Erneuerungspartei“ ist so buntschickig und sonus, daß es den Anschein erweckt, als sei es der Rede eines Naziagitators entnommen. An ähnlichen „großzügigen“ Erneuerungsprogrammen ist in Deutschland wirklich kein Mangel. Das Rezept aber, wie z. B. die außenpolitischen Forderungen des Erneuerungsklubs verwirklicht werden sollen, verrät auch der Hamburger Arzt nicht. Einen „Erfolg“ freilich — und das wird wahrscheinlich ihr einziger bleiben — haben die „Erneuerungsparteiler“ zu verzeichnen — sie haben die Zahl der überflüssigen Splitterparteien in Deutschland um eine vermehrt.

Verantwortlich für den rebellischen Zelt: Kurt Günther in Leipzig. Verantwortlich für den Interimisten: Hugo Schöran in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Wochenblatt-Verlagsgesellschaft, Leipzig.

Für die Abonnenten des Nordbezirks liegt der heutigen Nummer ein Prospekt des Manufaktur-Warenhaus Mödtern, Hallische Straße 166, bei.

# 25

## 25 Mark nur

kostet jetzt ein tadelloser Sacko-Anzug im großen Saison-Ausverkauf des freundlichen Herrn. Eine überaus günstige Gelegenheit! Aber nur noch drei Tage gilt dieser - ach so kleine - Liliput-Preis!



## Bamberger & Hertz

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.



# Gewerkschaftliche Anzeigen

Verkaufsstelle des V. D. G. B. Leipzig  
Volkshaus, Seiger Straße 32, Fernruf 34021

## Deutscher Bauernbund, Bauernschaft Leipzig

Bürozeit: Vorm. von 9-13 Uhr, nachm. von 16-18 Uhr.  
Vor Sonn- und Feiertagen von 9-2 Uhr.

### Gruppenversammlung!

**Zementarbeiter.** Sonnabend, den 9. August, 19 Uhr, im  
Volkshaus. Tagesordnung wird in  
der Versammlung bekanntgegeben. Zahlreichen Besuch  
erwartet.  
Die Leitung.

## Selbsthilfe Leipzig

### Wir empfehlen:

- Schweineschmalz, pa. deutsch., blütenweiß, 1-Pfd.-Beut. 1.-
- Kartoffeln, neue, Ia . . . . . 10 Pfd. **-.70**
- Matjes-Heringe, zart und fett . . . . . Stück **-.14**
- Heringe, neue Schotten . . . . . Stück **-.10**
- Gebirgshimbeersaft, mit 65% Raff. . . . . Pfd. **-.68**
- Zitronenmost, das ideale Erfrischungsgetränk . . . . . Pfd. **-.66**
- Orangeade, naturoll, ungel. . . . . Pfd. **-.84**
- Gelée-Früchte, Ia . . . . . ¼ Pfd. **-.25**

und alle übrigen Lebensmittel u. Haushaltartikel billigst

### mit 6% Rückvergütung

in den bekannten Verkaufsstellen, oder, wo nicht vorrätig,  
durch Zentrallager, Wilhelmstraße 54, Fernspr. 52567

Neu eröffnet: **Bayrische Straße 25**

## Nestler, Eisenbahnstraße 99

- an der Elisabethstraße
- Tapeten — Spottbillig
- Linoleum — Spottbillig
- Wachstuche — Spottbillig



Allen Partei- und  
Gewerkschaftsge-  
nossen empfehlen  
wird Abonnement  
auf die illustrierte  
Wochenschrift

### Der Kuckuck

Erscheint wöchentlich **20 Pfg.** Der Kuckuck  
u. kostet pro Nummer wird das  
menschliche Leben in allen seinen Erscheinungen  
im Bild u. Wort widerspiegeln. Das Leben aller  
Völker der Erde in ihren politischen u. geistigen  
Kämpfen, in ihren Sorgen und in ihrer Arbeit, in  
ihrem Kunstschaffen u. in ihrer Geschichte wird  
in unserer Wochenschrift dargestellt werden.

Alle Austräger und Filialen der Volks-  
zeitung nehmen Bestellungen entgegen.

### Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abg. Buchhandlg., Leipzig C 1, Tauchaer Str. 19/21

## FAMILIEN-NACHRICHTEN

Blühlich und unerwartet verschied am Dienstag  
früh mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger-  
und Großvater, Bruder und Onkel, Herr

### Albert Huke

Markranstädt, den 6. August 1930.  
In tiefem Schmerz

### Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet Freitag, den 8. August,  
nachm. 3 Uhr, auf dem Südfriedhof in Leisniz statt.  
Blumenbesuchen werden dankend abgelehnt.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief am Mitt-  
woch, dem 6. August 1930, nachts 12 Uhr, unsere  
liebe, gute Mutter, Frau

### Anna Scheit geb. Zimmermann

Leipzig C 1, Molkauer Straße 26, III.

Im tiefsten Schmerz

### Otto Scheit

in Namen aller Hinterbliebenen.

Beerdigung Sonnabend, 9. August, mittags 12 Uhr,  
Trinitatisfriedhof. Frdl. zugedachte Blumenpenden  
bitte b. Fa. Albert Merkel, Molkauer Str. 43 abzugeben

## Ämliche Bekanntmachungen

### Die Kraftfahrzeughührerliste:

Babette Tschopp, Leipzig, ausgestellt am  
13. 6. 1925 für Kl. 3b, Listennummer  
13 503 — B. R. III 1027/30 —  
Karl Richter, Leipzig, ausgestellt am  
14. 7. 1928 für Kl. 1, Listennummer  
25 085 — B. R. 2612/30 —  
Erich Altrod, Dreißigacker, ausgestellt  
am 6. 8. 1913 für Kl. 3b, Listen-  
nummer 2002 — B. R. III 940/30 —  
Hort Hilbert, Leipzig, ausgestellt am  
17. 12. 1924 für Kl. 3b, Listennummer  
12 053 — B. R. III 973/30 —  
Albert Behnisch, Eisenburg, ausgestellt  
am 8. 10. 1912 für Kl. 3b, Listen-  
nummer 1638 — B. R. III 1003/30 —  
Karl Augustin, Leipzig, ausgestellt am  
21. 5. 1910 für Kl. 3b und 2, Listen-  
nummer 29 — B. R. III 1075/30 —  
Hugo Barth, Leipzig, ausgestellt am  
27. 6. 1924 für Kl. 1 und 3b, Listen-  
nummer 9943 — B. R. III 1065/30 —  
Dr. Hermann Wegner, Leipzig, ausgestellt  
am 24. 7. 1911 für Kl. 3b, Listen-  
nummer 1039 — B. R. III 1120/30 —  
Johannes Grenzfel, Leipzig, ausgestellt  
am 24. 5. 1929 für Kl. 3b, Listen-  
nummer 28 766 — B. R. III 1121/30 —  
Leo Stankó, Leipzig, ausgestellt am  
22. 8. 1927 für Kl. 1, Listennummer  
20 914 — B. R. III 1145/30 — und

### die Zulassungsabstimmungen:

Mitteldeutsches Braunkohlen-Syndikat,  
Leipzig, für den Kraftwagen mit dem  
Kennzeichen III — 52 617;  
Dorothea Baute, Leipzig, für den Kraft-  
wagen mit dem Kennzeichen III —  
50 375;  
Felix Mohaupt, Leipzig, für das Kraft-  
rad mit dem Kennzeichen III —  
20 381;  
Friedrich Eckhardt, Leipzig, für das  
Kraftrad mit dem Kennzeichen  
III — 42 355;  
Hugo Barth, Leipzig, für das Kraftrad  
mit dem Kennzeichen III — 25 225;  
Max Heinicke, Leipzig, für den Kraft-  
wagen mit dem Kennzeichen III —  
51 503;  
Rudolf Meusel, Leipzig, für den Kraft-  
wagen mit dem Kennzeichen III —  
50 404;  
Gärtner-Zentrale, Leipzig, für den  
Kraftwagen mit dem Kennzeichen  
III — 52 027;  
Leo Stankó, Leipzig, für das Kraftrad  
mit dem Kennzeichen III — 3497  
werden für ungültig erklärt.  
Leipzig, den 5. August 1930.

### Das Polizeipräsidium, Verkehrsabteilung.

Der Arbeiter Walter Rütz in  
Rötha, Auenstr. 4, ist durch Strafbefehl  
des Amtsgerichts Leipzig vom 7. Juni  
1930 wegen Verletzung von An-  
gehörigen der Reichswehr zu einer  
Geldstrafe von 70 RM, hilfsweise  
2 Wochen Gefängnis, kostenpflichtig  
verurteilt worden.

Dem Befehlshaber im Wehrkreis IV  
ist die Befugnis ausgesprochen worden,  
die Beurteilung durch einmaliges Ein-  
rücken in die „Leipziger Neuesten Nach-  
richten“ und in die „Leipziger Volks-  
zeitung“ auf Kosten des Verurteilten  
bekanntzumachen.  
Leipzig, den 2. August 1930.

### Das Amtsgericht, Abt. III 8.

**Zwenfau.** Die Stdt. Verwaltungs-  
u. Rassenstellen bleiben am  
Verfassungstage, Montag, den 11. August  
1930, für den öffentl. Verkehr geschlossen.  
Zwenfau, am 4. August 1930.

### Der Stadtrat.

**Verfassungsfeier in Zwenfau**  
Am Montag, dem 11. August 1930,  
vorm. 11 Uhr, veranstalten die Behörden  
in der Stadt Zwenfau eine gemeinsame  
Verfassungsfeier, zu der die Einwohnerschaft,  
besonders aber die Vertreter der  
Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die  
Vereine der Stadt Zwenfau eingeladen  
werden.

Die Einwohnerschaft wird gleichzeitig  
gebeten, am Verfassungstage die Häuser  
in den Reichs-, Landes- oder Stadt-  
farben zu beflaggen.  
Zwenfau, am 5. August 1930.

### Der Stadtrat.

**Verfassungsfeier in Regau**  
Am 11. August, dem Verfassungstage,  
findet im Stadtverordneten-Sitzungs-  
saal des hiesigen Rathauses vormittags  
11 Uhr eine Feier statt, zu der die  
unterzeichneten Behörden, die Organi-  
sationen der Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmerverbände, die Innungen sowie  
die Beamten- und Angestellten-Organis-  
ationen hiermit einladen.

Weiter wird die Einwohnerschaft um  
Beflaggung der privaten Gebäude am  
Verfassungstage gebeten.  
Regau, am 4. August 1930.

### Das Amtsgericht, Der Stadtrat.

**Verfassungsfeier in Bad Lausitz**  
Zur würdigen Begehung des Ver-  
fassungstages findet  
Montag, den 11. August d. J.,  
vorm. 11 Uhr, im Rathausaal  
eine Verfassungsfeier statt.  
Zu dieser Feier wird die Bevölkerung  
von Bad Lausitz hiermit ergebenst ein-  
geladen.

Inbesondere werden die örtlichen  
Behörden, sowie die Organisationen der  
Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände,  
Innungen, Beamten- und Angestellten-  
organisationen gebeten, an dieser Feier  
teilzunehmen.  
Bad Lausitz, am 5. August 1930.

### Der Bürgermeister.



# ...stets beachtenswert sind unsere allwöchentlich erscheinenden Angebote für Lebensmittel

- ### Frisch-Fleisch I. Klasse
- #### RIND-FLEISCH
- Brust . . . . . Pfund 1,00
  - Querrippe . . . . . Pfund 1,10
  - Hohe Rippe . . . . . Pfund 1,20
  - Schmorfleisch o. Kn. . . . . Pfund 1,00
- #### SCHWEINE-FLEISCH
- Bauch, mager . . . . . Pfund 1,00
  - Keule . . . . . Pfund 1,30
  - Kamm . . . . . Pfund 1,50
  - Koteletten . . . . . Pfund 1,50
- #### KALB-FLEISCH
- Brust und Kamm . . . . . Pfund 1,20
  - Wickelbraten . . . . . Pfund 1,30
  - Blatt . . . . . Pfund 1,30
  - Keule und Niere . . . . . Pfund 1,50
- #### GEFRIER-HAMMEL
- Bauch . . . . . Pfund 90
  - Rücken u. Vorderkeule . . . . . Pfund 90
  - Hinterkeule . . . . . Pfund 1,05
  - Fettes zum Ausbraten . . . . . Pfund 85
  - Gehacktes gemischt . . . . . Pfund 70
  - Pfefferfleisch . . . . . Pfund 95
  - Gehacktes Rind . . . . . Pfund 95
  - Gulasch . . . . . Pfund 1,10

- ### Deutsche Heringe . 6 Stück 25
- #### WURSTWAREN
- Hausmacher Sülze . . . . . Pfund 85
  - Fetter Speck . . . . . Pfund 95
  - Brühwurst . . . . . Pfund 1,10
  - Zervelatwurst . . . . . Pfund 1,10
  - Landleberwurst . . . . . Pfund 1,35
  - Plockwurst . . . . . Pfund 1,70
  - Braunsch. Schlackwurst . . . . . Pfund 1,70
  - Braunsch. Teewurst . . . . . Pfund 2,20

- ### Blumenkohl . . . . . Stück 48
- #### FETTE UND KÄSE
- Margarine . . . . . Pfund 47, 54, 62
  - Vollmilch, große Dose . . . . . 50
  - Kokosfett . . . . . 50
  - Edamerkäse, 20% fett . . . . . Pfund 80
  - Steinbuscher . . . . . Pfund 78
  - Schweizkäse . . . . . Pfund 85
  - Molkereibutter . . . . . Pfund 1,20
  - Dänische Molkereibutter . . . . . ½ Pfund 85

- ### Rollmops . . . . . 1 Liter-Dose 72
- #### KOLONIALWAREN
- Vanillezucker . . . . . 5 Beutel 18
  - Gebr. Gersta oder Korn . . . . . Pfund 20
  - Vollreis . . . . . Pfund 30, 25, 22
  - Puddingpulver . . . . . ¼-Pfund-Paket 25
  - Einmachzucker . . . . . Pfund 35
  - Hartgriß-Makkaroni . . . . . Pfund-Paket 50
  - Kakao, gar. rein . . . . . Pfund 65
  - Kaffee, geb. . . . . ½ Pfund 1,40, 1,20, 85

- ### Suppen- u. Frikasseehühner . 84
- #### FRUCHTSÄFTE, WEINE
- Himbeersirup . . . . . Pfund 50
  - Zitronenmost . . . . . Pfund 58
  - Frankfurter Apfelwein . . . . . Liter 50
  - 1928er Frankweillerer Weißw. . . . . Liter 70
  - Utiel, span. Rotwein . . . . . Liter 1,10
  - Wermutwein . . . . . Liter 1,20
  - Obstschauwein m. St. . . . . Liter 1,20
  - 28er Wincheringer einschl. ¼ Flasche 1,00

- ### Frische Pflirsche . . . 2 Pfund 95
- Aus unserer  
eigenen **Fabrik „Burmühle“**
- Kroketten . . . . . 50-Gramm-Rolle 25
  - Vollmilchschokolade . . . . . 100-g-Tafel 25
  - Vollmilch-Kronkantschok. . . . . 100-g-Tafel 25
  - Katzenzungen . . . . . 200-g-Karton 50
  - Weinbrandbohnen . . . . . 125-g-Karton 50
  - Erkani-Pralinen . . . . . 100-g-Tafel 50
  - Argenta-Edelherb . . . . . 100-g-Tafel 50
  - Vollmilch-Schokolade . . . . . 200-g-Tafel 50

Rehblätter . . . . . Pfund 1,15

Die kostenlose Zustellung von Frisch-  
Fleisch und Lebensmitteln erfolgt nur bei einem  
Einkaufswert von Mk. 5,- an. Telefon Nr. 706 41.



# Aufstieg!

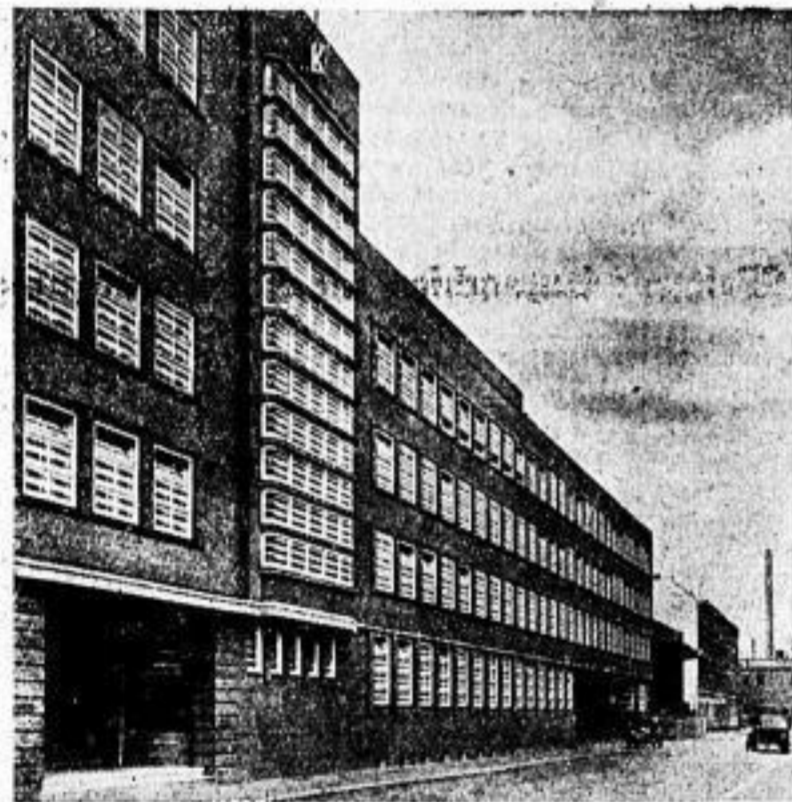
## Aufstieg!

### Aufstieg!

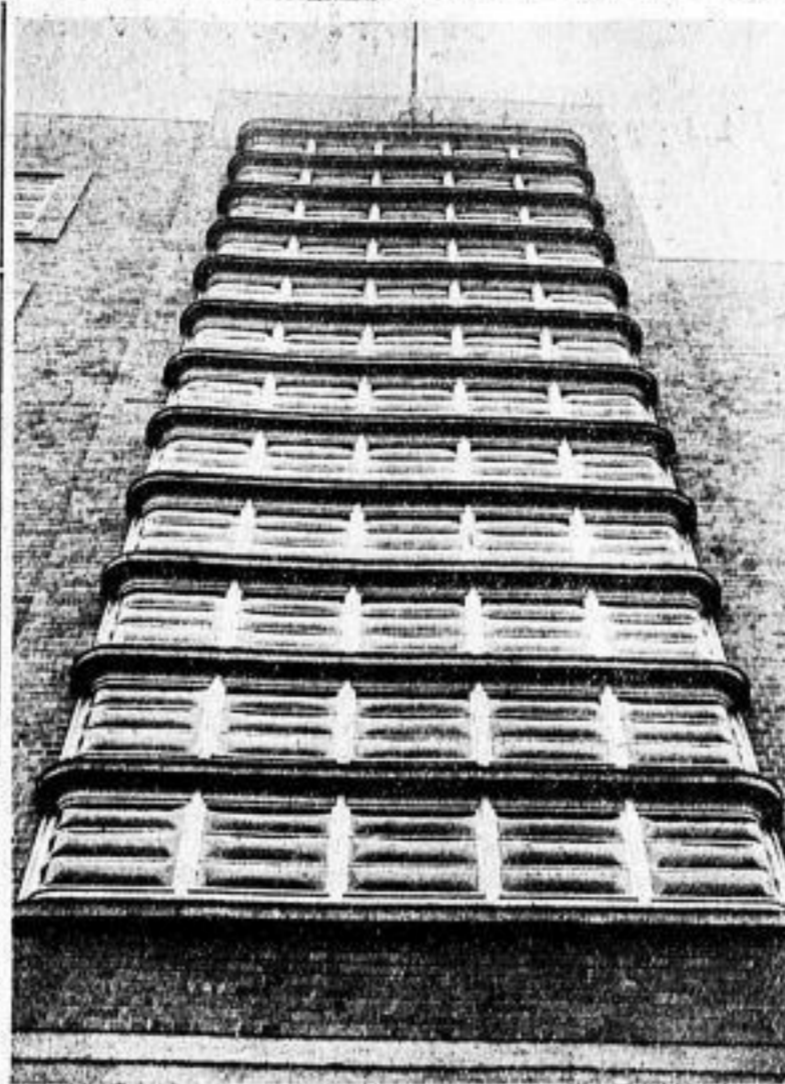


Der Arbeiterbewegung ist die geschichtliche Aufgabe geworden, aus einer in Trümmer sinkenden Welt eine neue zu bauen, — die scheinbar noch in stolzer Kraft dahende und doch innerlich morsche und dem Untergang zureichende Welt des Kapitalismus abzulösen durch die Welt des Sozialismus, — die ungeordnete, anarchische, kapitalistische Produktion umzuwandeln in die geordnete, planmäßige, sozialistische, in die auf Deckung des Bedarfs aller Menschen eingestellte profitlose Gemeinwirtschaft, die als rechtliche Basis hat das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Diesem Ziele müssen alle Zweige der Arbeiterbewegung zustreben, wenn sie ihrer historischen Aufgabe gerecht werden wollen. Sie müssen ihm zustreben, weil die sozialistische die einzige mögliche

Gesellschaftsordnung Rettung ist aus dem Chaos, in das uns der Kapitalismus gestürzt hat. Wie Krieg und Weltverheerung in seinem finsternen Gefolge schreiten, so Massenarbeitslosigkeit und Ruin kleiner Existenzen. Wie von ihm fast nur noch Untkultur ausgeht, so auch nichts anderes als moralische Demoralisation, die den Eigennutz predigt und jeden Gemeinschaftsgedanken, jedes solidarische Handeln, außer in seinem Interesse, zu erlöchen sucht. Nichts darum falscher, als wenn heute noch weite Kreise des sogenannten Mittelstandes der sozialistischen Gedankenwelt ablehnend, ja feindselig gegenüberstehen, wenn sie namentlich, statt im Kapitalismus, in der Genossenschaftsbewegung ihren stärksten Feind sehen — in den Genossenschaften, die in hervorragendem Maße mitberufen sind, Ordnung



Die neue Front in der Jahnstraße



Hoch strebt der Bau —

in das in Unordnung geratene Getriebe des Wirtschaftslebens zu bringen. Was die künftige sozialistische Produktion und Verteilung im Großen sein wird, das ist heute, gemessen an der Gesamtwirtschaft, die genossenschaftliche Deckung des Bedarfs der Mitglieder im Kleinen: Organisation der Produktion nach dem Verbrauch und somit Ausschaltung unproduktiver, zweckloser und darum vergeblicher Arbeit, Vermeidung von Verlusten an Rohmaterial und sinnlos abgenutzten Produktionsmitteln. Und was schließlich das Entscheidende ist: mit steigender Organisation der Verbraucher und des Verbrauchs und der damit Hand-in-Handgehenden Organisation der Erzeugung eine steigende Sicherung der Existenz immer breiterer Kreise Werttätiger, die genossenschaftlich füreinander und miteinander arbeiten.

Wer sollte angesichts der chaotischen kapitalistischen Welt, in der wir leben, in der Millionen arbeitswilliger Menschen ausgestoßen sind aus dem Produktionsprozess, in der Millionen bitter darben und entbehren, in dessen alle technischen Voraussetzungen gegeben sind, um in reichem Maße alles zum Leben Notwendige zu erzeugen, — wer sollte angesichts dieser menschenunwürdigen Zustände und andererseits der Möglichkeiten, die die Genossenschaftsbewegung allen Menschen bietet, nicht die Einsicht aufbringen, daß die Genossenschaften nicht nur nicht zu bekämpfen, sondern mit allen Mitteln zu fördern sind!

In den Kreisen der Industrie und der Landarbeiterschaft ist diese Einsicht in erfreulicher Zunahme begriffen. Aber auch unter den Angestellten, den kleinen Beamten und selbst unter den weiterschauenden Handwerkern finden sich mehr und mehr Freunde der Genossenschaftsbewegung, wie die Entwicklung einer der größten Genossenschaften Deutschlands, des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz, zeigt. 1884 gegründet, hat er sich in den letzten Jahrzehnten zu einem stattlichen Wirtschaftsbetrieb entwickelt, der heute an die 8000 Mitglieder zählt, die im vergangenen Geschäftsjahr über 45 Millionen Mark in ihrer Genossenschaft umsetzten; eine Steigerung von 7 Millionen gegen das letzte, eine Steigerung von 18 Millionen gegen das vorletzte Geschäftsjahr; und gar eine Steigerung von 26 Millionen gegen das Geschäftsjahr 1924/25.

Diesem gewaltigen Aufstieg des Umsatzes waren die bisherigen Räumlichkeiten des Zentralagers und der Hauptverwaltung nicht mehr gewachsen. Vorstand und Aufsichtsrat und Vertreterversammlung mußten sich entschließen, eine Erweiterung des Betriebes vorzunehmen. Ein 4-5-Millionenprojekt entstand, das in drei Bauabschnitten seine Verwirklichung finden soll. Der erste Abschnitt, das neue Ver-

waltungsgebäude an der Jahnstraße in Plagwitz, ist jetzt vollendet; die neuen Räume sind am Mittwoch vor einer stattlichen Zahl geladener Gäste und Freunde der Genossenschaft und unter Teilnahme des Hauptlagers- und Verwaltungspersonals in schönem, feierlichem und doch schlichtem Akt der Benützung übergeben worden. Der große, lichtdurchflutete Unterrichtsraum im vierten Obergeschoß war so recht geeignet als Repräsentant der kraftvollen Entwicklung der Genossenschaft, die Geschäftsführer Genosse W. Fischer in einer feindurchdrachten und wirkungsvollen Festrede aufzeigte.

„Unser Verein“, so betonte Genosse Fischer, „betrachtet es im allgemeinen nicht als seine Aufgabe, Feste zu feiern. Sein Arbeitsfeld stellt ihm nüchternere Aufgaben. Er hat für die Lebensnotdurft seiner Mitglieder zu sorgen, für Essen und Trinken, Kleider und Schuhe. Und wenn er diese Aufgabe richtig erfüllt, hat er seine Pflicht getan. Es muß also schon ein besonderer Anlaß vorliegen, wenn wir uns heute zu einer feierlichen Veranstaltung zusammenfinden und hierzu auch noch Vertreter der uns nahestehenden Organisationen geladen haben. Ein solcher Anlaß ist vorhanden: wir wollen das Haus, in dem wir uns befinden, feierlich einweihen und seinem Zweck übergeben. Wir sind stolz auf den glücklich errichteten Bau mit seinen schönen Räumen, seiner gediegenen, auf Dauerhaftigkeit berechneten Ausstattung, seiner zweckvollen Gliederung. Aber noch stolzer sind wir auf die Entwicklung unserer Genossenschaft, die zur Errichtung dieses Baues und weiterer umfangreicher Gebäude drängt.“

Wir glauben, daß diese Stunde dazu angetan ist, einmal Rückschau zu halten, wie im Laufe von 46 Jahren alles wurde und auszu schauen nach dem, was werden soll.“

Und nun entrollte Genosse Fischer ein Bild unendlich mühevollen Kampfs und Ringens vom Jahre der Gründung des Vereines bis heute, ein Bild zäher Arbeit und zähen Willens so vieler Genossen und Genossinnen, die verlaßt, ja geschmäht und begeißelt dem Genossenschaftsgedanken Bahn brachen und den Grundstein legten für das stolze Gebäude. Insbesondere gedachte er der Genossen, die mit Umsicht und Tatkraft, allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und allen behördlichen Schikanen trotzend, zukunftsgeurig und zukunftsfröh am Steuer standen, wie dann der Verein die schweren Schläge des Weltkrieges und die noch schwereren der Inflation überwand, um nun im letzten Jahrzehnt einen ungeahnten Aufschwung zu nehmen. Wofür als schönstes Beispiel spreche, daß für den Neubau nicht ein einziger Pfennig fremdes Geld hat aufgenommen werden müssen, daß das gesamte Bauprojekt mit eigenen Mitteln durchgeführt wird.

Mit besonderer Wärme gedachte Genosse Fischer sodann des Schöpfers des neuen Baues, des unter den Gästen weilenden Hamburger Architekten Fritz Höger, dem Erbauer des Chile-Hauses in Hamburg, der es versuche, in seinen Bauten Zweckmäßigkeit und Schönheit zu verbinden. „Sein Chile-Haus und sein Sprintenhof in Hamburg, sein Rathaus in Rastbergen und sein Hochhaus in Hannover sprechen für sich selbst, und wir sind stolz darauf, daß jetzt auch, dank unserer Entscheidung, Leipzig einen Höger-Bau beherbergt... Ein Ausdruck von gesammelter Kraft, zweckvoll und daher schön, ohne Fierat und Schnörkel und doch nicht ärmlich steht der Bau da, und in gleicher Art soll das gesamte Bauwerk entstehen und seiner Bestimmung dienen.“

Mit gleicher Anerkennung gedachte Genosse Fischer der Leipziger Bauhütte, die mit Erfolg bemüht gewesen sei, durch gute, sachgerechte Arbeit zutriedenzustellen. „Wir freuen uns



Im Unterrichtsraum fand die Einweihungsfeier statt

**Sinkender Umsatz**  
**Steigender Konsum**

Die Statistik zeigt, daß der Gesamt-Verbrauch an Zigaretten in Deutschland gesunken ist. In diesen Zeiten der Umsatz-Stockung steigt unser

**Kolibri**

Umsatz. Daran erkennen wir, wie richtig es ist, dem Raucher für sein gutes Geld einen vollen Gegenwert in hoher Qualität zu bieten.



darüber um so mehr, als die Bauhütte auf ähnlicher Grundlage arbeitet wie wir und darum als ein verwandtes Gebilde anzusprechen ist."

Der Schluss der Rede, dessen erste Worte nochmals dem Hinweis galt, daß die Genossenschaft das neue Werk aus eigener Kraft errichte, sei um seiner grundsätzlichen Bedeutung willen hier wörtlich wiedergegeben:

"Das sind stolze Worte, besonders in einer Zeit, in der die Privatwirtschaft über Kapitalmangel klagt, in der die private Bauartigkeit aus Mangel an Kapital banalierlich und in der eine Wirtschaftskrise von ungeheurer Ausmaß Millionen arbeitswilliger Menschen zum Feiern und zum Darben verurteilt. Diese Worte sind aber zugleich eine Kennzeichnung der unüberwindlichen Kraft und der wirtschaftlichen Überlegenheit der genossenschaftlichen Betriebsform, einer Wirtschaftsform, die auf gegenseitiger Hilfe, auf dem Zusammenhalt der wirtschaftlich Schwachen und auf der zielbewußten Ausnutzung der zusammengeführten Kaufkraft beruht."

Ich habe in meinen bisherigen Darlegungen in Daten und Zahlen die Entwicklung unserer Genossenschaft aufgezeigt, ich habe auch von den Personen gesprochen, unter deren verantwortlicher Leitung sich diese Entwicklung vollzog. Ich habe damit aber nicht sagen wollen, daß diese Personen die Schöpfer und Träger unserer Genossenschaft waren oder sind. Gewiß ist eine zielbewußte, klug abwägende und tatkräftig handelnde Führerschaft unentbehrlich, wenn eine Massenbewegung Erfolg bringen soll, aber die Hauptsache ist und bleibt die Bewegung, in der der einzelne Mensch und seine Familie gemeinsam mit anderen Gleichstrebenden ein Ziel zu erreichen erstrebt. Zunächst mußte der Wille des einzelnen geweckt werden, gemeinsam mit feinesgleichen aus eigener Kraft seine Lebenslage zu verbessern und sich als Element der Wirtschaft geltend zu machen. Erst dann konnte zur Tat geschritten, konnte die Organisation ins Leben gerufen werden und in der von den Mitgliedern gewollten Art ihre Tätigkeit aufnehmen. Immer aber blieb der Gesamtwille dieser einzelnen entscheidend, und der Vorstand ist nichts anderes als der Vollstrecker ihres Willens und ihre Führer, von dem sie mit Recht Voraussetzungen, Zuverlässigkeit und rücksichtslose Hingabe an die Sache fordern. Diesem Zusammenarbeiten zwischen Führerschaft und Mitgliedern verbandt die Genossenschaft ihr Sein und ihre Entwicklung. Alles, was geschaffen ist, ist durch gemeinsame Arbeit geschaffen, und alles, was die Genossenschaft heute als ihr Eigentum bezeichnet, ist Eigentum der Gesamtheit der Mitglieder. Und geschaffen sind diese Einrichtungen nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zu dem Zweck, denen, die von der Arbeit ihrer Hände oder ihres Kopfes leben müssen, die genügt sind, den Großen zweimal umzudrehen, bevor sie ihn ausgeben, das Leben zu erleichtern, ihnen einen etwas größeren Anteil an den Gütern des Lebens zu verschaffen.

Noch ist nicht die Gesamtheit aller dieser Unbemittelten unter dem Regenbogenbanner der Genossenschaft versammelt. Wäre sie es, so würde sie heute schon die Wirtschaft beherrschen. Aber die Sache, die wir vertreten, ist so gut, der Gedanke der Selbsthilfe und der gegenseitigen Hilfe so unanschätzbar und ihr Erfolg so unbestreitbar, daß wir nicht an einer fortschreitenden Entwicklung zu zweifeln brauchen. Aus eigener Kraft sind wir geworden, was wir heute sind. Der Staat, unter aller Vater, hat uns nicht gefördert und gehätschelt, wie die Genossenschaften der Landwirte und des Mittelstandes. Wir sind bekämpft worden von denen, die ihre Interessen durch uns bedroht glauben, und immer wieder werden Versuche gemacht, uns zu unterdrücken und zu knebeln. So war es vor 10 Jahren und so ist es heute noch. Schon im Geschäftsbericht 1893/94 lesen wir, daß die Kräfte der Konsumvereine bekämpft und seinen Zusammenbruch angekündigt haben. Wir lesen, daß behauptet werde, der Konsumverein ruiniere den Mittelstand, und wir lesen von der unwahren Behauptung, daß die Konsumvereine keine Steuern zahlen. Wir lesen weiter davon, daß man die Konsumvereine gewalttätig und entgegen ihrem Wesen zu Gewerbebetrieben gestempelt habe, und von Bestrebungen, durch Einführung einer besonderen Umsatzsteuer ihre Entwicklung aufzuhalten. Damals vergebens! Wir lesen auch, daß mittelständische Organisationen auf den Rat der Stadt Leipzig einzuwirken versucht haben, daß dieser seinen Beamten den Beitritt zum Konsumverein verbiete, und wir erfahren zu unserer Freude, daß damals der Rat ein solches Verbot entschieden ablehnt. Heute ist es freilich auch anders geworden.

Fast Jahr für Jahr muß der Konsumverein darüber berichten, daß er sich gegen derartige unläutere Bekämpfungen hat wehren müssen und immer wieder wird betont, daß die Bekämpfung und ihre Abwehr seiner Entwicklung förderlich war, weil die Lauen dadurch aufgerichtet, die Unwissenden aufgeklärt wurden. Trotzdem sind die Bestrebungen nicht erlahmt, dem Konsumvereinsmitglied das Stück Brot aus der Hand zu schlagen, das es sich durch seine genossenschaftliche Betätigung erworben hat. Rücksichtslos als je werden die Konsumvereine angefeindet und, was früher nicht der Fall war, eine willkürliche Gefährdung hat sich bereit gefunden, dieses triviale Spiel mitzumachen. Aber auch dieser Ansturm wird abgelenkt werden, und er wird wiederum dazu beitragen, Säumige und Rührige aufzurufen und sie veranlassen, sich unseren Reichen anzuschließen. So wird unsere friedfertige Bewegung, die nichts weiter wünscht, als in Ruhe gelassen zu werden, immer wieder zum Abwehrkampf gezwungen, und sie gleicht, wie es einmal Heinrich Kaufmann ausdrückte, in dieser Hinsicht den Kindern Israels, als sie, aus der Verbannung zurückgeführt, die Stadtmauern von Jerusalem neu aufbauten. Von den Heiden verspottet und bekämpft, die sie am Bauen zu hindern suchten: "Taten sie mit einer Hand die Arbeit und mit der anderen hielten sie die Waffen. Und ein jeglicher, der da baute, hatte sein Schwert an seiner Lenden gegürtet und baute also." So wären Kelle und Schwert unter dem Banner des Regenbogens so recht eigentlich das Zeichen für unsere Bewegung.

Im Glauben an die Gerechtigkeit unserer Sache, im Vertrauen auf die Unwiderstehlichkeit der von uns betriebenen Wirtschaftsform und im Bewußtsein, daß durch unsere Arbeit Not gelindert und für diejenigen, die im Schatten leben, das Dasein freundlicher gestaltet wird, wollen unser Werk fortführen. Diesen Zweck und nur diesen dient das Gebäude, das wir heute einweihen, und diesen Zweck hat jeder zu dienen, der in diesem Hause tätig ist. Möge dieses Gemeinwesen stets in jedem einzelnen der hier Tätigen lebendig bleiben, dann wird das Haus geweiht sein für alle Zeiten!"

Der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede folgten Begrüßungsansprachen durch den Vertreter des Zentralverbandes der Konsumvereine, Hoffmann, den Vertreter der GGB, Josephohn, dem Vertreter des Verbandes Sächsischer Konsumvereine, Klotzke, dem Vorsitzenden des Ortsausschusses Leipzig

# Gegen Brünnings Diktaturverordnungen

## Der Kommunalpolitische Landesauschuß der SPD Sachsens zu den Gemeindesteuern

Die unverantwortlichen Diktaturverordnungen des Bürgerblockkabinetts im Reich haben die Verhältnisse in den sächsischen Gemeinden noch mehr als bisher verwirrt. Die Gemeinden befinden sich in einer ungeheuren Notlage, aber die Diktaturverordnungen sind eine völlig ungeeignete Hilfe. Auf Grund zahlreicher Wünsche aus dem Lande und seiner Aufgabe gemäß, die sozialistische Gemeindepolitik einheitlich zu orientieren, nahm daher der Kommunalpolitische Landesauschuß der SPD Sachsens zur gegenwärtigen Situation in den Gemeinden Stellung und sahte nach gründlicher Prüfung aller Umstände einstimmig die nachstehende Entschliebung:

"Das Reichskabinett Brüning hat dem fortgeschrittenen Drängen bestimmter Wirtschaftskreise nachgegeben und unter Mißbrauch des § 18 der Reichsverfassung eine Notverordnung erlassen, die den Gemeinden bei Erhebung der Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer über den Landesdurchschnitt hinaus eine Kopfsteuer, Erhöhung der Biersteuer und Einführung der Schanberghersteuer aufzwingt."

Die Notverordnung läßt das rücksichtslose Bestreben der bürgerlichen Parteien erkennen, die demokratische Gemeindeverwaltung zu zerbrechen und den Abbau der sozialen Aufgaben durchzuführen. Mit der Einführung der unsozialen Kopfsteuer, mit der engen Verkopplung der Realsteuern mit Bürgersteuer und Biersteuer, mit dem Zwang, die Bürgersteuer und Biersteuer zu erheben, wird das Ziel verfolgt, die Realsteuern herabzusetzen und die sozialen Leistungen der Gemeinden abzubauen."

Anstatt den ungeheuer notleidenden Gemeinden wirksame finanzielle Hilfe zu bringen, werden ihnen Steuern überworfen, die

vorwiegend die Ärmsten der Armen belasten, während die Besitzkuren abgebaut werden. Zugleich werden den Gemeinden neue Lasten durch die Abbaumassnahmen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung aufgebürdet."

Deshalb müssen die sozialdemokratischen Gemeindevetreter jede Maßnahme ablehnen, die sich auf die Notverordnung der Reichsregierung stützt und zur Folge haben würde, daß die unsozialen Diktatursteuern der Besitzbürgerblockregierung, der „reaktionären Reichsregierung seit der Revolution“, in den Gemeinden eingeführt werden."

Das Ziel der sozialdemokratischen Politik in Reich, Land und Gemeinden ist im Gegensatz zur Politik der Brüningregierung auf eine finanzielle Entlastung der Gemeinden, auf eine gerechtere Steuerregelung und auf eine Verbesserung der sozialen Fürsorge-massnahmen gerichtet. Darüber wird im neuen Reichstag entschieden."

Selbst über die Fragen der Steuerregelung in den Gemeinden keine vom Reich geschaffene gesetzliche Grundlage besteht, fordern wir die Genossen in den Gemeinden auf, die Gemeindezuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer nicht über den Landesdurchschnitt hinaus zu bewilligen, also alle über 100 Prozent hinausgehenden Zuschläge zu den Grund- und Gewerbesteuern abzulehnen und steuerliche Massnahmen auf Grund der Notverordnung auf das entschiedenste zu bekämpfen."

Nachdem im neuen Reichstag die Entscheidung über die Diktatursteuern gefallen ist, wird der Kommunalpolitische Landesauschuß erneut zu den Steuerfragen in den Gemeinden Stellung nehmen."

## Eine reaktionäre Hege entlarvt

Kürzlich brachten die reaktionären Zeitungen in großer Aufmachung die Meldung über den angeblich ungünstigen Stand der sächsischen Staatsfinanzen. Weil im ersten Vierteljahr Sachsens Steuereinnahmen und sonstigen Einnahmen hinter den Ausgaben zurückgeblieben sind, sahre die reaktionäre Presse nach rücksichtsloser Sparsamkeit — natürlich auf Kosten der Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke. Ganz besonders wußt hechten die Leipziger Reuesten Nachrichten. Nun wird dieser Hege sogar offiziell entgegengetreten in einem Artikel, den Wolffs Büro verbreitet; es heißt darin:

"In verschiedenen Tageszeitungen ist in den letzten Tagen ein Artikel über die ungünstige Entwicklung der sächsischen Finanzen erschienen, der am Schlusse zum Ergebnis kommt, daß das Rechnungsjahr 1929 selbst unter den günstigsten Umständen mit einem sehr hohen Verlust betrag, der kaum unter 30 Millionen liegen dürfte, absehlich wird."

Die vorstehende Ansicht stützt sich annehmbar auf den letzten veröffentlichten Monatsausweis über die Einnahmen und die Ausgaben des Landes Sachsen für Monat Juli des Rechnungsjahres 1929, ohne aber den Hinweis in den Erläuterungen zu berücksichtigen, daß sich die Einnahmen und die Ausgaben im Laufe des Rechnungsjahres in ganz verschiedenem Maße auf die einzelnen Monate verteilen und daß aus den einzelnen Monatsausweisen keine Schlüsse auf das Ergebnis des Rechnungsjahres gezogen werden dürfen."

Wenn bei den Steuereinnahmen einem Jahresloß von rund 251 Millionen Mk. im ersten Vierteljahr des Rechnungsjahres 1929 nur 52,4 Millionen Mk. an tatsächlichen Einnahmen gegenüberliegen, so kann keinesfalls schon jetzt daraus geschlossen werden, daß am Schlusse des Rechnungsjahres ein Minderertrag von rund 40 Millionen Mk. vorhan sein wird. Es ist eine feststehende Tatsache, daß die Einnahmen des Staates und die Steuererträge viel langsamer fließen, als nach dem Vorschlage zu erwarten ist, und daß sich erst durch höhere Einnahmen namentlich an Reichsteuerverbesserungen in den letzten Monaten des Rechnungsjahres und durch den Eingang von Resten nach Ablauf des Rechnungsjahres bis zum Bücherabschluß Ende Mai der Ausgleich ergibt."

Bei der Gewerbesteuer z. B. ist der 1. Einhebungstermin auf den 15. Juni festgesetzt. Daraus ergibt sich, daß die Einnahmen an Gewerbesteuer im ersten Vierteljahr bei weitem nicht dem Soll-ertrage nach dem Vorschlage entsprechen, da erfahrungsgemäß hier wie bei fast sämtlichen Steuern mit mehr oder weniger großen Rückständen zu rechnen ist. So sind z. B. im Rechnungsjahr 1929 bis Ende Juni an Steuern auch nur 25,5 Millionen Mark eingegangen, während das ganze Rechnungsjahr bis zum Bücherabschluß einen Steuerertrag von 252,7 Millionen erbracht hat."

Entsprechendes gilt auch für die besonders hervorzuheben Zuschüsse an die staatlichen Unternehmen. Hier ist darauf hinzuweisen, daß z. B. die Fortverwaltung regelmäßig in den ersten drei Monaten eines Rechnungsjahres keine Ueberüberschüsse abliefern und in der Regel Betriebsvorschüsse erfordert."

Die Schlussfolgerung in dem erwähnten Artikel, daß das Rechnungsjahr 1929 mit einem sehr hohen Verlustbetrag abschließen wird, ist daher voreilig und dürfte nur zu Beunruhigungen der Allgemeinheit führen. Es muß besonderer Wert auf die

des ADGB, Schilling, den Vertreter der SPD Groß-Leipzig, der Redaktion der Volkszeitung und der Buchdruckerei AG, Leipzig, der besonders betonte, wie sich in dem neuen Bauversag die Idee der Arbeiterbewegung verkörpere, und den zweiten Vorsitzenden des Betriebsrates, Schirmer, der den Wunsch nach weiterem gedeihlichem, genossenschaftlichem Zusammenarbeiten im Betriebe ausdrückte.

Dazwischen nahm Fritz Höger das Wort. Eine markante Persönlichkeit, sprach er von den Ideen, die ihn bei seiner jüngsten Schöpfung geleitet. Wenn der Bau richtig sein sollte, dann müsse er dem Wesen der Genossenschaft entsprechen. Und so stehe denn der Bau in seiner Art so selbstverständlich da, wie die Genossenschaft selbst. Möge der Bau noch in fernem Jahren Zeugnis ablegen von dem Schaffen unserer Zeit.

Die Feier war musikalisch umrahmt vom Streichquartett Schüke, das einleitend Handt und ausklingend Beethoven bot.

In einem weiteren Artikel werden wir noch auf das gesamte Bauprojekt zurückkommen.

Feststellung gelegt werden, daß zu einer solchen Beunruhigung nach dem gegenwärtigen Stande der Staatseinnahmen und -ausgaben kein ausreichender Anlaß vorliegt."

Schließlich ist auch die weitere Behauptung, daß die in den weiteren neun Monaten zu erwartenden Mehrüberweisungen an Biersteuer schon den Bezirksfürsorgeverbänden zugeteilt seien, in dieser Form nicht richtig. Vielmehr sollen die vom Staate jetzt den Gemeinden gewährten 4 Millionen Mark Staatsbeiträgen auf die gegebenenfalls den Gemeinden zustehende Quote der an sich dem Staate zustehenden Biersteuer angerechnet werden."

## Neuer Protest gegen das Probejahr

Gegen das vor einiger Zeit eingeführte Probejahr für die akademisch gebildeten Volks- und Berufsschullehrer erhebt neuerdings eine Eingabe Einspruch, die die Dozentenenschaft des Pädagogischen Instituts der Technischen Hochschule Dresden an den Landtag richtet. In der Eingabe heißt es:

"Tief eingreifend wird die Maßnahme die Auswahl des Lehrernachwuchses beeinflussen. Die Studierenden der Pädagogik gehören nachweislich zu den ärmsten Studenten. Viele können ihr Studium nur mit schweren Opfern unter härtester Entbehrung und Entsagung durchführen."

Jede finanzielle Mehrbelastung drängt viele hoffnungsvolle junge Menschen nicht nur aus diesem Studium, sondern aus dem Studium überhaupt hinaus."

Die Einführung des Probejahres bedeutet eine Einbuße von nahezu 2000 Mark. Das ist für die größte Zahl der Pädagogikstudierenden ein Betrag, den sie kaum für ihr ganzes Studium von ihren Eltern erhalten können. Die Maßnahme wirkt im härtesten Maße unsozial, sie richtet sich unheilvoll gegen die ärmeren Studenten. Sie verschlechtert aber dadurch die Auslese, weil nicht mehr die Gutbegabten aus den ärmsten Volksschichten zum Studium gelangen, sondern nur solche, die es bezahlen können. Das gilt besonders auch für die Berufsschulstudenten, von denen meist mehr als die Hälfte über ein Jahr Praxis hinter sich haben. Diese Verschlechterung der Auswahl bedeutet eine ernste Gefahr für die Volks- und Berufsschule."

Das „Probejahr“ für die Volks- und Berufsschullehrer kann gar kein Ausbildungsjahr sein, denn die jungen Lehrer sollen den vollen Dienst leisten. Müßen sie, wie es tatsächlich der Fall ist, meist unter recht schweren Umständen volle dreißig Stunden Unterricht halten, so kann von einer weiteren Ausbildung keine Rede sein. Ihnen aber für die volle Arbeit, die gerade im Anfang die Kräfte außerordentlich anstrengt, nur die Hälfte des Lohnes zu gewähren, muß von den Betroffenen als ungerecht empfunden werden und ihnen die Berufsfreudigkeit nehmen. Um der Schule und um der Kinder willen muß gegen diese Einrichtung Einspruch erhoben werden."

Die Unterzeichneten müssen gegen die Einführung eines „Probejahres“ Einspruch erheben. Sie bitten, deshalb den Landtag zu ersuchen, die weitere Durchführung des Probejahres zu verhindern."

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion und die sozialdemokratische Presse haben von Anfang an im härtesten Kampf gegen diese unsoziale und unpädagogische Verordnung des Volksbildungsministeriums gestanden. Es wird gut sein, wenn sich der Landtag nach seinem Wiederzusammentritt erneut mit der Angelegenheit beschäftigt."

Kohl um Kohlmann. Der erste Vorsitzende des Verbandes der Sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine, Rechtsanwalt Kohlmann in Dresden, hatte wegen irgendeiner Hauskraft sein Amt niedergelegt. Jetzt wird nun vom Hausbesitzerverband mitgeteilt, Kohlmann habe zwar niedergelegt gehabt, aber wenige Stunden später habe er wieder angenommen."

Birma. Schlimmes Ende eines Ferienbesuches. Die beiden 8 bzw. 9 Jahre alten Brüder Helmut und Gerhard Baum aus Waren in, die sich bei ihrem Großvater in Wena zu Besuch befanden, waren vormittags nach der Elbe gegangen, um zu baden. Als sie bis nachmittags noch nicht nach Hause zurückgekehrt waren, suchte man nach ihnen und fand schließlich in der Nähe der Postsaer Fähre die Kleider der beiden Jungen. Die beiden Knaben, die nicht schwimmen konnten, sind ertrunken."

Markthallenstraße 6

Mastkalb-Fricandeau . . . Pfd. 2.00

Kalbsschnitzel . . . . . Pfd. 2.10

Markthallenstraße 6

Esst viel Fleisch und Wurst, sie enthalten Eiweiß und Phosphor, die für Körper und Geist unbedingt notwendig sind.

<b>Rindfleisch</b> zum Kochen . . . Pfd. 1.15 z. Braten ohne Kn. Pfd. 1.30-1.40 Gulasch . . . . . Pfd. 1.20 Rouladen . . . . . Pfd. 1.50 Gehacktes . . . . . Pfd. 1.00	<b>Hammelfleisch</b> Ragout . . . . . Pfd. 90 Brust und Kamm . . . Pfd. 1.00 Rücken . . . . . Pfd. 1.10 Kaulen . . . . . Pfd. 1.20-1.25	<b>Ohne Knochen, ohne Zulage</b> <b>Kalbfleisch</b> ohne Knochen, ohne Zulage Wickelbraten . . . . . Pfd. 1.45 Kaulen und Nieren . . Pfd. 1.55	Anerkennt gute Qualität zum Kochen . . . . . <b>95</b> u. Braten Pfd. <b>Hühner</b> Für Gastwirte und Pensionen ein vorteilhaftes Angebot!	Eine Delikatesse ist unser <b>Kaseler Rippensteak</b> Pfd. 1.50 Pfeilkeim u. Rücken Pfd. 1.45-1.50 Rauh- oder Schwarzfleisch gut durchwachsen . . . Pfd. 1.40 Rauhfleischstücken Pfd. 1.00	Zurwahlwurst, Grobsch., u. Salami Pfd. 1.65 Knackwurst, Thür. Art, mit Kümmel Pfd. 1.60 ein riesig billiger Preis!
<b>Fettes mit Schwarte</b> zum Ausbraten . . . Pfd. <b>70</b>	<b>Reiner Schmer</b> zum Ausbraten fertig geschnitt. Pfd. <b>90</b>	Sie brauchen <b>keine</b> Margarine zu kaufen. Nehmen Sie zum Kochen, Braten und Backen unser vollwertiges <b>Rinderfett</b> zur Hälfte mit reinem Schweinefett gemischt Pfd. <b>65</b> Sie kaufen damit ein hochwertiges Produkt mit voll. Fettgehalt	Durchwachsenes fettes <b>Schweinefleisch</b> . . . Pfd. 80 <b>Schweineleber</b> . . . . . Pfd. 1.00 Pfefferfleisch . . . . . Pfd. 1.10 Herz und Lunge . . . . Pfd. 60	<b>3 Schlagert</b> Blutwurst, Leberwurst, Sülzenerwurst Pfd. <b>95</b>	<b>Bierwurst</b> . . . Pfd. <b>1<sup>35</sup></b> für den Sommer besonders geeignet

## Großfleischerei Richter & Fischer, Wurstfabrik

# UMGEBUNG

## Die SPD in Pegau

el. Die am Sonnabend tagende Mitgliederversammlung nahm Stellung zu der kommenden Reichstagswahl. Gen. Michaelis behandelte zunächst die Ursachen der Reichstagsauflösung, um dann auf die notwendige Kleinarbeit einer Wahl einzugehen. Die Aussprache war reichlich. Alle Redner ließen den Ernst der Situation erkennen, was bei der Wahl am 14. September für die Arbeiter auf dem Spiele steht. Notwendig ist, daß alle Parteigenossen und Genossinnen sich bei der Wahlarbeit zur Verfügung stellen. Genosse Schnell gab einen Bericht über den Ferienurlaub in Gmundstein. Die Gründung einer Gruppe der Kinderfreunde wurde begrüßt, die noch notwendigen organisatorischen Maßnahmen werden nachgeholt.

Die Pegauer gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hielten am Sonntag im Volkshaus ihre Gewerkschaftsfest bei guter Beteiligung ab. Der Festzug mit den zahlreichen Festwagen der Gewerkschaften und den Wagen der organisierten Verbraucher, der Konsumgenossenschaft Leipzig-Blagwitz sowie des Versicherungsunternehmens der Arbeiterkassette, der Volksfürsorge, gab ein farbenfreudiges und eindrucksvolles Bild. Das bei Dunkelheit im Volkshausgarten abgebrannte Feuerwerk bildete einen schönen Abschluß des Festes.

Rückgang der Einnahmen der Leipziger Straßenbahn. Im Juni 1930 hat die Große Leipziger Straßenbahn an Fahrgeld 2.381.327 Mark eingenommen gegen 2.400.404 im Monat Mai.

## 2. Deutsche Kultur-Geldlotterie

22275 Gewinne und eine Prämie = 60000.- RM.

Ziehung nächste Woche!

Lose zu RM. 1.- und Glückstische mit 5 verschiedenen Losen bei allen Staatslotterieleistungen und sonstigen Postverkaufsstellen oder direkt durch Sachliche Mobiliarlotterien, Dresden-Alstadt 1, Waisenhausstraße 28, zu haben.

## Engelsdorf.

Feststellung. Zu unserer Notiz „Der verprügelte Geflügelhieb“ (24. Juli 1930) erfuhr uns ein Herr Albert Suppe, mitzuteilen, daß er mit dem in der Notiz mit Albert S. aus Leipzig Bezeichneten nichts zu tun hat.

## Tauha.

Im vergangenen Monat sind bei der hiesigen Sparkasse 146.580 Mark in 540 Posten eingezahlt und 36.390 Mark in 164 Posten zurückgehoben worden. 82 Einlagebücher wurden neu ausgestellt, 10 sind erloschen.

## Liebertswitz.

Gestohlen wurden einer Arbeiterfamilie in der Nacht zum Mittwoch aus einem offenen Keller drei Fahrräder: Ein Herrenrad Victoria Nr. 746 664, ein Damenrad Diamant Nr. 406 469 und ein Damenrad Marke Wandervogel Nr. 1 043 876.

## Dehnsdorf/Marktseeberg.

Sparkassenverkehr. Bei der hiesigen Gemeindeparkasse wurden im Monat Juli in 1050 Posten 365.995 Mark Einlagen bewirkt. Rückzahlungen erfolgten in 402 Posten 87.599 Mark. Neue Bücher wurden 140 ausgestellt. Bestand des Einlegerguthabens am Monatsende 4.108.337 Mark. Ausgabe von Sperrmarken. Auszahlung von Aufwertungsbeiträgen an Bedürftige.

## Zwenkau.

Berichtigung. Im Bericht über die Gemeindevorordnetenwahl soll es nicht heißen: Die Wohnungen, die vom Bezirk gebaut werden, sollen 20 bis 24 Mark, sondern 20 bis 40 Mark im Monat kosten.

Reichsbanner. Sonnabend, 9. August, im Ratskellerloale, Versammlungsfeier. Es wirkten u. a. mit der Dramatische Chor Zwenkau und die Kapelle Schmidt, Zwenkau. Gen. Engelmann, Rötha, hält die Ansprache. Parteigenossen und deren Angehörige, besucht die Versammlungsfeier!

## Zwenkau.

Reichsbanner. Sonnabend, 9. August 1930, 20 Uhr, Ratskeller Zwenkau: „11 Jahre Volksstaat“, Versammlungsfeier unter Mitwirkung des Dramatischen Chors und der Schmidt'schen Kapelle. Ansprache Kam. Engelmann, Rötha. Anschließend Tanz, Gäste und auswärtige Kameraden herzlich willkommen.

## Leipziger Rundfunkprogramm

Freitag, den 8. August.

- 10.00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk.
- 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen.
- 12.00 Uhr: Chansons (Schallplatten).
- 12.55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen. Schluß 13.00 Uhr.
- 13.00 Uhr: Wettervorhersage, Presse- und Börsenbericht.
- Anschließend: Sinfonische Dichtungen (Schallplatten).
- 14.00 Uhr: Das neue Buch. Dr. Arno Schirfauer, Leipzig: „Bücherbücher für Große“.
- 14.30 Uhr: Studio der Mitteldeutschen Sender. Willi Schäferdick: Ende der Kreatur. Sprecher: Kurt Baumgarten.
- 15.15 Uhr: Dienst der Landfrau. Elisabeth Schmidt, Steuß bei Zerbst: „Das Bauen auf dem Lande“.
- 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 16.00 Uhr: Dr. Paul Theodor Hoffmann, Altona: „Abenteuer eins und jetzt“.
- 16.30-17.30 Uhr: Uebertragung aus Bad Ems: Nachmittagskonzert. Das Städtische Orchester der Stadt Plauen i. V. Dirigent: Kapellmeister G. Honebrinker.
- 17.45 Uhr: Tagesfragen der Wirtschaft.
- 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 18.05 Uhr: Prof. Dr. Johannes Dietterle, Leipzig: „El literaturakay movado“ (Esperanto).
- 18.20 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 18.25 Uhr: Professor Dr. Ibrahim, Jena: „Der Säugling“, I.
- 19.05 Uhr: Uebertragung von der Deutschen Stunde in Bayern, München: Festspiel des Residenztheaters in München: „Cosi fan tutte“, Oper von Wolfgang Amadeus Mozart. (Bearbeitung von Hermann Levi.) Dirigent: Dr. Richard Strauß. Spielleitung: Josef Gais.
- 22.00 Uhr: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk.
- Anschließend: Unterhaltungsmusik. Kapelle Agunte, Dresden. Dirigent: Gustav Agunte

## Berufskalender

Donnerstag, 7. August 1930

Metallarbeiter, Betriebsobleute, Betriebsratsvorsitzende, Agitationkomitees der Großindustrie, Volkshaus, 19.30 Uhr. SPD-Ortsverein L.-Ost, Arbeiterheim, Kirchstraße 17, 20 Uhr. Bund sog. Freidenker, Ortogr. Westen, Felsenkeller, 20 Uhr.

## Verkäufe

fl. Fleischsalat und Mayonnaise per Pfd. nur 95 Pf. Meißner Straße 9.

Monatsgarderobe wenig getragene, Maßanzüge, Ulster, Smok- u. Frackanz. kauf. Sie billig nur im Etagegeschäft bei Meißnerstraße 15, l. Verleih-Institut \* Sonnab geschlossen.

Original Moabara Maurer- und Zimmerer Hosen extra stark Bekardt, Euphelenstraße 10.

Billige Betten Deckbett 28,00 Mk. Stühlen 7,50 Mk. E. Heidorn Otto-Schill-Str. 2\*

Biederbetten 18.- Bett-Zulett 7.- Divandeden 3.- Etagegesch. Mand. Stohlgartenstr. 29, l.

Auf Kredit Sofas Chaiselona. mit kleiner Wohnung Woll-waren-Verkauf Hans Hoffmann Salmstraße 10, l. Etage

Gebr. Kühnleinrichtung u. Schreibfischwerk unangsh. bill. Südstraße 94, l. l.

Auf Kredit Schränke mit kleiner Wohnung Scherbel Markt 2 (Halbesellie)

Ein Damenrad Ein Herrenrad nebr., billig zu verk. Konstantinstr. 21, l., von 19 Uhr an.

Gebr. Nähmasch. Ritterstr. 4., Schube Nähmaschinen-Geschäft

Kleiderschränke, 58-220 9197. Schrank-Schröter, Pl. Schmiedestr. 7\*

## Totalausverkauf

wegen Geschäftsaufgabe Damen-Mäntel, Kostüme, Kompletts, Trenchcoats, Herren-Anzüge, Ulster, Windjacks, Hosen, Sommer-Sakkos, Sport-, Smoking- und Kinder-Anzüge zu äußerst billigen Preisen

Brecher, Brühl 4, 1. Etage\*

**Nur noch einige Tage so billig!**

Alle Waren sind zum großen Teil bis zu **50%** im Preise herabgesetzt. Nur wirkliche Qualitätsware!

Socken . . . . . 38 ¢	Kinder-Sweater 60 ¢	Kragen, Leinen Restposten: Stück 10 ¢
Woll-Hemden 95 ¢	Krawatten 10 ¢	Hosenträger 5 ¢
Oberhemden 1.95	Wadenstrümpfe 10 ¢	Baskenmützen 25 ¢

**Trikot-Müller**

Windmühlenstraße 42 / Königsplatz 17 / Tauchaer Straße 6  
Grimmaischer Steinweg 17 / Hallische Str. 149  
Merseburger Straße 75 / Bayrische Straße 48

Wer Geschmack hat, aber nur geringe Mittel, findet, was er sucht, an Stoffen und Lampen, Kunstgewerbl. Gerät

bei

**HAUSRAT SACHSEN**

G. m. b. H. in Liquidation

Leipzig, Querstraße 21

Verkauf von 9-1 Uhr und von 3-7 Uhr

**Kleine Anzeigen**

Leipziger Volkszeitung

**Große Erfolge!**

Diverses

Haarschneiden halblang 70 u. 80 ¢ kurz . . . 50 u. 60 ¢ Sternwartenstraße 20 Ecke Nürnberg-Str.\*

**Frisch-Fleisch Butter u. Käse**

1. Klasse

Rindschmorfleisch o. Kn. Pfd. 1.60	Hoistein, Molkereibutter (unsere Spezialmarke) 1/2 Pfd. 95 ¢
Rindsrouladen . . . . . Pfd. 1.70	Allert. Molkereibutter . 1/2 Pfd. 88 ¢
Schweinebauch (sehr mag.) Pfd. 1.00	Schweizerkäse (saffig) . . . Pfd. 1.20
Schweinskoteletten . . . . . Pfd. 1.60	Romadour ff. . . . . Stck. 15 ¢
Kalbswickelbraten . . . . . Pfd. 1.20	Schloßkäse . . . . . Stck. 28 ¢
Kalbskoteletten . . . . . Pfd. 1.50	Weichkäse ohne Rinde 1/2 Kart. 42 ¢

**Kalbsschnitzel 1.80**

**Feinst. Hutzucker 2.05** ungeblaut, ca. 5 Pfd. Hut

**Wurstwaren Fischwaren**

Mettwurst ca. 150 Gr.-Stück 45 ¢	Heringsalat ff. . . . . 1/2 Pfd. 18 ¢
Knackwurst (Thür.) . . . . . 1/2 Pfd. 35 ¢	Mayonnäse . . . . . 1/2 Pfd. 25 ¢
Schinken (gekocht) . . . . . 1/2 Pfd. 55 ¢	Seelachs . . . . . 1/2 Pfd. 25 ¢
Schinken (roh) . . . . . 1/2 Pfd. 65 ¢	Brebanter Sardellen . . . . . 1/2 Pfd. 45 ¢
Salamiwurst in Ringen 1/2 Pfd. 50 ¢	Portug. Olsardinen in hellem Öl . . . . . Club-Dose 45 ¢
Blut- oder Leberwurst . Pfd. 95 ¢	Fette deutsche Bücklinge Pfd. 40 ¢

**Eier-Nudeln . . . . . Pfd. 48 ¢**

**Eier-Bruch-Maccar. Pfd. 50 ¢**

**Santos Mischung 1.10** a. täglicher Röstung 1/2 Pfd.

**Fruchtsäfte etc. Konfitüren**

Zitronenmost . . . . . Pfd. 58 ¢	Krokant-Stäbchen . . . . . 1/2 Pfd. 55 ¢
Himbeer-Sirup . . . . . Pfd. 58 ¢	Stanniol-Pröllchen . . . . . Pfd. 95 ¢
Orangeade (ungefärbt) . Pfd. 85 ¢	Rheinisches Teegebäck . Pfd. 85 ¢
Bowlenwein „Eisenheimer Bosenberg“ . . . . . 1/2 Fl. 95 ¢	Blättergebäck . . . . . 1/2 Pfd. 50 ¢
Tischwein „Zotzenheimer Hasensprung“ . . . . . 1/2 Fl. 95 ¢	Frucht-Gelee-Würfel . . . Pfd. 78 ¢
Apfelwein (herb) . . . . . Ltr. 50 ¢	Elsbonbon (gewickelt) . Pfd. 75 ¢

**Birnen weiß, 1/2 Frucht . . . . . 2-Pfd.-Dose 85 ¢**

**Johannisbeer-, Himbeer-, Aprikosen- oder Pflaumen-Konfitüre . . . 1 Pfd.-Glas 85 ¢**

**Lebensmitte**

die vorzüglich u. billig sind!

**KAUF HAUS BRÜHL**

## Zwischenbilanz

Von unserem Prager Berichterstatter.

J. B. Die erste geschlossene Parlamentsrede der neuen Koalition unter Einfluß der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie ist zu Ende und es wird möglich sein, die Ergebnisse der bisherigen Arbeit zu betrachten. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik, für das das unter Leitung des deutschen Sozialdemokraten Dr. Czech stehende Ministerium für soziale Fürsorge zuständig ist, ist weitmas das meiste geleistet worden. In erster Linie ist hier die Novellierung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System zu nennen, welche nach harten Kämpfen mit den bürgerlichen Koalitionsparteien durchgeführt werden konnte. Die bisherige Unterstützungsdauer von 13 Wochen wurde auf das Doppelte verlängert, wobei die Möglichkeit besteht, für einzelne Landesgebiete oder Berufsweige, welche besonders unter der Arbeitslosigkeit leiden, eine weitere Krisenunterstützung in der Dauer von 13 Wochen zu bewilligen, so daß in diesen Fällen die Unterstützungsdauer 9 Monate beträgt. Gleichzeitig wurde der Staatsbeitrag zur gewerkschaftlichen Unterstützung, welcher bisher im Verhältnis von 1:1 für Ledige und 1:1/2 für Verheiratete bezahlt wurde, auf 1:3 und 1:4 erhöht, so daß also die Verbesserung der Unterstützung ausschließlich auf Kosten des Staates erfolgt. Gleichzeitig wurde auch die Bestimmung getroffen, daß eine produktive Arbeitslosenunterstützung der öffentlichen Institutionen mit einem Staatsbeitrag von 10 Kronen täglich an den Lohn der Kostenträger bedingten werden kann. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war das Einschreiten des Ministeriums gegen den Anflug der Hebertunden. Es gab und gibt in der Tschechoslowakei eine Reihe von Industriebetrieben, welche nahezu grundtätig den Achtstundentag durchbrechen und leider nur zu oft unter der Mitwirkung liebbedingender Gewerkschaften Hebertunden arbeiten lassen. Das Fürsorgeministerium hat in zwei sehr ernsten Erlassen angeordnet, daß Hebertundenbewilligungen nur in äußersten Notfällen gegeben werden sollen. Ferner ist es gelungen, den Mieterschutz, welchen der verfallene Bürgerblock unter allen Umständen beibehalten wollte, zunächst um 8 Monate zu verlängern. Im Winter werden freilich der Sozialdemokratie harte Kämpfe bevorstehen, um auch weiterhin eine Sicherung der Mieter durchzusetzen. Die vom Bürgerblock bereits durchgeführte Aufhebung der staatlichen Bauförderung von Kleinwohnungen, welche ein völliges Abflauen der Bautätigkeit bewirkt und damit nicht zum geringsten Teil die wirtschaftliche Depression mitverschuldet hat, konnte wenigstens teilweise rückgängig gemacht werden, indem staatliche Mittel für den Bau von 22 000 Kleinwohnungen bereitgestellt wurden.

Schließlich sei noch die Errichtung eines Jugendgewerkschaftsinspektorates sowie die Vorbereitung zahlreicher sozialpolitischer Gesetze und Maßnahmen genannt, um welche der Kampf erst in der Zukunft entbrennen wird. Eine der meistumstrittensten Maßnahmen war ein Erlaß des sozialdemokratischen Unterrichtsministers durch welchen die schon längst geplante Reform der Mittelschulen endlich praktisch in Angriff genommen wird. Vieles ist freilich noch zu tun. Vor allem ist noch eine Vorlage unerledigt, durch welche den Staatsangestellten der sogenannte 13. Monatsgehalt gewährt werden soll. Zu Weihnachten soll nämlich allen Staatsangestellten ein Beitrag in der Höhe von 70 Prozent ihres Gehaltes als Zuschuß geleistet werden. Freilich erfordern alle diese Maßnahmen auch bestimmte Geldmittel und insofern gehen die Ausgaben für den 13. Monatsgehalt in die Hunderte von Millionen. Der Kampf tobt also nicht minder darum, wer nun diese Mehrausgaben decken soll. Der bürgerliche Finanzminister war mit einer Lösung gleich zur Hand: er verlangte eine Erhöhung der Biersteuer um 20 Prozent, eine Erhöhung der Fahrkartentarife um 20 Prozent, die Beseitigung der Pauschalierung der Umsatzsteuer, ferner eine Ueberwälzung der gesamten Mehrausgaben auf die breiten Massen. Dagegen mußte sich natürlich die Sozialdemokratie zur Wehr setzen, um so mehr, als heute schon der Hauptteil der öffentlichen Lasten durch indirekte Steuern gedeckt wird.

Es wird hier eines schweren Kampfes bedürfen, um auch den Staatshaushalt auf eine andere Basis zu stellen. Die Tschechoslowakei ist bisher in der glücklichen Lage gewesen, mit erheblichen Budgetüberschüssen rechnen zu können, so daß Ende 1929 nach einer Mitteilung des Finanzministers eine Finanzreserve von 1200 Millionen Kronen vorhanden war. Diese Ueberflüsse kamen aber zum größten Teile aus einer enormen indirekten Steuerbelastung, die jeweils im Budget geschickt verschleiert wurde. Kam dann nach drei oder vier Jahren die tatsächlichen Rechnungsabläufe heraus, so kümmernte sich in der Regel die Öffentlichkeit nicht mehr darum und ließ sich für das nächste Jahr ebenso übers Ohr hauen. Man hatte geradezu eine Virtuosität darin erlangt, die Einnahmen aus den direkten Steuern wesentlich höher, jene aus den indirekten Steuern aber wesentlich niedriger ins Budget einzustellen, als den tatsächlichen Ergebnissen entsprach, um so den wahren Stand der Dinge besser verschleiern zu können. So war im Jahre 1929 nur das Erträgnis aus den Verbrauchssteuern, der Umsatzsteuer, dem Tabakmonopol und den Zöllen um 1300 Millionen Kronen höher, als im Voranschlag vorgesehen, während andererseits die Erträgnisse der Erwerbsteuer z. B. kaum ein Viertel dessen erreichten, was im Voranschlag als voraussichtliche Einnahme prangt. Der Finanzminister hat sich gegen diese, vom „Sozialdemokrat“ gemachten und vom „Právo Lidu“ übernommenen Feststellungen mit dem Hinweis zu rechtfertigen versucht, daß die Einkommensteuer im Jahre 1929 mit 1050 Millionen Kronen präsumiert war, während die Zahlungen 1400 Millionen erreichten. Diese Argumentation geht aber deshalb daneben, weil hier zahlreiche Steuerrückstände unbegriffen sind und die Einkommensteuer ja auch wieder zum größten Teile von den Massen der Bevölkerung in Form der Lohnabzugsteuer bezahlt wird, während die tatsächlichen Kapitalsteuern ständig sehr erhebliche Mindererträgnisse aufweisen.

So wird also die zukünftige Arbeit der Sozialdemokratie in erster Linie darin bestehen müssen, dem Budget seinen Klassencharakter zu nehmen, soweit dies im Rahmen der gegebenen Machtverhältnisse möglich ist.

# Preiswucher statt Preisabbau!

Eisen — Benzin — Baustoffe — Kartoffeln

Die Reichsregierung, die zuerst mit soviel rücksichtsloser Energie die Sozialversicherung weitgehend abgebaut hat, tut jetzt so, als wolle sie ihr Versprechen, für einen Preisabbau zu sorgen, ernstlich erfüllen. Herr Staatssekretär Trendelenburg, über dessen Rede im Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats wir bereits berichteten, sprach zwar vom „einen Willen“ der Reichsregierung, die Wirtschaft nicht anders als anders aus!

Zuerst einmal das Vorgehen des süddeutschen Eisengroßhändlerverbandes! Er teilt, der auf den Preisabbau gespannt wartenden Öffentlichkeit mit, daß bei Ladungen ab Lager eine

**Erhöhung des bisherigen Preises um 2 Mark pro Tonne Stab- und Formeisen**

in Kraft tritt. Dieses Vorgehen wird einfach mit der Notwendigkeit begründet, dem Großhandel einen erhöhten Zuschlag zu bewilligen, weil er mit dem bisherigen nicht auskommen könne. Zur Beruhigung wird hinzugesagt, daß man „eigentlich“ eine noch stärkere Erhöhung beabsichtigt habe; daß „aber im Hinblick auf die allgemeinen Preisentwicklungstendenzen nur ein Zuschlag von zwei Mark festgesetzt worden“ sei.

Also Preiserrhöhung statt Preisabbau! Dabei wirkt sich gerade die Preispolitik des Eisengroßhandels auf weitere Wirtschaftszweige preisverteuernd aus! Die halbamtliche Industrie- und Handelszeitung meint hierzu ziemlich hilflos, daß der süddeutsche Eisengroßhandel an den Belpredungen mit der Reichsregierung zwar nicht beteiligt gewesen sei, fügt dem aber folgende Bemerkung hinzu:

„Es mag richtig sein, daß der süddeutsche Eisengroßhandel mit der Durchführung dieses Programms an sich nichts zu tun hat, aber es geht natürlich nicht an, bei unveränderten Verkaufspreisen gerade zu einem Zeitpunkt mit Preiserrhöhungen herauszukommen, zu welchem alle Bemühungen darauf gerichtet sind, die Preise für den Verbraucher herabzusetzen.“

Alle Klagen darüber, daß „der ganze Vorgang als wenig zeitgemäß empfunden“ werden muß, daß „es natürlich nicht angeht“, die Aktion der süddeutschen Eisengroßhändler zu billigen, können selbstverständlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Kabinett Brünning nicht daran denkt, gegen diese kapitalistischen Interessenten irgend etwas zu unternehmen. Von der Energie und Rücksichtslosigkeit, die es gegen die proletarischen Belange in Anwendung brachte, ist hier nichts zu merken, der Bürgerblock muß wohl auch zu sehr mit Wahlgeldern dieser Herrschaften rechnen...

Das ist aber nicht das einzige Beispiel für die Heuschreckerei der bürgerlichen Parteien, die vorgeben, „ernstlich“ für den Preisabbau einzutreten! Im Westen Deutschlands ist seit einigen Wochen ein Kampf mit neuer Wut entbrannt, weil die großen Petroleum-Konzerne, die im Benzin-Verband vereinigt sind, ferner die J. G. Farbenindustrie, den Versuch machen, die freien Benzinhandlanger ganz in ihre Gewalt zu bekommen durch eine besonders rigorose Ausnutzung ihrer Kartellmacht. Sie gehen hier Hand in Hand mit der Sowjet-Union, die in den letzten Jahren in erhöhtem Umfange Benzin in Deutschland vertreibt. Man will durch die Anebelung aller unabhängigen Betriebsfirmen die Verbraucher völlig in der Hand haben und begnügt sich im Zeichen der Preiserrhöhung der Reichsregierung damit, vorläufig keine Preiserrhöhung vorzunehmen. Wozu die hohen Benzinpreise den Firmen dienen, erläutert ein Artikel im Deutschen Volkswirt:

„Mit beispielloser Energie betreibt jede den Ausbau eines enghalsigen Pumpennekes, das den Verbraucher an ihre Qualitäten binden soll.“ Vor Monaten, also noch vor Beginn der diesjährigen Bauperiode schon, standen je circa 12 000 Pumpen der „Deutschen Amerikanischen“ und der „Shell“, halb soviel etwa der „Dlex“, dann noch viele Tausende des „Benzolverbandes“, der (russischen) „Derop“, der „Deutschen Gasolin AG“ (J. G. Farben), der „Delhag“ (Gute Hoffnungsstätte), der „Rudo“ der „AKS“ (Monopolverwaltung) usw. Umsonst wehren sich Städte und Gemeinden verzweifelt gegen die durch grelle Firmenfarben noch verstärkte Verschandelung und verkehrstechnische Verschlechterung ihrer Strahensüge und Blöde. Jetzt schon liegen in jedem kleinen Nest mehrere, mindestens aber eine Pumpe jeder der großen Gesellschaften.“

Der Verfasser des Artikels geht ausführlich auf die Methoden der einzelnen Konzerne ein, durch Errichtung von immer neuen sofspieligen Tankstellen den Konkurrenzkampf zu ihren Gunsten zu entscheiden. Wer das Straßenbild der deutschen Städte und Dörfer aufmerksam betrachtet, kann die Pfafen dieses Absatzkampfes genügend bemerken! Der Artikel des Deutschen Volkswirts gelangt jedenfalls zu dem Ergebnis, daß

durch die Vermeidung unnötiger Konkurrenzmaßnahmen der Benzinpreis um mindestens vierzig Prozent gesenkt werden könnte.

Das geschieht aber nicht, weil die Reichsregierung ruhig das Treiben des Benzin-Verbandes mit ansieht. Ein Prozeß, den die unabhängigen Benzinhandlanger Westdeutschlands beim Kartellgericht führen, wird monatelang verschleppt. Man muß unwillkürlich glauben, gewisse Kreise hoffen, die Händler würden inzwischen dem wirtschaftlichen Druck der Benzinfontionnen erliegen! Das geschieht trotz der angeblichen Absicht, den Auswüchsen der Kartellpolitik energisch zu Leibe zu gehen!

Ein anderes Beispiel: Die Preise der Baustoffe! Die Behebung der Wohnungsnot hängt nicht zum wenigsten von ihrer Senkung ab. Gut funktionierende Kartelle haben es aber bisher verhindert, einen ins Gewicht fallenden Preisabbau zu verhindern. Es handelt sich hierbei um gewaltige Beträge, die erpart werden könnten. Man braucht bloß die Tatsache zu bedenken, daß der Gesamtumfang des Baugewerbes im Jahre 1929 auf ungefähr dreizehneinhalb Milliarden Mark geschätzt wurde, wovon

**zirca neun Milliarden auf den Hochbau**

entfallen. Wie hoch die Preise für die Baustoffe aber sind, können unsere Leser aus einer Aufstellung ersehen, die wir der Frankfurter Zeitung entnehmen. In ihr wird die Steigerung der Baustoffpreise gegen 1913 konstatiert sowie der Anteil der einzelnen Baustoffe an den gesamten Materialkosten für eine Zweieinhalbzimmer-Siedlungs-Wohnung angegeben:

Material	Anteil an den Materialkosten in Prozent	Wechselkoeffizient (1913 = 100)
Mauersteine	16	201,4
Formeisen	6,4	117,8
Zement	4	155,3
Kalk	5	146,5
Balken	2,2	141,1

Aber auch hier verjagt die Reichsregierung völlig! Auch hier denkt sie keinesfalls daran, mit aller Tatkraft durchzugreifen, obwohl hierdurch eine Milderung der Wohnungsnot als unmittelbare Folge zu erwarten ist. Aber was interessiert das die Brünning-Regierung?

Zum Schluß ein Beispiel, das beweist, daß die Bürgerblock-Regierung in Zeiten des Preiserrbaues für eine direkte Verteuerung von Produkten sorgt! Um welches Reizart es sich handelt? Natürlich um das des Herrn Schiele, des besonderen Lieblings des Reichspräsidenten Hindenburg! Die deutsche Kartoffelstärkeindustrie gehört zu den Wirtschaftszweigen, die unter der „gegenwärtigen“ Zollpolitik der Reichsregierung leiden, weil ihr durch Einführung des Kartoffelzollses, in Höhe von zwei Mark, der Bezug von ausländischen Kartoffelstärkesorten unmöglich gemacht wird. Das Ergebnis dieser agrarischen Interessentenpolitik ist: Ueber die Hälfte der deutschen Stärkeindustrie müßte stillgelegt werden! Das ist der Fall, obwohl man der Stärkemittelindustrie einen Zollschutz in Höhe von vier Mark als Entschädigung gewährte. Nun bemühen sich die Landeshändler, eine weitere Erhöhung des Kartoffelzollses zu erzwingen, dagegen erhebt aber die Stärkeindustrie Protest.

Herr Schiele ist nun auf den Gedanken gekommen, durch eine Zwangsartellierung dieses Wirtschaftszweiges die Stärkepreise in einem Umfange in eine solche Höhe zu treiben, daß sich die Stärkeproduzenten im Austauschwege mit einer weiteren Steigerung des deutschen Kartoffelzollses zufrieden geben. Da sich ein Teil der Industriellen gegen diesen Plan Schielies ausgesprochen hat, verjagte es der Reichsernährungsminister, durch eine S. H. Verordnung die Angelegenheit zu regeln. Da aber von dem Reichsjustizministerium hiergegen Bedenken erhoben wurden, verjagte es Herr Schiele jetzt mit einer glatten Profession. Er fordert die Stärkeindustrie auf, sich bis spätestens 15. August für seinen Plan zu erklären, sonst beabsichtige er durch gesetzliche Maßnahmen diesen Zusammenschluß im Dienst eines Stärke- und Kartoffelwuchers zu erzwingen!

Zu gleicher Zeit also, da Herr Dietrich mit dem Pappschwert der Kartellverordnung droht, erzwingt Herr Schiele die Bildung eines neuen Kartells und eine neue Preiserrhöhung.

Das Ergebnis: Die Bürgerblock-Regierung spricht vom Preiserrbau und dient einer Politik des Preiserrwuchers. Die Wähler werden ihr am 14. September die nötige Antwort geben!

Zahlungs-einstellung Stocwer. Die bekannte Autofabrik Bernh. Stocwer A. G. in Stettin, die auch Nähmaschinen und Fahrräder herstellt, hat ihre Zahlungen eingestellt, nachdem sie bereits mehrere Sanierungen hinter sich hat. Zu den Geldgebern der Firma gehört u. a. die Stadt Stettin.

## Das „unästhetische“ Befreiungsbendmal

Wie die Tel.-Union aus Mainz berichtet, hat die dortige katholische Geistlichkeit gegen das Befreiungsbendmal einen Protest erlassen, der auf den Karajeln verlesen wurde und in dem es u. a. heißt: „Auf dem Schillerplatz ist das sogenannte Befreiungsbendmal eingeweiht worden. Ob ihm vom künstlerischen Standpunkt aus das Lob gebührt, das ihm von mancher Seite gesendet wird, werden berufene Kritiker entscheiden. Als Katholik in müssen wir das Bendmal nicht bloß vom ästhetischen, sondern auch vom religiös-ästhetischen Standpunkt befämpfen und als öffentliches Bendmal ablehnen. Ein großer Teil der

katholischen Bevölkerung fühlt sich in seinem Empfinden tief verletzt, daß man in einer Stadt, die zu einem großen Teil katholisch denkt und fühlt, ein solches Bendmal aufgestellt hat. Keine sitzame christliche Frau wird sich in einer solchen Entblößung in der Öffentlichkeit zeigen, aber man hält es für unbedenklich, an einem verkehrreichen Platz eine nackte Frauengestalt in Stein darzustellen. Wir legen deshalb entschiedenen Verwahrung gegen die Aufstellung des Bendmals ein.“

Die Aktion der Mainzer Mäcker zeigt wieder einmal, wie dringend notwendig der Befreiungskampf in Deutschland selbst nicht nur gegen die Reaktion auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, sondern vor allem auch gegen die schwarze Kulturreaktion ist.

# Extra billige Lebensmittel

Rindfleisch	Schweinefleisch
Kochfleisch . . . . . Pfd. 95	Keule od. Rücken . Pfd. 1.15
Gehacktes . . . . . Pfd. 95	Koteletts . . . . . Pfd. 1.45
Schmorfleisch . . . . . Pfd. 1.38	Schmer u. Fettes . Pfd. 85

Hammelfleisch	Kalbfleisch
Kochfleisch . . . . . Pfd. 98	Pfefferfleisch . . . . . Pfd. 95
Rücken . . . . . Pfd. 1.05	Rücken . . . . . Pfd. 1.20
Keule . . . . . Pfd. 1.15	Keule . . . . . Pfd. 1.25

ff. Kassler Rippenpeer . . . . . Pfd. 1.45	Hühner zum Braten und Kochen . . . . . Pfd. 95 u. 84
--------------------------------------------	------------------------------------------------------

Blut-u. Leberwurst . . . . . Pfd. 85	Molkerei-Butter . . . . . Pfd. 85	Junge Erbsen . . . . . 2-Pfd.-Dose 68	Gebr. Kaffee . . . . . 1.40 1.25 1.10 95	Pfefferm.-Pastillen . . . . . 1/2 Pfd. 38
Fetter Speck . . . . . Pfd. 98	Margarine . . . . . Pfd. 58 54 47	Kaiserschoten . . . . . 2-Pfd.-Dose 1.38	Kakao . . . . . Pfd. 95 65	Fruchthonbons . . . . . Pfd. 50
Knackwurst . . . . . Pfd. 1.38	Echt Emmenthaler Schweiz.-Käse 1/2 Pfd. 38	Gem. Gemüse . . . . . 2-Pfd.-Dose 78	Lompenzucker . . . . . Pfd. 35	3 Tafel Vollmilch-oder Haselnuß-Schokolade . . . . . 75
Rauchfleisch . . . . . Pfd. 1.38	Edamer Käse . . . . . Pfd. 78	Gem. Gemüse mittelfein, 2-Pfd.-Ds. 1.05	Weizenmehl . . . . . 5 Pfd. 1.15	3 Tafel Vollmilch-Nuß-Krokant . . . . . 88
Mettwurst . . . . . Pfd. 1.45	4 Dosen Milch . . . . . 95	Karotten . . . . . 2-Pfd.-Dose 35	Kaiser-Auszugsmehl . . . . . 5 Pfd. 1.38	Schmelz-Schokol. . . . . 200 g-Tafel 50
Schinkenspeck . . . . . Pfd. 1.98	1 Dose Ananas . . . . . 95	Weißkohl . . . . . 2-Pfd.-Dose 25	Eier-Schnittnudeln oder Bruch-Makaroni . . . . . Pfd. 50	Kinder-Mischung . . . . . Pfd. 68
Edenkobener 1928 er. . . . . 1/2 Fl. 78	8 Scheiben . . . . . 95	Wirsingkohl . . . . . 2-Pfd.-Dose 50	Obolaten frisch gebacken 10 Stück 25 18	
Deutscher Sekt Rehenperle . . . . . 1/2 Fl. 2.45	Pflaumenmus . . . . . 2-Pfd.-Eimer 98	Spinat 3-Pfd.-Ds. 58		

Dauer-Zervelatwurst . . . . . Pfd. 1.58	Aprikosen-Konfitüre 2-Pfd.-Eimer 1.25
Zervelat- und Salamiwurst I. . . . . Pfd. 1.85	Erdbeer-Konfitüre . . . . . 2-Pfd.-Eimer 1.45
Schnittel-Seelachs 1-Pfd.-Dose 68	Vierfrucht-Marmelade 2-Pfd.-Eimer 78
Senfgurken . . . . . 2-Pfd.-Dose 55	Finnischer Schweizerkäse Pfd. 1.20







Entweder — oder

Ausgerechnet an dem Tage kam sie zu mir, wo ich an meinem... Ausgerechnet an dem Tage kam sie zu mir, wo ich an meinem... Ausgerechnet an dem Tage kam sie zu mir, wo ich an meinem...

Na, jedenfalls hat sie auch mich wieder einmal aufgeschult, und sie soll auch bei mir die wohlverdiente Ruhe haben, die „flandrische Glückseligkeit“, die da mit allen orthographischen Fehlern also lautet: „Die flandrische Glückseligkeit wurde mir ins Haus geschickt. Ich schickte sie Dir um sie nicht zu unterbrechen. Schreibe diesen Brief ab u. schick ihn innerhalb 24 Stunden an 4 Personen, denen Du Glück wünschst. Die Kette wurde von einem amerikanischen Offizier begonnen und soll 3 mal um die Welt gehen. Wer die Kette unterbricht, wird unglücklich. Es ist merkwürdig, wie sich die Prophezeiung erfüllt. Schreibe diesen Brief ab, beachte was am 4. Tag geschieht. Am 4. ten Tag nach der Abendung wirst Du Glück haben. Sende die drei Briefe mit diesem Brief ab. Beachte ihn nicht.“

Und ihr seht, die Glückseligkeit hat gelogen oder — der Redakteur hat's mit der Angst zu tun bekommen, und auch er wollte die Glückseligkeit nicht unterbrechen. Na, mir soll es egal sein. Jedenfalls hole ich mir morgen mein Geld hierfür. Schwein muß eben der Mensch haben, trotz aller flandrischen Glückseligkeiten. Rosa.

Schlaflose Nächte

Angst vor der Aufhebung des Demonstrationsverbots Die Klopffeder der „antimarxistischen Front“ findet weder hi Tag noch bei Nacht Ruhe bei dem Gedanken, das Leipziger Demonstrationsverbot der „überparteilichen“ sächsischen Regierung könnte durch Landtagsbeschluss aufgehoben werden. Doch ein über Trotz ist ihnen gelieben. Und dieser findet in den VVN in folgenden Worten atemberaubendsten Ausdruck: „Vorläufig besteht das Verbot, und über die Aufhebung und den Antrag der Sozialdemokraten wird erst nach dem Wiederzukunftsbeginn des Landtags, also frühestens im Oktober, verhandelt werden. Für die Zeit des Wahlkampfes ist also den Demonstranten eine Grenze gezogen.“

Was aber erhoffen und erwarten diese Generalpächter des Sinnes für Ruhe und Ordnung von der Aufrechterhaltung des Verbots? Die folgenden paar Worte der geistigen Ausgabe der VVN geben darüber prägnantesten Aufschluss: „Schließlich darf man mit Recht hoffen, daß nach dem Verbot die Demonstrationsfreudigkeit der radikalen Gruppen etwas gedämpft wird, und daß die Umzüge mit heckerischen Plakaten im Stadtbild mehr und mehr verschwinden werden, wenn sich die Demonstranten nicht mehr in den belebtesten Straßen, auf dem Augustusplatz oder vor dem Reichsgericht zeigen dürfen.“ Die „heckerischen Plakate“ sind eine etwas lahme Begründung des Verbotsjubels. Ueber den Geschmack ihrer Anfertiger und Träger mag man streiten. Unbestreitbar aber ist, daß es den VVN und ihren Auftraggebern nicht auf die „heckerischen Plakate“, sondern auf die Unterbindung der Arbeiterdemonstrationen überhaupt ankommt. So oft schon haben sie voll Neid und Angst auf die wichtigen Demonstrationen der Klassenbewussten Arbeitermassen blicken müssen, daß man den Schrei der VVN: „Leipzig braucht Ruhe!“ verstehen kann. Leipzigs Spiegel wollen sich nicht immer wieder entsetzen über das steigende Ansehen, das die SPD bei den Massen der Bevölkerung trotz der ständigen Ueberfälligkeit mit den verlogenen Verleumdungen erwirbt. Sie wollen und sollen ihre Ruhe haben. Mag die SPD dort demonstrieren, wo sie das sich mit immer größerer Schuld beladende soziale Gewissen der Ruhsücker der heutigen Gesellschaftsordnung nicht beunruhigt: In den Vorstädten. Wie schlecht es übrigens um die Gründe der Verbotsrechtfertigung bestellt ist, mag man aus den folgenden verfassungswidrigen Ergüssen der VVN erkennen: „Schließlich ist das Leipziger Demonstrationsverbot auch nicht ganz ohne Beispiel. In Berlin am Reichstag und in Dresden am Landtag besteht ebenfalls eine Bannmeile, innerhalb deren Grenzen keine politischen Demonstrationen stattfinden dürfen. Und bisher hat man noch nicht gehört, daß auch nur ein einziger sozialdemokratischer Abgeordneter in diesem Schutze einen Verstoß gegen die Verfassung gesehen hätte.“

Diese wunderbaren Beispiele von Berlin und Dresden sind wirklich ohne Beispiel. Sowohl „in Berlin am Reichstag“ als „in Dresden am Landtag“ ist die Bannmeile nicht durch Verordnung, sondern durch Gesetz der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung geschaffen. Dieses Gesetz gilt sogar für alle Parlamente der in Deutschen Reich vereinigen Länder. Und dieses Gesetz ist zwingend, wie alle anderen Gesetze auch, in etwas gemildert allerdings dadurch, daß Reichsregierung und Länderregierungen für die in ihrem Regierungsbereich zuständigen Parlamente Ausnahmen gestatten dürfen. Schließlich sollte doch ein Redakteur der VVN begreifen können, daß die Willkürverordnung des sächsischen Innenministeriums hinsichtlich des Leipziger Demonstrationsverbots und die reichsgesetzliche Regelung hinsichtlich der Bannmeilen der Parlamente in Reich und Ländern so grundverschiedene Dinge sind, daß nur herfürlich anbefohlene Kurzsichtigkeit vor unsterblicher Lächerlichkeit es wagen kann, den Lesern der größten deutschen Tageszeitung außerhalb Berlins solchen Koffel aufzutischen.

Ein Kassenbote, der bereits länger als 25 Jahre, bei einer Leipziger Großbank angestellt war, hatte am Mittwoch von der Hauptkasse des Hauses 70.000 Mark abgehoben. Er verhielt sich mit dem Gelde, konnte jedoch bereits am demselben Tage festgenommen werden. Das Geld fand man noch vollständig in seinem Besitz.

An die falsche Adresse

Unwissenheit der Nachrichtenleser — Demagogie der Nachrichtenredaktion

In der heutigen Ausgabe der VVN gibt die Redaktion dieser immer noch „größten deutschen Tageszeitung außerhalb Berlins“ einem Leser das Wort, an dem die aufregenden Attenden der Regierung Brüning gegen die Sozialgesetzgebung offenbar ohne jede Teilnahme vorbeigegangen sind. Der tapirte Schläfer in Zeit und Sturm weist seine Pfeile gegen die Allgemeine Ortskrankenkasse. Es seien nur einige der rauchenden Empörungsergüsse aufgezeigt. Es wird gewettert über den neuen Krankenschein: „Der Krankenschein soll, wie schon zu erkennen ist, die Ortskrankenkasse sicher vor Ausbeuterei schützen. Darum ist jedes Ortskrankenkassenmitglied gezwungen, vor Inanspruchnahme ärztlicher und zahnärztlicher Behandlung sich gegen 50 Pfennig diesen Schein in der Hauptgeschäftsstelle zu lösen. Dieser Schein gilt nur für die Dauer einer Erkrankung; ohne ihn darf kein Arzt behandeln und nur „in dringenden Fällen“ oder bei „Lebensgefahr“ kann auf ihn, aber auch nur bei der ersten Behandlung, verzichtet werden. Ferner muß dieser Schein nach der letzten ärztlichen Behandlung innerhalb drei Tagen zurückgegeben werden. Ein Verstoß gegen diese Vorschriften soll mit Verlust aller Ansprüche an die Ortskrankenkasse geahndet werden, also: das Mitglied darf dann den Arzt selbst bezahlen.“

Der Schreiber dieser Zeilen wendet sich an die falsche Adresse. Nicht die Ortskrankenkasse ist für diese Bestimmungen verantwortlich, sondern die Regierung Brüning, die zunächst auf dem Wege der Ermächtigungsgesetzgebung solche Ungehörlichkeiten durchdrücken wollte, und dann, als sie infolge des sozialdemokratischen Mißtrauensantrages im Reichstage damit durchpömpfte, nach der Reichstagsauflösung den Krankenschein und die dafür zu entrichtende Gebühr einfach im Wege des Belagerungsstandsparagraphen 48 der Verfassung befreite. Die von der Regierung Brüning und dem sicher vom Verfasser der Philippika sehr verehrten Reichspräsidenten Hindenburg erlassene, übrigens verfassungswidrige, „Notverordnung“ gegen die Krankenkassenmitglieder enthält unter anderem folgende Bestimmung: „Für die Krankenhilfe hat der Versicherte einen Krankenschein zu lösen. Die Gebühr dafür beträgt 50 Reichspfennig.“ Was in dem Schlußsatz des Nachrichtenzitats gesagt wird über Verstoß und Ahndung ist schwindelhaft übertrieben. Der Krankenschein besagt in Wirklichkeit: „Der Krankenschein ist in dringenden Fällen oder bei Lebensgefahr nach der erstmaligen Behandlung noch beizubringen.“ Das ist offenbar etwas anderes, als der Artikelschreiber in

den VVN, behauptet. Die Ortskrankenkasse gestattet ihren Mitgliedern, „in dringenden Fällen oder bei Lebensgefahr“ den Krankenschein nach der ersten Behandlung beizubringen. Daran knüpft der Verfasser des Nachrichtenartikels folgende vorwurfsvolle Darlegungen gegen die Krankenkasse: „Wie schwer wird schon manchem von ihnen der Entschluß, zum Arzt zu gehen! Nun aber soll er sich gleichsam erst die Genehmigung holen, krank sein zu dürfen! Das alte Uebel, daß viele erst zum Arzt laufen, wenn es zu spät ist, wird unfagbar vergrößert, ganz abgesehen von der höchst unsozialen Gewinnung, die in solchen Bestimmungen liegt. Man stelle sich nur einmal die Sache praktisch vor: Der Ernährer einer Familie erkrankt an Grippe. Der Arzt kann nicht geholt werden, denn „Lebensgefahr“ liegt noch nicht vor, und der Krankenschein fehlt. Wer soll überhaupt beurteilen, ob Lebensgefahr vorliegt oder nicht? Das Mitglied kommt doch nur dafür in Frage. Ein solches Urteil kann es nicht fällen, folglich muß erst der Krankenschein her; die Frau muß ihn holen. Sie kann aber selbst nicht gehen, weil der Zustand des Kranken bedenklicher wird und weil sie ihre kleinen Kinder zu betreuen hat. Weitere Schwierigkeit: Ein Bote muß besorgt werden. Bitte, liebe Ortskrankenkasse! Hilf die Boten zu suchen, die ohne Entgelt für dich arbeiten! Dazu kommen noch Fahrspesen für die Elektrische, 50 Pfennig kostet der Schein, dem Kranken entstehen schon etwa 2 Mark völlig unnütze Kosten, wenn alles gut geht. Wohl ist der Schein nun da, aber noch lange kein Arzt! Die Konsultation wird demnach ganz unverantwortlich in die Länge gezogen.“

Das alles klingt, als ob es ein schweres Verbrechen des Krankenkassenvorstandes wäre, in dringenden Fällen oder bei Lebensgefahr auf die Vorlegung des von der Regierung Brüning den Krankenkassen ausfotografierten Krankenscheines bis nach Inanspruchnahme des Arztes und der Apotheke zu verzichten. Die Redaktion der VVN weiß natürlich, daß die Beschuldigungen gegen die Krankenkasse unberechtigt sind. Aber in inliger Freundschaftsverbundenheit gegen sie gibt sie diesen unberechtigten Beschuldigungen mit Behagen Raum. Wir nehmen an, daß auch der Vorstand der Krankenkasse zu dieser Leistung des „Weltblattes“ VVN nicht schweigen, sondern nötigenfalls auf Grund des Paragraphen 11 des Pressegesetzes die Redaktion zwingen wird, ihren Lesern zu sagen, wir haben wieder einmal geschwindelt.

Arbeitsfürsorge in Leipzig

Betrachtungen über die Lage der langfristig Erwerbslosen

Von H. Krieg, Stadtverordneter.

In einem vor einigen Tagen an dieser Stelle erschienenen Artikel sind die kommunistischen Verleumdungen gegen die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, die betriebe in Leipzig die Einführung der Pflichtarbeit für Fürsorgeempfänger als Arbeitsleistung für erhaltene Fürsorgeunterstützung, zurückgewiesen worden. In diesem Artikel soll nun die Stellungnahme der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zur Pflichtarbeit sowie zu der in Leipzig geplanten Einführung der „Arbeitsfürsorge“ behandelt werden.

Was ist Pflichtarbeit? Nach § 19 der Fürsorgepflichtverordnung, dieses für die öffentliche Fürsorge maßgebenden Reichsgesetzes, können die Gemeinden in bestimmten Fällen, z. B. um Arbeitsunwillige wieder an Arbeit zu gewöhnen, oder um Schwarzarbeiter, die Unterstützung begehren und nebenbei noch verberbt arbeiten, festzustellen, für die erhaltene Fürsorgeunterstützung eine gewisse gemeinnützige Arbeitsleistung verlangen. Von diesem Rechte machen sehr viele deutsche Großstädte, um die für Unterhaltungen vorausgabten Gelder nutzbringend anzulegen, sehr ausgiebigen Gebrauch. Es beschäftigen eine ganze Anzahl dieser Städte Hunderte von Unterhaltungsempfängern und senden somit ihre Fürsorgekosten. Die Fürsorge der Stadt Leipzig

kennt diese Art Pflichtarbeit nicht. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion würde Bestrebungen, die dahin gehen, Fürsorgeunterstützungen in Pflichtarbeit umzumünzen, aufs Schärfste bekämpfen. Es wäre einfach unmoralisch, von einem Hilfsbedürftigen, dem pro Woche 6 Mark für seine Ernährung zur Verfügung stehen, eine Arbeitsleistung zu verlangen. Die kommunistische Stadtverordnete, die im Stadtvorordnetenaustrusch sich das Material für die Artikel in der SZ und Erwerbslosenseitigung zusammenhorte, muß demnach in Zukunft aufmerksamer zuhören, will sie sich nicht dem Vorwurfe der Leichtfertigkeit und Verleumdung aussetzen. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion beschäftigt sich seit längerer Zeit aber mit einem andern Problem, dessen Lösung in erster Linie im Interesse der von langer Arbeitslosigkeit betroffenen Erwerbslosen liegt, und das von großer materielle und sozialer Bedeutung ist, das ist die Frage der Wohlfahrtserwerbslosen und Arbeitsfürsorge.

Eine auf gesunder Grundlage aufgebaute Arbeitsfürsorge wird jedenfalls die Fraktion fördern, sozial in ihren Kräften steht.

Unter den Anfang Juli durch die städtische Fürsorge laufend unterstützten 25.400 Unterhaltungsempfängern, mit Angehörigen 45.000 Menschen, befanden sich 9.850 Erwerbslose, mit Angehörigen 17.200 Personen. Diese Gruppe von Hilfsbedürftigen, größtenteils in der Arbeitslosenversicherung Ausgesteuerter, stellen für die Gemeinden ein kaum zu lösendes Problem in materieller sowohl als auch in sozialer Beziehung dar. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Unternehmer eine große Scheu davor haben, langfristige Erwerbslose einzustellen. Unter Umgehung der Arbeitsnachweise stellt man lieber nur kurze Zeit arbeitslos gewesene Arbeitskräfte ein. So ist einwandfrei festzustellen, daß in der Metallindustrie von den in Arbeit gegangenen Arbeitskräften nur 10 Prozent durch den Arbeitsnachweis vermittelt werden. Daß es unter solchen Umständen, auch wenn der Wille vorhanden ist, den Nachweise unmöglich ist, die Wohlfahrtserwerbslosen unterzubringen, liegt klar auf der Hand.

Aber auch von den verschiedenen städtischen Ämtern wird in dieser Beziehung stark gesündigt. Wohl besteht bei der Vergebung städtischer Aufträge eine Vertragsklausel, die besagt, daß die betreffenden Unternehmer in erster Linie ansässige Arbeiter beschäftigen sollen. Kein Mensch kümmert sich aber um diese Bestimmungen. Es entstand so der Zustand, daß in Leipzig wohnhafte Arbeiter lange Zeit arbeitslos sind und ausgesteuert, die Fürsorge in Anspruch nehmen müssen, während die ihnen in erster Linie zustehenden Arbeitsplätze von Arbeitskräften besetzt werden, die weit weg von Leipzig wohnen, wo sie unter günstigeren Existenzbedingungen zu leben vermögen als der Großstadtarbeiter.

Eine Nachfrage beim Bauwerksbund würde ergeben, daß ungefähr 80 Prozent der in Leipzig beschäftigten Bauhandwerker außerhalb des Arbeitsnachweisbezirktes Leipzig wohnen. Erst in allerletzter Zeit konnte beobachtet werden, daß bei den auf der Straßenhausstelle Riesaer Straße vorgenommenen Entlassungen in erster Linie Leipziger Arbeiter in Frage kamen. Ohne der Beschränkung der Freizügigkeit das Wort reden zu wollen, muß aber doch verlangt werden, daß die städtischen Ämter die Vertragsbestimmungen durchführen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die sich in großer Finanznot befindende Stadt Leipzig jährlich Millionen von Mark zur Unterstüttung von Wohlfahrtserwerbslosen ausgibt, diesen aber auf der andern Seite die Arbeitsmöglichkeiten verperzt. Innerhalb der städtischen Verwaltung und Betriebe ist jetzt infolgedessen eine Wendung zum Besseren eingetreten, daß die betreffenden Stellen gezwungen werden, bei Einstellen von Arbeitskräften bevorzugt Wohlfahrtserwerbslose zu berücksichtigen. Diesen katastrophalen Zuständen ist mit einfacher Unterstüttungsleistung nicht beizukommen. In einem weiteren Artikel soll aber darzulegen versucht werden, ob und inwieweit sich Möglichkeiten finden lassen, die diesen „Johli“ für die Erwerbslosen als auch für die Stadt unentgeltlichen Verhältnissen entgegenzuwirken.

Eine Meile ohne Masse

Die Stadtbank beteiligt

Zum Konkurs der Firma Strumpf-Jäger — Ferdinand Jäger — in Leipzig erfahren die VVN, daß die Gläubiger völlig leer ausgehen werden und daß nicht einmal die Masseschulden voll beglichen werden können.

Die Firma „best“ nicht weniger als elf Filialen. Der wesentliche Zweck dieser Filialen scheint gewesen zu sein, als Unterlage für Kredite zu dienen. Eine davon ist einem Verwandten des Herrn Jäger, die anderen zehn sind den pleitegegangenen Gesundheitsbankiers Köbel und Levy übereignet worden. Die mit Köbel und Levy und ihrer Untergesellschaft abgeschlossenen Uebereignungsverträge werden als Scheinverträge bezeichnet. Sie sollen ansichtslos sein. Darüber schweben Auseinandersetzungen zwischen den beiderseitigen Konkursverwaltern. Gegen Jäger laufen bereits mehrere Strafanzeigen. Er wird von seinen Gläubigern des Kreditbetruges beschuldigt.

Herr Jäger scheint im Pumpen ein außerordentliches Talent entwickelt zu haben. Obwohl er keinen Pfennig Vermögen besaß, hatte er es fertiggebracht, von Köbel und Levy nach und nach 350.000 Mark zu entleihen. Wechsel Jägers (zum Teil Geschäftskontakte) in Höhe von 387.000 Mark befinden sich jetzt im Besitze der Stadtbank. Die Dinge scheinen sich also so abgespielt zu haben, daß Köbel und Levy das Geld, um das sie von Herrn Jäger angepumpt worden sind, von der Stadtbank geholt haben und daß die Stadtbank dafür die faulen Wechsel des Herrn Jäger als „Sicherheiten“ in Empfang nehmen durfte.

Es dürfte wohl unbestreitbar sein, daß es nicht die Aufgabe der Stadtbank sein kann, Schwindelfirmen zu finanzieren. Es ist dringend zu fordern, daß die Öffentlichkeit endlich über den ganzen Stadtbankkomplex und über die Bedingungen der Fusion mit dem Giroverband aufgeklärt wird. Schließlich handelt es sich hier nicht um Verluste eines beliebigen privaten Geldverleihers, die für die Öffentlichkeit ohne Belang sein können, sondern um öffentliche Mittel und um ein öffentliches Institut.

## Wo ruft die Pflicht?

Die Verfassungsfeier des Reichsbanners findet am 11. August nicht auf dem Markt, sondern auf dem Sportplatz, am Palmengarten, statt. Wir erwarten auch von unseren Genossen und Genossinnen die höchste Beteiligung. SPD Groß-Leipzig.

### Frauen.

Osten. Montag, 11. August, 20 Uhr, im Arbeiterheim, Vortrag des Genossen Dr. Heiland über die Kriminalität der Frau.

Schönefeld. Montag, 11. August, 20 Uhr, im Restaurant „Rohrteich“, Vortrag des Genossen Dr. Weill über „Richtige Ernährung“.

Markranstädt. Der Frauenabend am Donnerstag, 7. August, fällt aus. Wir gehen dafür alle zur Mitgliederversammlung am Freitag, 8. August, wo ein Referat über die politische Lage gehalten wird. Kommt alle!

### Gemeinschaft Kinderfreunde.

Modau. Morgen, Freitag, Ferienwanderung nach Lindenthal. Treffen, 9 Uhr, am Friedrichshäuser Platz, 10 Pfennig und Trinkbecher mitbringen. Sonnabend holen wir alle die Zeltlagerfahrer ab. Stellen der Eltern und Kinder, 20 Uhr, am Platz.

Connewitz. Die Zeltlagerfahrer kommen am Sonnabend, um 20.55 Uhr, in Leipzig an. Um 21.30 Uhr in Connewitz, Bibliothek. Wir bitten, die Quartiere für die Kinder aus Hartha nochmals für eine Nacht zur Verfügung zu stellen. Bitte alle Kinder an der Bibliothek abholen.

Entzsch. Sonntag Tagesfahrt für alle Kinder. Treffen, pünktlich 7 Uhr, am Schmutzplatz. Anmeldung bis Freitag, 17 Uhr, bei Genossen Heißel.

Wahren. Die Gruppen Paul und Ewald bei schönem Wetter Freitag, 17.30 Uhr, Spielen (Siedlung). Sonst im Heim. Sonntag alle Gruppen auf Fahrt. Näheres folgt.

Markranstädt. Alle Gruppen treffen sich am Sonntag, 13.30 Uhr, am Volkshaus zur Teilnahme am Gewerkschaftsfest.

### Arbeiterwohlfahrt.

Unsere Leipziger Kinder kommen aus Dänemark am Dienstag, 12. August, 2.27 Uhr, Hauptbahnhof an.

### „Tegernsee-Gastspiel“ im Komödienhaus.

Zu dem Gastspiel der bayrischen Truppe „Die Tegernsee“ erhalten die Mitglieder der Partei und ihrer Bildungsorganisationen Karten zum ermäßigten Preise von 90 Pfennig. Die Karten werden an der Kasse des Komödienhauses gegen Abgabe eines Interimscheines, der im Sekretariat des Bildungsausschusses, Tauscherstraße 19/21, Hof links und in den Filialen der Leipziger Volkszeitung ausgeteilt wird, ausgegeben. Geschlossene Besuche der Ortsvereine, Frauen- und Jugendgruppen sind bei Rennung der Teilnehmerzahl dem Sekretariat des Bildungsausschusses vorher zu melden; hier werden besondere Vergünstigungen gewährt. Bezirksauschuss Leipzig für sozialistische Bildungsarbeit.

### Mitglieder-Veranstaltungen

Zwenkau. Sonnabend, 9. August, beteiligen sich alle Genossen an der Verfassungsfeier des Reichsbanners im Ratskeller.

Großschlocher. Morgen Freitag, 20 Uhr, im Vereinshaus Großschlocher, Mitgliederversammlung. 1. Genosse Fritz Bickel spricht über „Die politische Lage und die Reichstagswahl“. 2. Ausstellung der Kandidaten. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Funktionäre kommen schon 19.30 Uhr.

Markranstädt. Freitag, 8. August, 20 Uhr, im Kleinen Saale des Volkshauses, Mitgliederversammlung.

## Mieter, Vermieter und Schönheitsreparaturen

Nach § 536 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist der Vermieter verpflichtet, die vermietete Sache dem Mieter in einem zum vertragsgemäßen Gebrauch geeigneten Zustand zu überlassen und sie während der Mietzeit in diesem Zustande zu erhalten. In welchem Umfange der Vermieter also verpflichtet ist, für die Instandhaltung zu sorgen, richtet sich nach dem vertraglichen Verwendungszweck der Räume. Der Vermieter hat nur für solche Mängel einzustehen, durch welche ihre Tauglichkeit zum vertragsgemäßen Gebrauche aufgehoben oder gemindert wird (§ 537 Abs. 1 BGB). Dafür, wann die Wohnung zum „vertragsgemäßen Gebrauch geeignet“ ist, ist auch die Ortssitze von Bedeutung, ferner muß auf die gegenwärtige allgemeine Wirtschaftslage Rücksicht genommen werden. Kleinere Mängel und Unzulänglichkeiten muß der Mieter unter den heutigen Verhältnissen in Kauf nehmen. Dagegen würde er zum Beispiel eine Veränderung nicht hinzunehmen brauchen, wenn sie ihn gesundheitlich gefährdet, wenn sie — etwa infolge eindringender Feuchtigkeit — ihm die Möbel beschädigt usw. Arbeiten, welche lediglich die Bequemlichkeit oder den ästhetischen Eindruck der Räume heben sollen — wie z. B. das Neutapetieren der Räume, das Neutreiben von Türen und Fenster Rahmen usw. — fallen also nicht unter die dem Vermieter nach § 536 BGB obliegende Instandhaltungspflicht. Das BGB kennt auch keine Unterscheidung nach dem Umfange und den Kosten der Instandsetzungsarbeiten.

Zu Zeiten des Wohnungsüberflusses hatten allerdings die Vermieter meist eine über das gesetzliche Maß hinausgehende Instandhaltungspflichtung vertraglich übernommen: sie ließen neu tapetieren, sie ließen die Fenster streichen und die Türen usw. Derartige Vereinbarungen sind aber nach § 20 des Reichsmietengesetzes nach dem Eintritt der „gesetzlichen Miete“ unwirksam geworden. Seitdem richtet sich die Instandhaltungspflicht nur nach den Vorschriften des BGB.

Das Reichsmietengesetz kennt die Unterscheidung zwischen laufenden und großen Instandsetzungsarbeiten. Nach § 5 des RMG gelten als große Instandsetzungsarbeiten die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und der Abflußrohre, das Umbauen des Dachs, der Abputz oder Anstrich des Hauses im Außen, der Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Inneren, die Erneuerung der Heizanlage bei Sammelheizungen und Warmwasserversorgung. Für diese großen Instandsetzungsarbeiten wird ein besonderer Zuschlag nicht erhoben. Für die übrigen Instandsetzungsarbeiten treten zu der Grundmiete Zuschläge in Hundertsätzen der Grundmiete (§ 3 RMG).

Kur dann, wenn die Tapeten sich in einem derartigen Zustande befinden, daß es nicht mehr möglich ist, den Raum als Wohnraum zu benutzen, würden also derartige Instandsetzungsarbeiten zu den „laufenden“ im Sinne des Gesetzes gehören. In der Regel werden Tapetieren und Streichen der Wände, Streichen der Fußböden, Fenster und Türen nicht zu den laufenden Instandsetzungsarbeiten gehören. Der Mieter wird infolgedessen diese Schönheitsreparaturen selbst vornehmen müssen.

# Die neuen Gemeindesteuern

Seit langem drängen die Gemeinden, besonders die Großgemeinden, nach einer vernünftigen Regelung des Finanzausgleiches. Auch das Reichskabinett Brüning hat den gewünschten Finanzausgleich nicht geschaffen, aber in dem Zollus der Verordnungen, die auf Grund von Artikel 48 erlassen wurden, wird den Gemeinden ein Recht eingeräumt, sich neue direkte und indirekte Steuerquellen zu erschließen. Die neuen Steuern sind Bier-, Schankverehr- und Bürgersteuer.

Von bürgerlicher Seite wird behauptet, daß Leipzig sicherlich keinen Gebrauch von dem neuen Steuerrecht machen wird. Aber nur Demagogen können so reden, denn wenn man sich die Bestimmungen der Verordnungen ansieht und die Mehrheitsverhältnisse im Landes- und Stadtparlament bedenkt, so muß man mit der Einführung zum mindesten der Bürgersteuer rechnen.

Die Gemeinden haben das Recht, zu gleicher Zeit sowohl die Bier- als auch die Bürgersteuer einzuführen. Daneben können die außerordentlich durch Wohlfahrtsmaßnahmen belasteten Gemeinden die sogenannte Schankverehrsteuer erheben. Großgemeinden, die nicht außerordentlich mit Wohlfahrtsmaßnahmen belastet sind, gibt es wohl kaum, und so steht formell nichts im Wege, um die Einwohner der Stadt Leipzig zugleich mit drei neuen Steuern zu belegen. Zusammen mit den neuen Reichsteuern, der Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung ergibt sich eine Belastung des Arbeiterhaushaltes, die erdrückend wirken muß.

Die Biersteuer wird pro Hektoliter erhoben, sie staffelt sich von 2,50 bis 7,50 Mark und beträgt zum Beispiel für einen Hektoliter Vollbier 5 Mark. Der weitaus größte Konsum findet in Volkbier statt, so daß man den Satz von 5 Mark als den Durchschnittssatz ansehen kann. Bei einem jährlichen Verbrauch von circa 650 000 Hektolitern (diese Zahl errechnet sich aus dem Reichsbuchdruck pro Kopf der Bevölkerung) ergibt sich für Leipzig eine Steuersumme von circa 3 250 000 Mark. Davon muß die Steuersumme von 1 800 000 Mark der bereits im Haushaltsplan eingelegten Gemeindesteuer abgesetzt werden. Es entsteht also eine Mehrbelastung der Verbraucher von circa 1 600 000 Mark. Eine Belastung, die keine Rücksicht auf das Einkommen des Verbrauchers nimmt.

Die Schankverehrsteuer will mit Ausnahme von Bier und ununterbrochenem Wasser alle Getränke, die in der Gastwirtschaft zur unmittelbaren Verzehrung ausgegeben werden, mit einer fünfprozentigen Steuer belegen. Von der Annahme dieser Steuer haben die Demokraten ihre Zustimmung zur Bürgersteuer abhängig gemacht.

Die Bürgersteuer (Kopf- oder Regestersteuer genannt) ist die Krone der Brüning'schen Steuerhoffnungen. Die erste, roheste Form ist nicht wiedergebend worden, aber trotzdem bleibt sie eine Ungerechtigkeits- und Sondersteuer; denn nur zur Vernebelung der Wählermeinung ist eine Staffelung eingeführt worden, die die Unerschämtheit der Steuerherrscher nur noch mehr beleuchtet. Diese Steuer (oder die Biersteuer) muß eingeführt werden, wenn

die Gemeinde ab 1. September 1930 eine Erhöhung der Sätze für Grund- und Gewerbesteuer vornimmt. Sie muß aber auch eingeführt werden ab 1. April 1931, wenn der Steuerfuß der Gewerbe- oder Grundsteuer den Landesdurchschnitt übersteigt. In Leipzig ist dies bereits jetzt der Fall. An eine Herabsetzung ist schon deshalb nicht zu denken, weil in keiner außerstädtischen Stadt auch nur annähernd so geringe Realsteuern erhoben werden. Die Höhe der Bürgersteuer wird durch Landesgesetz festgelegt und muß bei Einkommen bis 8000 Mark jährlich mindestens 6 Mark betragen. Innerhalb dieser Einkommensgruppe, in der sich die weitest ausgedehnte Zahl aller Steuerpflichtigen befindet, ist alles gleich, nur zwei Personenkreise sind von der Bürgersteuer befreit:

1. die Personen, die mindestens einen Monat lang vor dem Stichtag Krisenfürsorge bezogen haben und
2. die Personen, die am Stichtag öffentliche Fürsorge beziehen.

War jemand zufälligerweise am Stichtag beschäftigt, so ist er zur Zahlung der ganzen Steuer verpflichtet, auch wenn er vor nächsten Tage ab ohne Erwerb und auf öffentliche Fürsorge angewiesen ist. Praktisch wird es sich zweifellos so auswirken, daß künftig neben den Leistungen, die die öffentliche Fürsorge dem Arbeitslosen neben seiner Unterstützung gewährt, noch die Steuersumme bezahlt werden muß. Das System ist wunderbar: An der Steuerklasse wird der Betrag entrichtet und an der Wohlfahrtsklasse erhält ihn der Einzahler zurück. Leipzig hat zur Zeit rund 23 500 Arbeitslosenunterstützungsempfänger, und es würde bei Einführung des Mindestsatzes der Bürgersteuer allein von diesen Personen eine Summe von 141 000 Mark erhoben werden müssen. Von vornherein kann aber mit dieser Summe nicht gerechnet werden. 517 000 Wahlberechtigte, also zur Bürgersteuer verpflichtete Personen gibt es in Leipzig, darunter über 300 000 Arbeiter, Angestellte und mittlere Beamte, sowie 150 000 Ehefrauen sich befinden. Die Ehefrauen haben den halben Satz des vom Ehemann zu erhebenden Satzes zu entrichten und es käme, wenn man bedenkt, daß 120 000 Ehefrauen etwa zur niedrigsten Gruppe zu zählen sind, allein von diesen eine Steuersumme von 360 000 Mark in Frage. Die Eheleute haften gemeinsam für das 1½fache des Satzes für den Ehemann, so daß weder das Arbeitseinkommen des Mannes noch der Frau vor dem Zugriff des Vollstreckungsbeamten geschützt ist.

Eine ungeheure Belastung wird den Gemeindeverwaltungen erwachsen, besonders dadurch, daß eben die diesen Zahlungsunfähigen mit veranlagt werden müssen. So werden zu den unzahligen erfolglosen Pfändungen Tausende von neuen hinzukommen.

Die erste Aufgabe des neuen Reichstages wird es sein, die auf Grund von Artikel 48 erlassenen Verordnungen nicht zu sanktionieren und mit Hilfe der SPD Maßnahmen zu ergreifen, die gegenüber der Not der Arbeiterklasse zu verantworten sind. Wer damit der neue Reichstag diese arbeiterfeindliche Politik der Arbeitgeberparteien durchkreuzen kann, muß die Wählerkraft in rastloser Arbeit aufgefüttert werden. Kurt Wildung.

## Beifahrer mit Kautions gesucht!

Vom Polizeipräsidium wird der Presse berichtet: Hier ist ein Kautionschwindler aufgetreten, der Leute, die es wirklich nicht im Überflusse haben, um ihre mühsam ersparten Notpfennige gebracht hat. Der Gauner, der sich Kaufmann Heinrich Jäger aus Dresden genannt hat, erließ eine Annonce in einer hiesigen Tageszeitung, nach der er „einen jungen Mann für Lieferwagen gegen einige 100 Mark Kautions“ suchte. Die sich Meldenden bestellte er nach einem Büro, das er gemietet hatte, ohne zu bezahlen, dessen Einrichtung (Schreibmaschinen usw.) er von hiesigen Firmen bezogen hatte, ohne daran zu denken, Zahlung zu leisten. Zwei von ihm angestellte Kontoristinnen werden auch nie ihren versprochenen Lohn erhalten. Allen erzählte er, daß er eine Geschäftsstelle für die Firma Gebrüder Hirschfeld in Hamburg hier eingerichtet habe. Jeder, der sich meldete, erhielt die ausgeschriebene Stelle zugesichert, doch als sich die Hinterleger der Kautions zum Arbeitsantritt einfanden, war der Geschäftsführer mit ihrem Gelde verschwunden. Es ist ein schlichter, von vielen Staatsanwaltschaften festbrieflich gefuchter, Betrüger. Nicht oft genug kann davor gewarnt werden, Kautions zu hinterlegen, ohne vorher Erkundigungen über das fragliche Unternehmen eingezogen und Sicherheiten für das hinterlegte Geld erlangt zu haben. Etwas weitere Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, wollen dies baldigst bei der Kriminalpolizei tun.

## Einwandfreie Milch

Der Aufsicht der Milchhygienischen Untersuchungsanstalt der Stadt Leipzig haben sich folgende Vorzugsmilchproduzenten unterstellt:

- Dr. Crusius, Rittergut Saglis.
- Döring, Rittergut Rüben bei Rötha.
- Erleben, Rittergut Trachenau bei Rötha.
- Lampe, Brennereigut Dewitz bei Taucha.
- Landmann, Rittergut Neulöbnitz.
- Lehmann, Rittergut Großsteinberg bei Leipzig.
- Dr. Piatkisch, Elbisbach.
- Rasche, Hain bei Akeritzsch.
- Rehardt, Rittergut Großbösa.
- Siebert, Rittergut Wiederröden bei Mahlis.
- Freiherr Speck v. Sternburg, Rittergut Lützhena.
- Steiner, Müllitz bei Leipzig.
- Tannert, Leipzig-Vindenu, Demmeringstraße 62.
- Frau Teubener, Rittergut Leisnau bei Großbothen.
- Wagner, Hain bei Akeritzsch.
- Wilde, Rittergut Kötz bei Dahlen.
- Wollers, Rittergut Leipzig-Kleinshocher.

Flaschen mit Vorzugsmilch tragen einen Vermerk über die Herkunft der Milch und einen gelben Vermerkstreifen mit blauer Aufschrift: „Unter Aufsicht der Milchhygienischen Untersuchungsanstalt der Stadt Leipzig.“ Vorzugsmilch wird auch in Verbrief gebracht von dem Rittergut Cunnersdorf und dem Landwirtschaftlichen Institut.

Das Feuerwehramt gibt bekannt: Im Juli 1930 wurde die Feuerwehr 157mal alarmiert. Davon waren 2 Groß-, 16 Mittel-, 37 Kleinstfeuer, 1 Landfeuer, 4 blinde Alarmierungen, 4 Fallschuldungen, 13 Aufhebungen von Tieren und 80 sonstige Hilfeleistungen. Auf den Sanitätswachen kamen insgesamt 2630 Fälle zur Behandlung, die Zahl der Krankentransporte betrug 1648, die zurückgelegten Fahrten 17 763 Kilometer.

## Blutdürstiger Glaubenseifer

LU London, 6. August.

Durch einen Amokläufer wurden gestern in Hissa im südlichen Bundesgebiet 11 Mohammedaner getötet und vier schwer verletzt. Der Hindu war mit einem Gewehr bewaffnet und betrat zunächst das Geschäft eines mohammedanischen Schlächters. Er richtete an jedes seiner Opfer die Frage:

„Bist du Mohammedaner?“

Wenn nicht sofort eine Antwort kam, gab er auf sein Opfer einen Schuß ab.

## Selbstmord auf dem Schienenstrang verhindert

WSt Zipsendorf, 6. August.

Am Bahnübergang bei der Zipsendorfer Mühle legte sich der Invalide Paul Lämchen in selbstmörderischer Absicht auf die Gleise der Zeiger Eisenbahnstrecke. Der Selbstmordkandidat wurde vom Lokomotivführer eines nach Zeit fahrenden Personenzuges rechtzeitig bemerkt, und der Zug konnte zum Stehen gebracht werden, ehe der Lebensmüde überfahren wurde. Er wurde aber von der Lokomotive zur Seite geschleudert und am Kopf schwer verletzt.

## Sturz vom Wagen und vom Motorrad geschleift

WSt Weihenstep, 6. August.

Einen tragischen Tod fand der 60 Jahre alte Landwirt R. aus Webau auf der Heimfahrt vom Felde. Aus irgenwelchen Gründen fiel er vom Wagen. Unglücklicherweise verfang sich seine Kleidung in einem gerade daher kommenden Motorrad, so daß er ein gut Stück Weges mitgeschleift wurde. Er lag sich dabei so schwere Verletzungen zu, daß er bereits auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb. Der Führer des Motorrades und seine Beigleiterin kürzten gleichfalls, kamen aber glücklicherweise davon.

## Ein Einbrecherquintett hinter Schloß und Riegel

WSt Delitzsch, 4. August.

Der Polizei ist es gelungen, die Urheber der verschiedenen Einbrüche, die in letzter Zeit in Delitzsch verübt wurden, auffindig zu machen und zu verhaften. Es handelt sich um fünf Einheimische. Neben einem ansehnlichen Diebeslager wurden auch zwei Pistolen, ein Karabiner und ein Dolch gefunden.

## Hundert Soldaten vergiftet

In Wilna erkrankten 100 Soldaten eines dort stationierten polnischen Infanterieregiments an schweren Vergiftungserscheinungen. Die Vergiftungen sind auf den Genuss von verdorbenem Fleisch zurückzuführen.

## Riefenvelobrom eingepäsert

Das 18 000 Zuschauer fassende Riefenvelobrom in Newyork-Bronx ist nach Beendigung eines Radrennens vollständig abgebrannt.

## Ein Helfer für jede Küche:



# MAGGI'S Bratensoße

Ein Würfel für 15 Pfg. gibt gut ¼ Liter vorzügliche Soße.  
Nur kurze Zeit mit Wasser zu kochen.

# Bilderbogen aus „Nord-West“

## Geopolitisches

Nord-West wird in der deutschen Sprache immer populärer. Früher hätte man Ruhrgebiet gesagt oder Rhein-Ruhr-Industrie-Gebiet, heute sagt man sachlich-rational Nord-West — und man weiß Bescheid. Nord-West — das ist die Landschaft der tausend rauchenden Schloten, der gewaltigen Grubenlöcher und Halben, der Tag und Nacht glühenden Hochofen. Nord-West — das sind die Städte der schärfsten Kontraste, der amerikanischen Hochbauten, der Pariser Toiletten und des Nachtlebens und der ausgefahrenen Chauffeen, die an fast endlosen Reihen ruhiger Häuschen vorbeiführen. Nord-West — das sind die hunderttausende Arbeiter, deren Leben sich gleichmäßig zwischen ruhigen Häuschen und Hochofen und Grube bewegt. Hier sind die angehäuften gewaltigen Kapitalwerte, hier ist auf einem Fleck auch das Elend konzentriert. Die wirtschaftlichen Herrscher Deutschlands haben hier ihre Residenzen; der politische Katholizismus und die Herren Krupp, Thyssen und Altkäfer. Und es ist daher nur begriffenswert, daß Nord-West in der deutschen Sprache immer populärer wird, daß der deutsche Werttätige seine anonymen Regierer und Herrscher kennenlernt.

## Krisenstimmung wie schon lange nicht

Seit Wochen herrscht nun in Nord-West Krisenstimmung. Das hat nichts mit den Auslassungen zu tun über die Krise der deutschen Wirtschaft, auch die, wie man sagt, Krise des neudeutschen Staatsgedankens, die stets mit einer freundlichen Verneinung vor unserem Generalstab und seinem Paragrafen 18 konstatiert wird, ist nicht die Ursache der jetzt herrschenden Stimmung. In Nord-West ist die eigentliche, die grundlegende Krise offen ausgebrochen: die Krise des bisherigen sozialen Gleichgewichts. Man mühte, um Mißverständnisse zu vermeiden, relatives soziales Gleichgewicht sagen, oder diesen Begriff noch mehr einschränken, — unverkennbar bleibt es aber, daß sechs Jahre hindurch in Deutschland gewissermaßen normale Verhältnisse geherrscht haben. Man darf in diesem Sinne von sozialem Gleichgewicht sprechen; dieses seltsame „Gleichgewicht“ beruht zwar auf schärfster sozialer Ungerechtigkeit, aber die Stabilisierung dieser Ungerechtigkeit erzeugte die uns allen bekannte Stimmung der „Pause“, der Ruhe, der Beständigkeit, des Normalen, des spezifischen Gleichgewichts. Nun wird systematisch die ganze Proportion zerstört. Die Reichspolitik wird zwar nicht formell in Nord-West gemacht, hier werden aber zuerst in Deutschland die Löhne und Gehälter abgebaut, den einen 15, den anderen 25 und 30 Prozent. Und plötzlich ist es mit der Pause und dem ganzen Gleichgewicht aus. Kaum daß der Streik in der Metallindustrie beendet ist — wobei gesagt werden muß, daß auch jetzt noch 3000 bis 4000 Arbeiter streiken — und schon sprechen die Anzeichen dafür, daß ein neuer Kampf in der Metallindustrie bevorsteht. Die Tarifverträge im Bergbau sind gekündigt; der 1. August bringt Abbau der Bergarbeiterlöhne und mit höchster Wahrscheinlichkeit Streik und Grubenstilllegungen. Und nach den Bergarbeitern kommen die Angestellten der Schwerindustrie, 30 000 an der Zahl, daran. Und dann kommen die anderen. Kein Wunder, daß die Arbeiter in Nord-West, wie in den Zeiten des Jahres 1923, wieder in Gruppen abends auf der Straße stehen und aufgeregt debattieren.

## Doch — noch mühen sich Köpfe

Plakate verkünden die Lage: große Plakate an den Lifsaufgängen, die zu Angestellten-Kundengebungen gegen den geplanten Gehaltsabbau aufrufen, und kleine Handzettel an Brotterzäunen, die den Streik der Eisenleger gegen den verlustigen Lohnabbau von 2 Prozent bekanntmachen. Die Öffentlichkeit interessiert sich nicht für Eisenleger. Was bedeuten schon einige hundert Eisenleger in Nord-West? Aber noch andere Plakate zeigen die Lage an: das sind die großen und kleinen Geschäftsplakate, die dem nicht vorhandenen Käufer Ratenzahlungs-Angebote machen — Ratenzahlungen zu fünfzig Pfennig und einer Mark wöchentlich! Menschenmassen wälzen sich die Geschäftsstraßen auf und ab und können sich nicht sattsehen an den schönen Fensterauslagen, an den noch billigeren Preisen und den noch günstigeren Zahlungsbedingungen. In den Verkaufsläden ist es aber so gut wie leer. Die, für welche die günstigen Zahlungsbedingungen geschaffen sind, können heute nur noch das zum Leben unumgänglich Notwendige kaufen, und selbst wenn der eine oder andere die Mark überbrücken könnte — er darf nicht kaufen. Denn wie ein drohendes Fallbeil hängt heute über jedem Arbeiter aus Nord-West die Ungewißheit des morgigen Tages. Und nun, da die Wirtschaftskrisenbekämpfung durch Lohnabbau außer negative Resultate zellt, versucht man es von einer anderen Seite.

In nächster Nähe des Haupteinganges der Kruppwerke prangt ein großes, modern ausgestattetes Plakat, die fettgedruckte Schlagzeile erregt die Aufmerksamkeit aller Vorübergehenden:

„Wirtschaftliche Schwarzseherei ist wirtschaftlicher Selbstmord!... Kauf und gebi Aufträge, als ob nie von einer angeblichen Weltkrise die Rede war, und jeder Betrieb wird gut beschäftigt sein... Also kein Grund zum maßlosen Pessimismus. Kauf! Und der Geldumlauf, der Blutkreislauf der Wirtschaft, gesund.“

In einer etwas bilderreicheren Sprache werden hier im Grunde die Worte des Herrn v. Kaumer wiederholt, die er im vorigen Monat durch den Mund des Berliner Tagesblatts „an das deutsche Volk richtete. Seid nicht pessimistisch — und alles ist gut! Ob dieser goldenen Worte ist Herr v. Kaumer selber nicht Reichswirtschaftsminister geworden. Der Krupparbeiter aber, der mit durchschnittlich sechs Mark weniger in der wöchentlichen Lohnkiste nach Hause geht und solches liest, muß diese „goldenen Worte“ als eine ganz schamlose Provokation empfinden.

## „Nur die Arbeit kann uns retten“

Die Parolen von vorgestern werden neu belebt. Und angepaßt an den Appetit der ach so notleidenden deutschen Schwerindustrie heißt es: „Nur mehr Arbeit kann uns retten!“ Wenigstens so verkündet es tagtäglich das Scharfmacherblatt von Nord-West, die Rhein-Ruhr-Zeitung“. Drei Millionen Arbeiter sind in Deutschland arbeitslos, und in Nord-West erhebt man offen die Forderung auf Einführung der Zwölfstundenschiebt bei gleichzeitiger Reduzierung der Löhne und Gehälter. Politische Lösungen können nur einmal in einer bestimmten politischen Situation von Wirkung sein. Zudem ist die Forderung nach mehr Arbeit keine Parole, sondern ein brutales Kampfprogramm. Und der Nord-West-Arbeiter? Der Auspruch eines Milheimers Hüttenarbeiters, der an Ort und Stelle die Konsequenzen seiner Worte zog, läßt die Tragweite und Schärfe der bevorstehenden Kämpfe erkennen:

„Lieber nicht arbeiten, als arbeiten und trotzdem hungern!“  
M. D.

## Wiedereinstellungen in der amerikanischen Autoindustrie

SPD New York, 4. August. Die Mehrzahl der seit drei Wochen geschlossenen führenden amerikanischen Autofabriken ist heute wieder geöffnet worden. Rund 160 000 Automobilarbeiter wurden wieder eingestellt. Die Autoindustrie erwartet nach dem katastrophalen Rückgang des Absatzes im letzten Jahre nunmehr eine erhebliche Besserung des Marktes infolge neuer Einstellungen und lebhafter Nachfrage nach neuen Modellen. Immerhin erscheint dieser Optimismus angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage kaum angebracht.

## 20-prozentige Lohnkürzung in der amerikanischen Strumpfindustrie

SPD New York, 2. August. Der Verband der amerikanischen Strumpfarbeiter und Großunternehmer schloß nach viermonatigen Verhandlungen ein neues Tarifabkommen ab, das eine 20-prozentige Lohnreduktion für 16 000 Arbeiter in 45 führenden Webereibetrieben vorsieht. Die Lohnkürzungen sollen der gefährlichen Konkurrenz der

unorganisierten Betriebe entgegenarbeiten und gleichzeitig die bankrot liegende Strumpfindustrie stabilisieren. Die Abmachungen sehen außerdem einen Schiedspruch in Konflikten und die Schaffung einer privaten Arbeitslosenversicherung vor. Das Abkommen wurde hauptsächlich durch die wachsende Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrise erzwungen.

## Warnung für Karosserieklempner und Schlosser!

Die Karosseriewerke Drauz & Co. in Heilbronn a. N. suchen seit längerer Zeit bei den sächsischen Arbeitsämtern Karosserieklempner und Schlosser. Mit diesem Arbeitsangebot wird aber von dem Unternehmen nur bezweckt, billige, fremde Arbeitskräfte zu erhalten. In Heilbronn und in dessen Umgebung sind genügend arbeitslose Facharbeiter dieser Art vorhanden. Die Firma könnte also ihren Arbeiterbedarf am Orte decken. In den letzten Monaten haben nun viel solcher Facharbeiter die Arbeit dort angenommen, aber fast restlos mußten sie den Betrieb nach kurzer Zeit wieder verlassen, weil das dort vorherrschende Affordsystem und die Affordpreise einen zum Leben ausreichenden Verdienst in einem fremden Orte nicht bieten. Mit wenigen Pfennigen wurden oftmals die Arbeiter am Lohnstage nach Hause geschickt, die nicht einmal zur Rückreise langten. Es gilt deshalb die oft erfolgte Warnung: Wer sich vor empfindlichem Schaden bewahren will, hole sich erst bei Annahme auswärtiger Arbeit Auskunft bei seinem Verbands ein.

# Aus Nah und Fern

## Was ist Wahrheit?

### Revolte, Massenkampf oder Fußballerehrgeiz Revolte in einem New Yorker Gefängnis

NY New York, 6. August. Auf der Strafanstalt im Herzen New Yorks, Wallfara Island, brach ein Aufstand aus, an dem sich hundert Gefangene beteiligten. Die Polizei beherrscht die Lage. Mehrere Gefangene wurden bisher verletzt.

### Blutiger Massenkampf in einem amer. Gefängnis

NY New York, 6. August. In dem Stadtgefängnis Wallfara Island, das sich inmitten des Flusses befindet, der den Stadtteil Manhattan von Brooklyn trennt, kam es gestern zu einem erbitterten Kampf zwischen mehr als 400 Weißen und Negern, in dessen Verlauf sieben Sträflinge schwer verletzt und über 20 leicht verletzt wurden. Laufende von Passanten sahen von den benachbarten Brücken der stundenlangen Schlägerei zu, die sich in dem Gefängnis abspielte und bei der es sich nicht um eine Meuterei oder einen Mordversuch, sondern lediglich um die Austragung von Rassengegnungen handelte.

### Keine Gefangenen-Revolte, sondern eine Prügelei zwischen Baseballspielern

NY New York, 6. August. Die angebliche Gefangenenrevolte im Zuchthaus auf Wallfara Island hat sich als eine blutige Prügelei zwischen einer weißen und einer schwarzen Baseballmannschaft herausgestellt, nachdem anfänglich angenommen wurde, es handle sich um einen Ausbruchversuch. Als mehrere Züge Polizeitruppen mit Maschinengewehren und Tränengasbomben anrückten, wurde der letzte der zehn Verlesenen mit verbundenem Kopfe ins Lazarett gebracht.

## Schlagwetterexplosion im Saargebiet 18 Bergarbeiter verunglückt — 3 Todesopfer

SPD Saarbrücken, 6. August. Am Mittwochvormittag ereignete sich im Abbauschicht der Grube Klarental bei Saarbrücken eine Schlagwetterexplosion, durch die ein Arbeiter getötet und 17 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Die verunglückten Arbeiter konnten bald nach der Explosion geborgen und in das Knappschafts-Lazarett Jellingingen übergeführt werden. Auf dem Wege nach dort starb der schwerverletzte Arbeiter Matthias Haber, dessen Bruder ebenfalls schwere Brandwunden erlitt. Auch die Verletzungen der übrigen verunglückten Arbeiter bestehen in Brandwunden. Wie die Bergbehörde mitteilt, wird die Arbeit in dem Unglückschacht bereits am Donnerstag aufgenommen werden.

WB Bücklingen (Saar), 6. August. Von den ins hiesige Knappschaftskrankenhaus eingelieferten Verletzten der Schlagwetterexplosion auf der Grube Klarental sind zwei schwerverletzte Bergarbeiter im Laufe des heutigen Nachmittags gestorben.

## Furchtbares Brandunglück in einer Marceller Fabrik

Drei Arbeiterinnen verbrannt  
SPD Paris, 6. August. Ein schweres Schadenfeuer zerstörte am Dienstagabend in Marzelle eine Holzwerkfabrik. 12 Arbeiterinnen, die im ersten Stock arbeiteten, wurden von den Flammen eingeschlossen. Vergeblich versuchten sie, durch die vergitterten Fenster zu entfliehen. Vor den Augen der entsetzten Zuschauer brach ein Opfer nach dem anderen in den Flammen zusammen. Als die Feuerwehr in den Arbeitsraum vordringen konnte, waren drei Arbeiterinnen bereits bei lebendigem Leibe verbrannt. Die übrigen konnten nur mit schweren Verletzungen gerettet werden.

## Durchstechereien beim Kammergericht

SPD Berlin, 6. August. In der Durchstecherei-Affäre beim Kammergericht ist von der Staatsanwaltschaft bereits Anklage erhoben worden. Der Prozeß soll beschleunigt durchgeführt werden. Die Anklage richtet sich gegen den Rechnungsführer beim Kammergericht, Georg Becken, sowie gegen den Buchhändler Sad und den Prokuristen Abel. Alle drei sind angeklagt des gemeinschaftlichen fortgesetzten Betrugs. Sie sollen den Justizfiskus durch fingierte Rechnungen um 46 000 Mark geschädigt haben.

## Oldenburg vermaut

Aus dem Oldenburger Land werden Notschreie über eine Räuberei lauten. Vertreter der Landwirtschaft haben die Oldenburgische und die Reichsregierung gebeten, das Oldenburger Land als Notstandsgebiet zu erklären. Ueber Marzahn und Moorweiden und Nader ist eine furchtbare Plage heringebrochen, da sich die dort vorkommenden Mager in der letzten Zeit vergrößert haben, daß man große Verluste an Vieh und Ernte hegt. In einem Teil der Wesermarsch hat man kaum noch ausreichend Futter für das Vieh und ist zu Massenverkäufen auf den Märkten gezwungen. In dem erwähnten Gebiet sind auf einem Quadratmeter guten Bodens Dutzende von Mäusen der kleinen gefährlichen Feld- und Spitzmäuse zu finden; so grab ein Landwirt auf einem Fleck von vier Quadratmetern 368 Mäuse aus. Auch die beiden Renter Brate und Gieseth am Oldenburgischen Unterwieserker sind vollkommen „vermaut“. Welchem Juge die Tiere folgen, ist unbekannt. Sie vermehren sich ungeheuer schnell, sehen sich über Flüsse und Bäche hinweg und haben auch den Rittendelch verhängnisvoll durchwühlt.

## Ein Nachspiel zum Eisenbahnunglück von Buir

SPD Köln, 4. August. Das Kölner erweiterte Schöffengericht verurteilte am Montag den Eisenbahn-Betriebsassistenten Neuenkamp aus Hamm zu 4 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 5 Monate Gefängnis beantragt. Neuenkamp wird beschuldigt, das Eisenbahnunglück bei Buir, dem seinerzeit 16 Personen zum Opfer fielen, dadurch verschuldet zu haben, daß er dem Zugpersonal den für den betreffenden Zug bestimmten Befehl nicht ordnungsgemäß ausgehändigt hat. Die Beschuldigung ergab sich während der Beweisaufnahme in dem vor wenigen Wochen zu Ende geführten Prozeß gegen den Lokomotivführer des Unglückszuges und den Fahrdienstleiter des Bahnhofes Düren.

## Ein Berliner Stadtrat wegen fahrlässiger Tötung verurteilt

SPD Berlin, 5. August. Der Berliner Stadtrat Wilhelm Benedek wurde am Montag wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist unter Auflegung einer Buße von 2000 Mark verurteilt. Benedek hat vor Monaten durch schnelles Fahren mit seinem Privatwagen in der Martin-Luther-Straße, Ecke Winterfeldstraße, zu einem Verkehrsunfall beigetragen, bei dem zwei Frauen schwer verletzt wurden. Die eine erlag ihren Verletzungen.

## Im Kaltwerk verschüttet

WB Böhnen, 5. August. Beim Abgraben eines Felsberges auf dem Kaltwerk Depitz, einer Unterabteilung der Maximilianhütte in Unterwellenborn, wurde der Arbeiter Fröhlich aus Depitz verschüttet. Der Verunglückte, Vater von fünf Kindern, konnte nur als Leiche geborgen werden.

## Endlich Regen in USA

Amerika atmet erleichtert auf; in einigen Gebieten von USA kam es zu wolkenbruchartigen Niederschlägen. Die Wetterbüros warnen jedoch vor zu großem Optimismus. Sie glauben, daß die Abkühlung nur vorübergehend ist und es schon in den nächsten Tagen wieder außerordentlich heiß sein wird.

# 2 Ratschläge für die Schönheitspflege auf der Reise

1. Zur natürlichen Bräunung der Haut fette man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände, mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzhaftes Rötung eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. — Creme Leodor, Tube 60 Pf. und 1 Mark, Leodor-Edel-Seife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne putze man früh und abends die Zähne mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont die auch an den Seitenflächen mit Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste einen elfenbeinartigen Glanz erzeugt. — Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 Pf. und 1 Mk., Chlorodont-Zahnbürste 1 Mark, Chlorodont-Mundwasser 1 Mark.

**Leipzig—Dresden**

Wichtig schließt sich dem bedeutamen Städtekampf Leipzig gegen Nürnberg, den bekanntlich Leipzig in glänzender Verfassung mit 5:3 gewann, die Begegnung mit Dresden an. Lange haben sich beide Städte um den Vorrang in Sachsen gestritten und manches glänzende Spiel vorgeführt. Die Entwicklung des sächsischen Arbeiterfußballs ist mit diesen Kämpfen verbunden gewesen. Auch ist Dresden der schärfste Konkurrent Leipzigs, noch immer leisten dessen Spieler das Beste, und nichts beleuchtet treffender diese Tatsache, als daß die Kreismannschaften die meisten Spieler aus beiden Städten vereinigen und daß auch die Völkermannschaften sich immer noch der Dresdner und Leipziger Spieler bedienen.

Als Höhepunkt des Bezirksfestes am 9. und 10. August im VfL-Sporthallenstadion feigt dieser erste Kampf in diesem Jahre und erfordert aus manchen Umständen heraus das besondere Interesse. Bekanntlich mußte die Kreismannschaft gegen Bayern verchiedene Male den kürzeren ziehen und stüßte sich hierbei auch auf Dresdner Spieler. Als zum letzten Treffen die Leipziger mit dabei waren, ergab der Bericht, daß ausgerechnet die Leipziger einen starken Ausfall bedeuteten. Die Leipziger aber konnten wenig später beweisen, daß sie in erhöhtem Maße den Bayern nicht nur gewachsen, sondern daß sie sogar noch besser sind. Nun will Leipzig auch den Dresdnern beweisen, wer der Bessere in Sachsen ist.

Das härteste Spielmaterial wird bei der Aufstellung berücksichtigt. Dieselbe erfolgreiche Städteinnung wie gegen Nürn-

berg wird mit höchstens einer Ausnahme den Kampf bestreiten. Sie hat den Vorzug besten Verstehtens untereinander und dem Willen, sich als Bester zu erweisen. Dresden wird nicht minder fleißig bei der Sache sein, zumal die Niederlage in Chemnitz seinen Ruf nicht gefördert hat.

Aufstakt und Höhepunkt zum Bezirksfest ist dieses Fußballspiel. Die ganze Fußballgemeinde und alle Fußballer des Bezirks selbst sind anwesend und wollen die beste Auswahlmannschaft erfolgreich sehen. Leipzig—Dresden, der große Städtekampf, wird für den Erfolg unseres 1. Bezirksfestes garantiert.

**Um die Senkung der Baukosten**

**WTB Berlin, 6. August.**  
Das Reichsarbeitsministerium hatte für heute führende Persönlichkeiten der privaten und der gemeinwirtschaftlichen Bauwirtschaft eingeladen zu einer Besprechung der Frage, wie bei der Durchführung des zünftigen Wohnungsbauprogramms des Reiches Verleuerungen vermieden werden könnten und inwieweit die Bauwirtschaft bereit sei, der Reichsregierung in dieser Richtung entgegenzukommen. Bei der Besprechung ergab sich die allseitige Bereitwilligkeit, an der gestellten Aufgabe mitzuwirken und allgemein den Unternehmensgewinn zunächst für das zusätzliche Bauprogramm möglichst niedrig zu setzen. Eine Reihe von Vorschlägen, wie eine Verbilligung zu erzielen sei, wurde vorgetragen. Eine Hauptmaßnahme sah man allgemein in den Vorschriften des Reiches, die eine Vereinfachung der Wohnungen im Auge haben. Als besonders wichtig wurde von verschiedenen Seiten bezeichnet, eine Vereinfachung der baupolizeilichen Bestimmungen und der behördlichen Kosten zu erreichen. Die Besprechungen, namentlich über die vorgeschlagenen Vorschläge, werden im engeren Kreise fortgesetzt.

Es ist von schlimmer Vorbedeutung für die Preisabbaufaktion der Aser-Regierung, daß bei dieser die an sich notwendige Verbilligung der Baukosten betreffenden Besprechung zwar von der Vereinfachung der Wohnungen, aber anscheinend gar nicht von der Senkung der überhöhten Baustoffpreise die Rede gewesen ist.

**Verhärterung des holländischen Boykotts**

**ONB Amsterdam, 6. August.**  
Die führende Organisation der holländischen Boykottbewegungen, der Allgemeinen Niederländischen Zwiwelsbond, hat in seiner Boykottbewegung gegen deutsche Waren nunmehr einen weiteren Schritt unternommen. Er hat sich mit einem Schreiben an den Vorstand der Utrechter Messe gewandt und diesen aufgefordert, zur diesjährigen niederländischen Herbstmesse in Utrecht, die für den 9. bis 18. September angeht, keine deutschen Aussteller zuzulassen und Berechtigungen, die etwa bereits mit deutschen Ausstellern getroffen seien, wieder rückgängig zu machen. Die Antwort der Messeverwaltung steht noch aus.

**Volkshaus Leipzig**

- Spezialgerichte Heute:** Tomatenklops mit Makkaroni 75 Pf, Hammelkeule mit Grünkohl 1.20, Hausgericht: Tagessuppe und gebackene Kalbsbrust mit Kartoffeln 90 Pf — Morgen: Gefülltes Weiskraut mit Kartoffeln 80 Pf, Schweinsbraten mit Löffelbraten 90 Pf, Ab 19 Uhr: Schweineknochen mit Meerrettich und Klößen 1.10, Hausgericht: Tagessuppe und geback. Fisch mit Remoulade und Salat 80 Pf

**Neues Theater.**  
Operette in drei Akten  
Vollständige Nachmittagsvorstellung  
„**Viktoria und ihr Sular**“  
Sonntag, den 8. August, 16 Uhr

**Altes Theater.**  
Der rasende Speeling  
Komödie in drei Akten  
„**Viktoria und ihr Sular**“  
Sonntag, den 8. August, 16 Uhr

**Schauspielhaus.**  
Sulla di Sulla  
Schwank in drei Akten  
„**Viktoria und ihr Sular**“  
Sonntag, den 8. August, 16 Uhr

**Rheingold-Festsäle**  
Garten = Konzert mit Ball  
Freitag, den 8. Aug. 1930  
Jeden Freitag Ball | Stadt Lützen Freilag Ball

**Grüne Schänke** | **Städt. Lützen** | **Freitag** | **Sonntag**

**K**  
**Prima argentinisches Gefrier-Rindfleisch**  
Bauch, Flanke, Querrippe Pfund 0.70 | Bratenfleisch mit Knochen Pfund 0.96  
Hohe Rippe und Ramm Pfund 0.80 | Bratenfleisch oh. Knochen Pfund 1.16  
Gulash ..... Pfund 0.96 | Rouladen ..... Pfund 1.24  
Gehacktes ..... Pfund 0.84 | Lende ..... Pfund 1.30

**Frisches Hammelfleisch**  
Bauch, Ramm, Schulter . Pfund 1.40 | Keule, Rücken ..... Pfund 1.50

**Frisches Rindfleisch**  
Suppenfleisch ..... Pfund 1.20 | Roastbeef mit Knochen . Pfund 1.50  
Hohe Rippe ..... Pfund 1.30 | Roastbeef ohne Knochen . Pfund 1.70  
Bratenfleisch mit Knochen Pfund 1.40 | Lende ..... Pfund 1.80  
Bratenfleisch ohne Knochen Pfund 1.60 | Gulash ..... Pfund 1.40  
Gehacktes ..... Pfund 1.32

**Frisches Schweinefleisch**  
Bauch, ohne Beilage . . Pfund 1.10 | Schnitzel ..... Pfund 1.80  
Keule und Schulter .... Pfund 1.30 | Lende ..... Pfund 1.80  
Kotelet, kurz gehackt, mager gehalten . . . . . Pfund 1.60 | Gehacktes ..... Pfund 1.60

Dandblutwurst ..... 1/4 Pf. 0.27  
Hauschlacht, Blutwurst 1/4 Pf. 0.38  
Dandlebertwurst ..... 1/4 Pf. 0.30  
Gülzwurst ..... 1/4 Pf. 0.30  
Schüsselfülze ..... 1/4 Pf. 0.20

**Rasseler Rippensteak . . . Pfund 1.80**  
**Weiß- und Griebensett 1/4 Pfund 0.30**

**Konsumverein**  
Leipzig-Blagwitz und Umg., e. G. m. b. H.  
Abgabe nur an Mitglieder  
Bitte Zustellkarten mitbringen

**Gute Refleme**  
in der Leipziger Volkszeitung drinet  
**Gute Geschäfte**

**Palmen-Garten**  
Berühmtes Palmenhaus — Blumenparterre  
Heute Donnerstag bei günstiger Witterung  
**Konzert auf der Terrasse**  
Abends 8 Uhr im großen Festsaal: Vornehmer  
**Gesellschafts-Ball**  
Tanzen frei — Abonnenten frei  
**Freitag freier Tag - Parkkonzert**  
I. Leipziger Konzertina-Orchester. Dir. Paul Frey  
Sonntag, den 9. August, singt  
**Franz Baumann**  
unter Mitwirkung der bekannten Leipziger Mandoline- und Gitarrevereine Westvorstädtische Mandoline- Gitarre-Gesellschaft und Mandoline- und Gitarre-Gesellschaft Harmonie

**Sommerliche Marienweiber**  
Balkonkonzert im Fichtelgebirge.  
Herrliche Gebirgs- tage am Hochwald.  
Hochachtungsvoll, Dr. H. P. pro Tag bei guter Berpflegung. Herzl. Bade- u. Schwimmbad.  
**Hans Pazold,** Gastwirtschaft und Metzgerei.

**Neues Operettentheater**  
Teleph. 22484. Dir. Dr. Eckert.  
Täglich 8 Uhr (Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr, zu kleinen Preisen)  
**Leipzigs größter Operetten-Erfolg!**  
**Meine Schwester und ich**  
Musik von Ralph Benatzky  
Mit Hedda Maria Burger, Lizzi Natzler, Hans Pölscher, Franz Köchel, Artur Klapproth, Karl Roul, Georg Oertz u. a.  
Sämtliche Plakat- und Vorzugskarten haben Gültigkeit. Rundfunkhörer 30% Ermäßigung.  
Vorverkauf von 10—1 1/2, und ab 6 Uhr

**Komödienhaus**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
der jubelnde Erfolg!  
Oberbayer. Bauerntheater  
„Die Tegernseer“  
Die drei Dorfhölligen  
Diese Annoncen wird für 1—4 Personen mit je 50 Pfg. in Zahlung genommen.

**Schokoladen - Spezial**  
Rudolf Thiele, L.-S. 3, Bornaische Str. 42.

**Die Frauenwelt**  
ist eine unentbehrliche Helferin und Beraterin jeder Arbeiterfrau, der Frauen des Angestellten- und mittleren Beamtenstandes. Alle Frauen, jungen Mädchen, die sich mit der Frauenwelt bekannt gemacht, die ihren hohen praktischen und idealen Wert für sich erkannt haben, wollen sie nicht mehr in ihrem Hause missen und zählen zu dem großen treuen Hofen praktischer Helferinnen. Preis pro Heft mit Schnittmusterbogen 45 Pfennige, ohne Schnittmusterbogen 35 Pfennige. Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.  
**Leipziger Buchdruckerei G. G.**  
Abt. Buchhandlung  
Tauchaer Str. 18/21

**Weißwand**  
Heute bis Sonntag ab 5 Uhr  
**3 Sensationfilme 3**  
**Richard Talmadge**  
**Der Kampf um Mitternacht**  
Ferner:  
**Schmeling gegen Sharkey**  
Der Kampf um die Weltmeisterschaft in tönender Fassung.  
A u ß e r d e m:  
**In die Falle gelockt!**  
Ein Abenteuer aus Wild-West und die neuesten Berichte aus aller Welt.

**Bauernschänke?**  
Nikolaistraße 10  
bei Onkel Emil  
Stimmung / Gaudi / Humor



Eine Diebes- und Schieberkomödie

Wozu wird jemand ein Defraudant, wenn ihn kurz darauf das Feuer erzwingende Geld wieder von gerisseneren Hochtaplern abgenommen wird?

vielfachen. Der Mann gab die Tips, der Kassierer gab 25 000 Mark. Nach einiger Zeit erfuhr der betrübete Betrüger, daß die ihm ausgehändigten Weltzettel sämtlich gefälscht waren.

Kurz darauf nahte ein zweiter Mann, der Kellner Schade, der Verkündungen liebte. Herr Schade, der beinahe wie ein Lord aussieht, nannte sich Jodex Koseina und hielt dem enttäuschten Kassierer einen detaillierten Vortrag über die Unredlichkeit

der Leute, die „goldigere Tips“ versprechen. Er sprach und sprach und nach zwei Tagen hatte er den treuerhitzigen Defraudanten so weit, daß er Herrn Schade einige 20 000 Mark für ebenfalls „goldigere Tips“ in die Hand drückte.

Als diese 20 000 Mark verpulvert waren, war der Defraudant dem Weinen nahe. Aber „Koseina“ wußte einen Ausweg. Er machte den Kassierer mit dem Dritten im Bunde, einem Manne namens Fiedler, bekannt, der sich dem ahnungslosen Kassierer als der Jodex Jule Rastenberg vorstellte.

„Mensch, hurtig! Ein scharfer Gaul. Sende sofort 30 000 Mk.“ Der Defraudant, immerhin sichtlich dadurch beruhigt, daß er ja mit dem Geld anderer Leute spekuliert, hatte nichts Ellergeres zu tun, als die 30 000 Mark einzusenden.

Der erste Wiener Wolkenkratzer

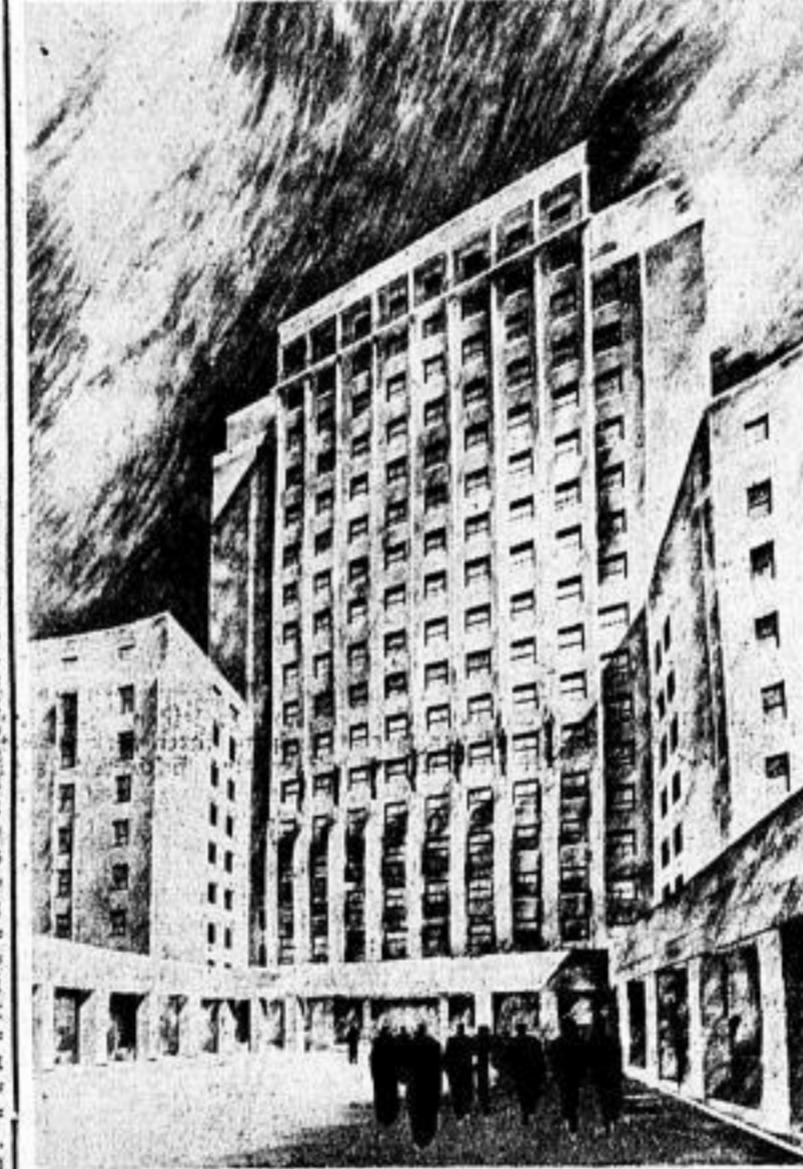
Das neue Wien ist eben daran, sich ein neues Wahrzeichen zu schaffen. Das alte Verjüngungshaus im IX. Wiener Gemeindebezirk ist in der letzten Zeit abgetragen worden und noch heute wird die Gemeinde an dieser überaus verkehrsreichen Stelle mit dem Bau des ersten Wiener Hochhauses beginnen.

Dieses neue Wahrzeichen Wiens wird nach den im Gemeinderatsauschuß für Wohnungswesen bereits beschlossenen Entwürfen des Architekten Rudolf Frajz von höchster technischer Vollendung sein. Die Bauteile an den Strohfronten werden fünf Stock hoch sein.

Ein Bau von solchen Dimensionen und von solcher Höhe erweckt selbstverständlich das größte Interesse nicht nur der Wiener Bevölkerung, sondern auch der gesamten europäischen Baukunsterschaft, die hier zum ersten Male vor einem Problem steht, das bisher in Europa keine Aktualität besaß.

Nebenfalls wird dieses Kolossalgebäude mit einer Höhe von 82 Metern eine neue Sehenswürdigkeit von Wien werden. Der Bau soll in 18 Monaten fertig sein.

Grundbahn, dann wird unter dem Hochhaus eine Station errichtet werden, worauf schon jetzt Rücksicht genommen werden muß. Die Kosten dieses neuen Wahrzeichens von Wien werden 11 Millionen Schilling (6,6 Millionen Mark) ausmachen.



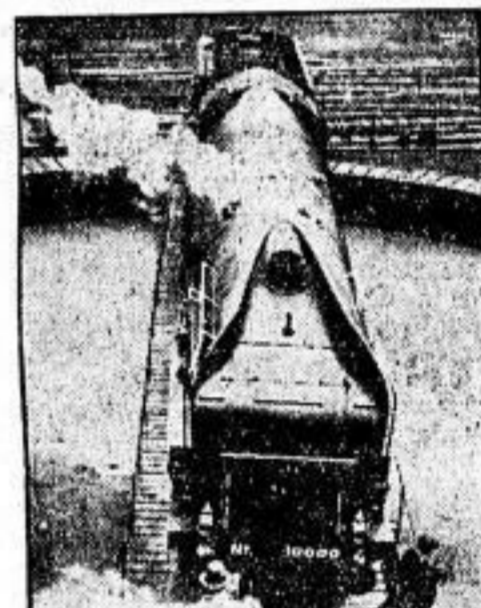
für Wiener Begriffe eine ungeheure Ziffer, die aber angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit nicht nur eine Sache der Wohlfahrt und des Fortschrittes, sondern auch eine produktive Ausgabe, da sie Tausenden von Arbeitern Brot und Arbeit bringen wird.

Als diese 30 000 Mark verpulvert waren, war der Defraudant dem Weinen nahe. Aber „Koseina“ wußte einen Ausweg. Er machte den Kassierer mit dem Dritten im Bunde, einem Manne namens Fiedler, bekannt, der sich dem ahnungslosen Kassierer als der Jodex Jule Rastenberg vorstellte.

Lokomotiven einst und jetzt

Mit der Entwicklung der Technik hat naturgemäß auch der Lokomotivenbau große Änderungen erfahren. Während ein Land wie die Schweiz, durch besondere Verhältnisse begünstigt, das Eisenbahnnetz vollkommen elektrifiziert, bemüht man sich in Deutschland noch um die Weiterentwicklung der Dampflokomotiven.

In England ging man noch einen Schritt weiter und bildete die äußere Form der Lokomotiven nach den Erfahrungen, die man im Automobil, Flugzeug- und Schiffsbau gewonnen hat, um die Tropfenform dieser Lokomotivenart trägt zur Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit erheblich bei.



Die Stromlinien-Lokomotive. Dieser neue Typ wurde vor kurzem in England zwischen London und Edinburg in Dienst gestellt.

Maruffja stifft Verwirrung

10) Roman von Fjodor Gladkow.

Eingig berechtigte, vom Autor genehmigte Uebersetzung aus dem Russischen von Joseph Kallmer und Boris Kraslow.

Die Kabinen des Auskleideraumes waren besetzt. In Saale für Hydrotherapie pfiff und plätscherte das Wasser. Quietschen, Gelächter, Rufe der Pflegerinnen tönten und dröhnten in wirrem Echo durch den ungeheuren, von Feuchtigkeit und Spritzern gesättigten Raum des Saales.

Maruffja wurde verlegen und blickte Tschaitina angstvoll an. Vor den Kabinen begann man zu lachen. Irigendwo daneben winkelte eine unbekannte Stimme:

„Anfere Jungkommunistinnen sind keine einfachen Weiber. Eins, zwei — und schon sind sie Damen geworden.“

Diese nackten Weiber wurden Maruffja abstoßlich. In ihren schwebelnden Oberkörpern, ihren Brüsten und den Bauchfalten war etwas Lusternes, Tierisches; die Atmosphäre des Baderaumes betäubte das Mädchen mit dem scharfen Geruch von Weiberweiß und lebenden Leibern.

Jemand begann mit spitzbübischer Kinderstimme zu singen: Junge Kommunistin, dreh nur flott die Spindel! Gestern warst noch Jungfer, windst bald die Windel...

Von Scham und Wut gerissen, schlug Maruffja mit der Faust an die Kabinenwände und brüllte, ebenso laut wie Tschaitina: „Schweig, ihr Brillaskaff! Ich erlaube es nicht, meine Jungkommunisten zu beleidigen!“

Die Tschaitina steckte den runden Kopf und die nackte Brust aus der Kabine und stieß mit den geranzelten Brauen direkt in Maruffja hinein. In ihren feuchten Augen stand der Schelm:

„Ja, ich erlaube es nicht, Genossin Tschaitina... Auch ohne dich wird die Jugend genug verleumbet... Schäm dich!“

In ihre Augen traten Tränen, den Lungen gebrach es an Luft. Die Kabinen winkelten und jaulten, erkirrten vor Gelächter.

Die Tschaitina zog wieder die Brauen zusammen und begann Maruffja vom Kopf bis zu den Füßen zu messen.

„Was hast du denn, Maruffja? Welcher Teufel hat dich in die Lenden gezwickt?“

Aber Maruffja — mit einem Schrei in den Augen, mit blutgeschwelltem Gesicht — sah Tschaitina nicht mehr. Sie war mitten in die Feinde geraten und mit diesen Feinden mußte man kämpfen, mit allen Kräften kämpfen!

„Ja, ich erlaube es nicht. Ihr seid bereit, über unsere Köpfe jeden Rot auszugießen, weil ihr selbst euch im Rote wälzt wie die Säue und aus ihm nicht herauskommt.“

Die Tschaitina riß sie in die Kabine hinein und stieß sie auf den kleinen Ruhebänke.

„Bist du um den Verstand gekommen, Mädel? Da schau, was für eine Zimperle! Nicht anrühren darf man das Fräulein!... Was reizt du denn die Schnauze auf, wie ein Hundevieh?“

In den Kabinen lachte man nicht mehr, man bestete schon. Maruffja hörte wohl die undeutlichen Stimmen der Frauen, aber sie verstand nicht, warum sie so schrien.

Die Tschaitina stand vor ihr, schlant, jung, und ihr Körper quakte unter der Anspannung elastischer Muskeln.

„Seh dich und hör auf zu knurren! Kein Mensch läßt sich von dir einschüchtern. Du versteht keinen Spaß, Mädel! Ich liebe die Jungkommunisten nicht weniger als du und kenne ihren Wert. Und wenn jemand etwas Abscheuliches über diese Organisation hinpöke, ich würde die Jungkommunisten besser verteidigen können als du. Bleib dich aus! Du brauchst aus dir keine Zimperle zu machen! Du stehst noch gar nicht fest auf den Beinen, und noch ein paar Stöße werden dich höchstens zwingen, dich mit den Fersen besser in den Boden zu stemmen. Du bist noch dumm, Mädel: ein Niesen erschreckt dich. Dieser Schwarzhäutige wird noch ärger

sein als mein Schreihals. Gegen ihn soll man nicht den Jungkommunismus, sondern nur sich selbst verteidigen. Diese Obergescheiten kenne ich sehr gut: sie sind gewohnt, nur anzurorden. Du wirst nicht einmal bemerken, wie er dich unter den Fingernagel stecken wird. Und ihre Tagen sind machtgewohnt. Er war mit dem Tee noch nicht fertig, und du hast dich an ihm schon festgelaugt! Was ist los?“

„Bitte, Tschaitina, schneide doch nicht so auf! Ich weiß von nichts, und du jage mir, bitte, keinen Schrecken ein. Spiel nicht die Dumme.“

„Na, schön... Wenn was los ist — ruf halt um Hülfe! Da... schau mal diese Püppchen...“

Sie steckte den Finger in die Öffnung der Kabine, und Maruffja erblickte wieder die beiden Mädchen. Ganz nackt wackelten sie geizert, mit den Sandalen klappernd, zusammen zur Waage, die hindlichen Arme ineinander verflochten. Ihre Körper waren dürrig, zart-weiß, feig und schienen ganz leicht und durchsichtig zu sein. Die Tschaitina sah sie angewidert an und preßte die Finger voller Ekel zusammen.

„Diese krepiernten Ratten, — Was, nach dem jetzt große Nachfrage herrscht. Sie wimmeln von Fischen und verbreiten die Pest. Da hast du's — das ist unsere Krankheit! Das sind dir Zeiten! Das sind die Frauen unserer Oberbezirke! Eine Schmarotzerseuche! Sie sind es, die die niederträchtige Vergangenheit mit sich schleppen! Die Konterrevolution verdirbt sich jetzt in schön bemalten Augen und weiblicher Färllichkeit. Mein Mann hat sich auch so eine geschnappt, und mir — einen Treitt in den Hintern!...“

Jornig zog sie sich die Wäsche an, das Händ knatterte ihr in den Händen.

„Glaube niemandem! Auch dem Mann glaub' nicht! Erbarungslosen Krieg... Bürgerkrieg gegen die Männer!... Jetzt wie immer; an der Macht sind sie, immer nur sie... Teufel nochmal! Aber es kommt die Zeit, wo es auch für die eine wütende Tscheta geben wird!“

„Wie böse du sein kannst, Tschaitina!“

„Warte nur, man wird dir die Loden schon scharer, auch du wirst noch wie ein Pudel werden!“

„Genossin Tschaitina, und die Gleichheit der Geschlechter? Wäufst du denn die Herrschaft der Frau allein? Das ist nicht kommunistisch!“

Die Tschaitina zuckte zusammen. Am Grunde ihrer Augen glänzte es wie bei einer Wölfin. Sie zupfte ihre Kleider zurecht, das Lachen zerrte unter ihren männlichen Händen an den Nähten.

(Fortsetzung folgt.)

